Schriften zum Landesverfassungsrecht 10

Levin Ukert

Die Verfassung für Württemberg-Baden von 1946

Ihre Entstehung und verfassungshistorische Prägung

Nomos

Schriften zum Landesverfassungsrecht

Herausgegeben von

RiBVerfG Prof. Dr. Peter M. Huber
Ludwig-Maximilians-Universität München
Prof. Dr. Fabian Wittreck
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Band 10

Levin Ukert

Die Verfassung für Württemberg-Baden von 1946

Ihre Entstehung und verfassungshistorische Prägung

Nomos

Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Zugl.: Münster (Westf.), Univ., Diss. der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, 2023

ISBN 978-3-7560-1492-7 (Print)
ISBN 978-3-7489-2028-1 (ePDF)

D6

1. Auflage 2024
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meiner Familie

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2023/2024 von der Juristischen Fakultät der Universität Münster als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur fanden bis März 2023 Berücksichtigung.

Trotz einiger Höhen und Tiefen hat mir die Auseinandersetzung mit meinem Dissertationsthema aufgrund des interessanten Gegenstands stets große Freude gemacht. Hierzu haben verschiedene Personen einen Beitrag geleistet, die an dieser Stelle erwähnt werden müssen.

Mein ganz besonderer Dank gilt zuallererst meinem Doktorvater und Erstgutachter Herrn Prof. Dr. Fabian Wittreck für die ununterbrochene Unterstützung sowie umfassende und zuverlässige Betreuung meiner Arbeit.

Herrn Prof. Dr. Hinnerk Wissmann bin ich für die Übernahme und rasche Erstellung des Zweitgutachtens zu tiefem Dank verpflichtet.

Für die Aufnahme in diese Schriftenreihe danke ich überdies Herrn RiBVerfG Prof. Dr. Peter M. Huber.

Zudem danke ich der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, der ich mich auch in Zukunft verbunden fühlen werde, für die großzügige Förderung meines Promotionsvorhabens.

Von ganzem Herzen danke ich meinen Eltern Dr. Nikolaus und Donata Ukert, die mir meine gesamte Ausbildung ermöglicht, mich immer großzügig unterstützt und gefördert haben. Stets konnte ich auf sie zählen, sie standen mir mit ihrem Optimismus sowie großen Interesse an meinem Dissertationsvorhaben immer zur Seite. Meine Ausbildung und dieses Werk hätte ich ohne ihre Hilfe nicht abschließen können. Gleiches gilt für meine drei jüngeren Geschwister Dr. med. dent. Vivica Ukert, Benita Ukert und Jasper Ukert sowie für meinen zwischenzeitlich verstorbenen Großvater Thomas Ukert, meinen Großvater Bechtold Graf v. Bernstorff und meine Tante Andrea Ukert. Ich bin Euch und der ganzen Familie sehr dankbar. Ihr ist dieses Werk gewidmet!

Herzlichen Dank schulde ich zuletzt all meinen Freundinnen und Freunden, die jederzeit ein offenes Ohr für mich hatten und mich auf meinem Weg begleitet haben. Ausdrücklich danke ich Dr. Sophie Schierning, Dr. Beatrix und Dr. Carl Thoma, Dr. Asta v. Kienitz sowie Dr. Hanns-Thilo v. Spankeren. Ihr Einsatz – insbesondere in der Endphase der Dissertation – hat in großem Maße zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen.

München, im Dezember 2023 Levin Ukert

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis 11

Abkürzungsverzeichnis 23

A. Einleitung 27

I. Einführung in das Thema 27
II. Forschungsfrage 44
III. Quellenlage 49
IV. Forschungsstand 50
V. Gang der Arbeit 54

B. Historischer Überblick über die Entstehung des Landes Württemberg-Baden 57

I. Die Vorgängerländer 57
II. Übernahme der Regierungsgewalt durch die Alliierten 75
III. Aufteilung Württembergs und Badens zwischen der US-amerikanischen und der französischen Besatzungsmacht 78
IV. Endgültige Festlegung der Zonengrenze 83
V. Einsetzung verschiedener Landesverwaltungen in Nordwürttemberg und Nordbaden sowie schließlich einer Regierung 89
VI. Gründung des Landes Württemberg-Baden 97
VII. Allmähliche Konsolidierung der württemberg-badischen Staatsgewalt 101
VIII. Entstehung von demokratischem Leben in Württemberg-Baden 106
IX. Fazit zum historischen Überblick 114

C. Die Genese der Verfassung für Württemberg-Baden 121

I. Anfangsphase: Vorarbeiten der Vorbereitenden Verfassungskommission 121
II. Hauptphase: Schaffung des Verfassungsentwurfs durch den Verfassungsausschuss und die Verfassunggebende Landesversammlung 150
III. Endphase: Abschluss der Verfassungsarbeiten, Genehmigung, Volksabstimmung und Inkrafttreten 172
IV. Fazit zur Genese der Verfassung 179

D. Die Analyse der Verfassung für Württemberg-Baden 187

I. Die verfassungshistorische Prägung des Verfassungsaufbaus 187
II. Der verfassungshistorische Einfluss auf den Verfassungsinhalt 195
III. Resümee zur Analyse der Verfassung für Württemberg-Baden 611

E. Schlussbetrachtung 633

F. Anhang 639

I. Verfassungstext 639
II. Synopsen 667

Quellen- und Literaturverzeichnis 729

A. Ungedrucktes Quellenmaterial 729

B. Gedruckte Quellen und Literatur 732

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis 23

A. Einleitung 27

I. Einführung in das Thema 27
II. Forschungsfrage 44
III. Quellenlage 49
IV. Forschungsstand 50
V. Gang der Arbeit 54

B. Historischer Überblick über die Entstehung des Landes Württemberg-Baden 57

I. Die Vorgängerländer 57
1. Von der Monarchie zur Demokratie 57
a) Württemberg 57
b) Baden 62
2. In der Weimarer Republik 65
a) Württemberg 65
b) Baden 67
3. Gleichschaltung 68
a) Württemberg 68
b) Baden 71
4. Fazit zu den Vorgängerländern 73
II. Übernahme der Regierungsgewalt durch die Alliierten 75
III. Aufteilung Württembergs und Badens zwischen der US-amerikanischen und der französischen Besatzungsmacht 78
IV. Endgültige Festlegung der Zonengrenze 83
V. Einsetzung verschiedener Landesverwaltungen in Nordwürttemberg und Nordbaden sowie schließlich einer Regierung 89
1. Die Landesverwaltung von Nordwürttemberg 89
2. Die zweigeteilte Landesverwaltung Nordbadens 92
3. Einsetzung einer Regierung in Nordwürttemberg und einer Verwaltungsspitze in Nordbaden 94

VI. Gründung des Landes Württemberg-Baden 97
VII. Allmähliche Konsolidierung der württemberg-badischen Staatsgewalt 101
VIII. Entstehung von demokratischem Leben in Württemberg-Baden 106
IX. Fazit zum historischen Überblick 114

C. Die Genese der Verfassung für Württemberg-Baden 121

I. Anfangsphase: Vorarbeiten der Vorbereitenden Verfassungskommission 121
1. Die Einrichtung der Vorläufigen Volksvertretung 121
2. Der Verfassungsauftrag der Militärregierung 124
3. Die Konstitution der Vorbereitenden Verfassungskommission 126
4. Die Verfassungsverhandlungen der Kommission 129
a) Die „Grundzüge einer neuen Verfassung für das Land Württemberg-Baden“ 129
b) Vollverfassung oder Organisationsstatut? 132
c) Dialog mit hessischen Vertretern 135
d) Der „Vorläufige Entwurf einer Verfassung für Nordwürttemberg und Nordbaden“ 140
e) Erste Lesung der Kommission 141
f) Zweite Lesung der Kommission 144
5. Übergabe des Verfassungsvorentwurfs und des dazugehörigen Berichts an die Militärregierung 146
6. Fazit zur Anfangsphase 147
II. Hauptphase: Schaffung des Verfassungsentwurfs durch den Verfassungsausschuss und die Verfassunggebende Landesversammlung 150
1. Wahl der Verfassunggebenden Landesversammlung 150
2. Erste Lesung der Landesversammlung 152
3. Konstitution des Verfassungsausschusses 154
4. Verfassungsverhandlungen des Ausschusses 157
a) Erste Lesung des Ausschusses 157
b) Zweite Lesung des Ausschusses 160
c) Der Bericht über die Ausschussarbeiten 161
d) Austausch mit der Militärregierung 162
e) Verschiebung des Übergabetermins 163

5. Zweite Lesung der Landesversammlung 164
6. Erneute Sitzung des Ausschusses 164
7. Verzögerung der Dritten Lesung der Landesversammlung 166
8. Fazit zur Hauptphase 169

III. Endphase: Abschluss der Verfassungsarbeiten, Genehmigung, Volksabstimmung und Inkrafttreten 172
1. Übergabe des Verfassungsentwurfs und Beanstandung einzelner Regelungen durch die Militärregierung 172
2. Überarbeitung der beanstandeten Vorschriften 173
3. Endgültige Genehmigung und Beschluss des Verfassungsentwurfs 174
4. Bestätigung des Verfassungsentwurfs durch Volksabstimmung und Inkrafttreten der Verfassung 176
5. Fazit zur Endphase 178

IV. Fazit zur Genese der Verfassung 179

D. Die Analyse der Verfassung für Württemberg-Baden 187

I. Die verfassungshistorische Prägung des Verfassungsaufbaus 187
1. Der Aufbau 187
2. Gegenentwurf zu Weimar? 188

II. Der verfassungshistorische Einfluss auf den Verfassungsinhalt 195
1. Der Menschenwürdegehalt der Verfassung 195
2. Die Grundrechte 202
a) Die Freiheitsrechte 208
aa) Recht auf Freiheit und allgemeine Handlungsfreiheit 208
bb) Die Privatsphäre schützende Freiheitsrechte 212
aaa) Die Unverletzlichkeit der Wohnung 212
bbb) Die Unverletzlichkeit des Brief-, Post-, Telegrafen- und Fernsprechgeheimnisses 215
cc) Eigentums- und Erbrechtsgarantie 217
aaa) Der Eigentumsschutz 217
bbb) Der Erbrechtsschutz 222
dd) Gewissens-, Glaubens- und Religionsausübungsfreiheit 223

ee) Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit 227
aaa) Die Meinungsfreiheit 227
bbb) Die Pressefreiheit 229
ccc) Die Informationsfreiheit 230
ff) Kunst- und Wissenschaftsfreiheit 232
gg) Die Versammlungsfreiheit 233
hh) Die Vereinigungsfreiheit 233
b) Die Gleichheitsrechte 238
aa) Das allgemeine Recht auf Gleichheit 238
bb) Das Diskriminierungsverbot 240
c) Die Justizgrundrechte 241
aa) Recht auf den gesetzlichen Richter und Verbot der Ausnahme- und Sondergerichte 241
bb) Keine Strafe ohne Gesetz 242
cc) Die Unschuldsvermutung 243
dd) Das Doppelbestrafungsverbot 244
ee) Der Schutz vor willkürlichen Verhaftungen 245
d) Die staatsbürgerlichen Grundrechte 247
aa) Das aktive Wahlrecht 247
bb) Das passive Wahlrecht 250
cc) Das Petitionsrecht 250
dd) Der Zugang zu den öffentlichen Ämtern 251
e) Abschließende Analyse: Weimarer Verfassungsrecht als *das* Vor- und Lehrbild der Grundrechtsnormen 253
3. Die Familie 262
a) Die Institutsgarantien der Ehe und Familie 263
b) Erziehungsrecht und -pflicht der Eltern 265
c) Die Gleichstellung unehelicher mit ehelichen Kindern 267
d) Der Schutz der Jugend 268
e) Zusammenfassende Bewertung: Weimarer Verfassungsrecht als maßgebliche Grundlage 269
4. Die Sozial- und Wirtschaftsordnung 270
a) Der Schutz der Arbeit 274
b) Der Sonn- und Feiertagsschutz 278
c) Arbeitsvertrags- und Arbeitsschutzrecht sowie innerbetriebliche Wirtschaftsdemokratie 280

d) Koalitionsfreiheit, Mitwirkungsrecht der Arbeitnehmer und Streikrecht der Gewerkschaften 282
e) Der Versicherungsschutz 286
f) Wirtschaftszweck, -planung und -förderung 289
aa) Der Grundsatz der Bedarfsdeckung 289
bb) Die außerbetriebliche Wirtschaftsdemokratie 291
cc) Die Förderung bestimmter wirtschaftlicher Betätigungsformen und -felder 294
g) Die Sozialisierung 296
aa) Die Voraussetzungen 296
bb) Die Entschädigung 299
h) Würdigung: Weimarer Verfassungsrecht als maßgeblicher Ausgangspunkt für eine Fortentwicklung 302
5. Religion und Religionsgemeinschaften 308
a) Anerkennung der öffentlichen Bedeutung und Selbstbestimmungsrecht 310
b) Die parteipolitische Neutralität 312
c) Die gesetzliche Anerkennung 315
d) Der Körperschaftsstatus 316
e) Die Garantie des kirchlichen Eigentums 318
f) Die Staatsleistungen an die Kirchen 319
aa) Die verfassungsrechtliche Regelung der finanziellen Leistungen des Staates an die Kirchen in der Zwischenkriegszeit 320
bb) Die ehemalige württembergische Verfassungsrechtslage als Orientierungspunkt 322
g) Wertung: Weimarer Verfassungsrecht als punktuell überarbeitete Vorlage 327
6. Erziehung und Unterricht 329
a) Bildungsrecht und -pflicht 331
b) Ziel der Jugenderziehung und Erziehungsträger 332
c) Der Aufbau des Bildungssystems 335
aa) Das öffentliche Pflicht- und Wahlschulwesen 336
aaa) Schulpflicht und Unentgeltlichkeit der Schulbildung 336
bbb) Der staatliche Einfluss auf das öffentliche Schulwesen 338

ccc) Die Schulform der christlichen Gemeinschaftsschule 339
α) Die historische Entwicklung der Schulform in Württemberg und Baden 339
β) Deutliche Abgrenzung zum Weimarer Verfassungsrecht und Anknüpfung an badische Rechtstraditionen 343
ddd) Der Religionsunterricht 354
eee) Die Staatsbürgerkunde 357
bb) Das Privatschulwesen 358
cc) Das Hochschulwesen 360
dd) Die Erwachsenenbildung 361
d) Zusammenfassung: Anknüpfung an Weimarer Verfassungsrecht und gleichzeitige Modernisierung 361
7. Die Grundlagen des Staates 365
a) Die Staatsstrukturprinzipien 365
aa) Das Demokratieprinzip 365
bb) Die Anerkennung des Bundesstaatsprinzips 368
cc) Der Gewaltenteilungsgrundsatz 374
dd) Das Rechtsstaatsprinzip 378
ee) Das Sozialstaatsprinzip 381
ff) Das Regierungssystem der parlamentarischen Demokratie 383
b) Das Staatsgebiet 391
c) Die Staatsfarben 396
d) Das Völkerrecht als Teil des Landesrechts 398
e) Die Ächtung des Krieges 400
f) Würdigung: Übernahme der Grundlagen der ehemaligen Verfassungssysteme 403
8. Die Staatsorgane 406
a) Staatsorganisationsrechtliche Vorfragen 406
aa) Einrichtung eines Ein- oder Zweikammersystems? 406
bb) Schaffung eines Staatsoberhaupts? 415
cc) Zwischenergebnis: Anknüpfung an die Staatsorganisation beider Vorgängerländer 421
b) Der Landtag 421
aa) Die Aufgaben des Landtags 421

bb) Die Anzahl der Abgeordneten 423
cc) Das freie Mandat der Abgeordneten 424
dd) Die Entschädigung der Abgeordneten 425
ee) Die Wahl des Landtags 427
aaa) Die Wahlrechtsgrundsätze 427
bbb) Das Wahlsystem 427
ccc) Die Sperrklausel 429
ddd) Das Wahlgesetz 432
eee) Der Wahltag 432
fff) Die Legislaturperiode 433
ggg) Mandatsablehnung, -verzicht und -verlust 434
ff) Die Organisation des Landtags 435
aaa) Das Zusammentreten des neugewählten Landtags 435
bbb) Präsidium und Geschäftsordnung 436
ccc) Die Einberufung 438
ddd) Die Untersuchungsausschüsse 439
eee) Der Zwischenausschuss 443
gg. Verhandlungen und Beschlüsse des Landtags 444
aaa) Der Grundsatz der Öffentlichkeit 444
bbb) Die Nichtverantwortlichkeit für wahrheitsgetreue Berichte 445
ccc) Die Beschlussfassung 446
ddd) Zitierrecht des Landtags sowie Zutritts- und Anhörungsrecht der Regierung 447
hh) Die Auflösung des Landtags 448
ii) Der Schutz der Parlaments- und Abgeordnetentätigkeit 452
aaa) Die Indemnität 452
bbb) Die Immunität 453
ccc) Das Zeugnisverweigerungsrecht 456
ddd) Behinderungsverbot und Urlaubsanspruch 457
jj) Abschließende Bewertung: starke Prägung durch Weimarer, württembergisches und badisches Verfassungsrecht 460
c) Die Regierung 464
aa) Aufgaben und Zusammensetzung 464

bb) Wahl des Ministerpräsidenten und Regierungsbildung 466
cc) Der Amtseid der Regierung 469
dd) Die Kompetenzen der verschiedenen Organe der Exekutive und ihre Beschlussfassung 470
aaa) Richtlinienkompetenz und Geschäftsleitungsbefugnis des Ministerpräsidenten sowie Ressortprinzip 470
bbb) Die außenpolitische Vertretungsbefugnis des Ministerpräsidenten 472
ccc) Das Recht des Ministerpräsidenten zur Beamtenernennung und -entlassung 473
ddd) Das Begnadigungsrecht der Regierung 474
eee) Die Unterbreitungspflicht der Minister 476
fff) Die Beschlussfassung der Regierung 477
ee) Vertrauenserfordernis und konstruktives Misstrauensvotum 477
ff) Rücktritt der Regierung und geschäftsführende Regierung 486
gg) Die Befugnisse der Regierung im Fall des Staatsnotstandes 488
hh) Zusammenfassende Analyse: unverkennbarer Einfluss Weimarer und württembergischen Verfassungsrechts unter eindeutiger Berücksichtigung Weimarer Verfassungsrechtserfahrungen 494
9. Die Staatsfunktionen 499
a) Die Gesetzgebung 499
aa) Das allgemeine Verfahren 499
aaa) Gesetzesinitiativrecht und Gesetzesbeschluss 499
bbb) Ausfertigung, Verkündung und Inkrafttreten 505
bb) Die Volksabstimmung 506
aaa) Die verschiedenen Verfahren 506
bbb) Die formellen Anforderungen 512
cc) Die Verfassungsänderung 514

dd) Das Recht der Regierung zum Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften 520
ee) Zusammenfassende Bewertung: maßgebliche Orientierung an Weimarer und württembergischem Verfassungsrecht bei gleichzeitiger Abgrenzung 523
b) Die Rechtspflege 525
aa) Die Grundlagen der Rechtspflege 525
aaa) Die sachliche Unabhängigkeit der Rechtspflege und ihre Bindung an den Vorrang des Gesetzes 525
bbb) Die persönliche Unabhängigkeit der Richter 526
ccc) Die Richteranklage 530
ddd) Das Laienelement 534
eee) Bewertung: Fortsetzung tradierter Weimarer Verfassungsrechtselemente 535
bb) Der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten 535
cc) Die Verfassungsgerichtsbarkeit 539
aaa) Die Organisation des Staatsgerichtshofs 542
bbb) Die Wirkung der Entscheidungen 545
ccc) Die Kompetenzen 546
α) Die Wahl- und Mandatsprüfung 548
β) Die Ministeranklage 549
γ) Die abstrakte Normenkontrolle 554
δ) Richterliches Prüfungsrecht und konkrete Normenkontrolle 557
ddd) Abschließende Betrachtung: deutlicher Ausbau der Verfassungsgerichtsbarkeit 565
c) Die Verwaltung 568
aa) Der öffentliche Dienst 569
aaa) Stellung und Aufgaben 574
bbb) Der Rechtsschutz 575
ccc) Die Vereidigung 576
ddd) Die Amtshaftung des Staates 578

eee) Zusammenfassung: Übernahme tradierten Weimarer Verfassungsrecht unter zeitgemäßer Anpassung 579
bb) Die kommunale Selbstverwaltung 580
aaa) Die Gewährleistung des Selbstverwaltungsrechts und die gemeindliche Bestandsgarantie 580
bbb) Die inhaltliche Ausgestaltung 583
ccc) Der Schutz des Selbstverwaltungsrechts 586
ddd) Die Wahl der Kreis- und Gemeindevertretungen 587
eee) Die Wahl der Landräte und Bürgermeister 588
fff) Ergebnis: Berücksichtigung Weimarer und badischen Verfassungsrechts 592
d) Das Finanzwesen 593
aa) Der Haushaltsplan 593
bb) Der Nothaushaltsplan 594
cc) Der Beschluss über den Haushaltsplan hinausgehender Ausgaben 595
dd) Rechnungslegung und -prüfung 596
ee) Die Überschreitung des Haushaltsplans 596
ff) Aufnahme von Staatsanleihen und Übernahme von Sicherheitsleistungen 597
gg) Die Steuergesetzgebung 597
hh) Zusammenfassende Bewertung: Übernahme tradierten Weimarer und württembergischen Verfassungsrechts sowie gleichzeitige Fortentwicklung 599
10. Die Schlussbestimmungen 600
a) Der Erlass von der Verfassung abweichenden Bestimmungen 600
b) Die Vereinbarkeit der Verfassung mit der gesetzgeberischen Zuständigkeit interzonaler Organisationen 602
c) Die Verfassungsänderung im Fall der Vereinigung Württemberg-Badens mit Südwürttemberg und Südbaden 607
d) Das Inkrafttreten der Verfassung 610

e) Abschließende Analyse: die Schlussbestimmungen als Spiegel der historischen Umstände der Verfassunggebung 610
III. Resümee zur Analyse der Verfassung für Württemberg-Baden 611
1. Der württemberg-badische Verfassungsinhalt – anhand der historischen Erfahrungen reflektiertes überliefertes Recht der Weimarer Verfassung sowie der württembergischen und badischen Landesverfassung 611
2. Verwendung des bayerischen und hessischen Verfassungsvorentwurfs als zusätzliche verfassungsrechtliche Inspirationsquellen 623
3. Rückgriff auf außerdeutsches Verfassungsrechtsgedankengut als Anschauungsmaterial 623
4. Beeinflussung des Verfassungsinhalts durch die Begleitumstände der Verfassunggebung 625
a) Allgemeiner Einfluss 625
b) Schwache, aber nachweisbare Prägung des Verfassungsinhalts durch die Einflussnahme der Militärregierung 626

E. Schlussbetrachtung 633

F. Anhang 639

I. Verfassungstext 639
II. Synopsen 667

Quellen- und Literaturverzeichnis 729

A. Ungedrucktes Quellenmaterial 729

B. Gedruckte Quellen und Literatur 732

Abkürzungsverzeichnis

a.F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
bayer.	bayerisch
Bd.	Band
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
Bearb.	Bearbeiter
BV	Gesetz, die badische Verfassung betreffend vom 21. März 1919 (badische Verfassung)
BWV	Verfassung des Landes Baden-Württemberg vom 11. November 1953
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts der Bundesrepublik Deutschland
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
DDP	Deutsche Demokratische Partei
dess.	desselben
dies./ders.	dieselbe/derselbe
Diss.	Dissertation
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Dr.	Doktor
DRZ	Deutsche Rechts-Zeitschrift
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVP	Deutsche Volkspartei/Demokratische Volkspartei
e.V.	eingetragener Verein

EAC	European Advisory Commission
ebd.	ebenda
f.	folgend
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
französischer VE	Entwurf für eine „Neue französische Verfassung“ vom 19. April 1946
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HdbStKirchR	Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland
HDStR	Handbuch des Deutschen Staatsrechts
hess.	hessisch
HGR	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HV	Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946
insbes.	insbesondere
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
iur.	iuris
JR	Juristische Rundschau
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
N.F.	Neue Folge

OLG	Oberlandesgericht
OMGUS	Office of Military Government for Germany (US)
OMGUSZ	Office of Military Government (US Zone)
phil.	philosophiae
Prof.	Professor
rer. pol.	rerum politicarum
Rn.	Randnummer
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
S.	Seite/Satz
sog.	sogenannt
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
u.a.	und andere
US	United States (Vereinigte Staaten)
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
v.	vor
VA	Verfassungsausschuss
Var.	Variante
VE	Vorläufiger Entwurf
Verf.	Verfassung
vgl.	vergleiche
VL	Verfassunggebende Landesversammlung
Vorbem.	Vorbemerkung
VV	Vorläufige Volksvertretung
VVE	Verfassungsvorentwurf
WBV	Verfassung für Württemberg-Baden vom 30. November 1946
württ.	württembergisch
WRV	Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1946 (Weimarer Reichsverfassung)
WV	Verfassung Württembergs vom 25. September 1919
WVU	Verfassungsurkunde des freien Volksstaates Württemberg vom 20. Mai 1919
Ziff.	Ziffer

A. Einleitung[1]

I. Einführung in das Thema

> „Meine Damen und Herren, jede Verfassungsaufgabe ist ein Gespräch mit der Vergangenheit und mit der Zukunft, und dieses Gespräch wird in sehr wechselvollem Ton geführt aus der geschichtlichen Situation heraus."[2]
>
> „Eine Verfassung ist ein Produkt der Geschichte."[3]

Die vorgenannten Zitate lassen sich zwei Persönlichkeiten zuschreiben, die in der deutschen Nachkriegszeit eine zentrale Rolle spielten. Die Rede ist von *Theodor Heuss*[4] und *Carlo Schmid*[5], die sich mit diesen Äußerungen auf die deutsche Verfassunggebung nach dem Zweiten Weltkrieg bezogen. So ging *Heuss* nicht nur als erster Bundespräsident der Bundesrepublik

---

1 Fußnoten befinden sich in der Regel vor dem Satzzeichen und beziehen sich lediglich auf den vorstehenden Satz bzw. Satzteil. Sofern sich Fußnoten ausnahmsweise nach dem Satzzeichen befinden, beziehen sie sich auf den gesamten vorstehenden Absatz.

2 *Theodor Heuss*, Protokoll der 2. Sitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden am 18. Juli 1946, abgedruckt in P. Sauer (Bearb.), Quellen zur Entstehung der Verfassung von Württemberg-Baden. Zweiter Teil. Juli bis September 1946, 1997, S. 2 (37).

3 *K. Schmid*, Grundzüge der Verfassungen der Länder von Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, in: F. Roemer (Hrsg.), Die Verfassungen von Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, 1947, S. 3 (9).

4 *Theodor Heuss* (1884-1963); vgl. zu diesem grundlegend etwa *E.W. Becker*, Theodor Heuss. Bürger im Zeitalter der Extreme, 2011; *J. Radkau*, Theodor Heuss, 2013; vgl. außerdem die biografische Übersicht und Auswahl weiterführender Literatur von *M. Kitzing*, Einleitung, in: ders. (Bearb.), Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Baden. Erster Bd., 2018, S. IX (LIII f.).

5 *Karl („Carlo") Schmid* (1896-1979); vgl. zu diesem ganz grundsätzlich *P. Weber*, Carlo Schmid 1896-1979. Eine Biographie, 1996; vgl. auch die prägnante Darstellung seines Lebens von *S. Kurtenacker*, Der Einfluss politischer Erfahrungen auf den Verfassungskonvent von Herrenchiemsee. Entwicklung und Bedeutung der Staats- und Verfassungsvorstellungen von Carlo Schmid, Hermann Brill, Anton Pfeiffer und Adolf Süsterhenn, 2017, S. 17 ff.; vgl. außerdem die biografische Übersicht und Auswahl weiterführender Literatur von *M. Kilian*, Carlo Schmid (1896-1979), in: P. Häberle/M. Kilian/H. Wolff (Hrsg.), Staatsrechtslehrer des 20. Jahrhunderts, 2. Aufl. 2018, S. 565 (565 ff.) und *Kitzing*, Einleitung (Fn. 4), S. LVII f.; sofern im weiteren Verlauf von *Schmid* die Rede ist, ist *Carlo Schmid* gemeint.

Deutschland[6], sondern auch als einer der berühmtesten deutschen Verfassungsväter in die Geschichte ein. Auch *Schmid* ist historisch interessierten Laien[7] nicht nur als einflussreicher und versierter SPD-Politiker der Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland vertraut[8]. Denn weithin bekannt ist, dass sowohl *Heuss* als auch *Schmid* maßgeblich an der Ausarbeitung des Grundgesetzes beteiligt waren: ersterer als Fraktionsvorsitzender der FDP im Parlamentarischen Rat[9], letzterer als Teilnehmer am sog. Herrenchiemseer Verfassungskonvent[10] sowie als Vorsitzender der SPD-Frakti-

6 Siehe etwa *K. Stern*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland. Bd. V, 2000, § 133 S. 1356; *Becker*, Heuss (Fn. 4), S. 123; *Kitzing*, Einleitung (Fn. 4), S. LIV; *W. Frotscher/B. Pieroth*, Verfassungsgeschichte. Von der Nordamerikanischen Revolution bis zur Wiedervereinigung Deutschlands, 18. Aufl. 2019, § 21 Rn. 798; *D. Willoweit/S. Schlinker*, Deutsche Verfassungsgeschichte. Vom Frankenreich bis zur Wiedervereinigung Deutschlands, 8. Aufl. 2019, § 43 Rn. 3, § 44 Rn. 12.

7 Um die Lesbarkeit der Arbeit zu erleichtern, wird das generische Maskulinum verwendet. Sofern notwendig, umfasst dies auch die weibliche und weitere Geschlechtsidentitäten.

8 Vgl. etwa *C. Schmid*, Erinnerungen, 1981, S. 430 ff.; *Weber*, Schmid (Fn. 5), S. 390 ff.; *Kurtenacker*, Einfluss (Fn. 5), S. 24; *Kilian*, Schmid (Fn. 5), S. 571 ff.; *Kitzing*, Einleitung (Fn. 4), S. LVII f.

9 Siehe etwa *T. Eschenburg*, Jahre der Besatzung 1945-1949, 1983, S. 486; *A. Kube*, Von der Kapitulation zum Grundgesetz. Der Weg zur Bundesrepublik Deutschland aus dem Blickwinkel Südwestdeutschlands (1945-1949), in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Südwestdeutschland und die Entstehung des Grundgesetzes, 1989, S. 13 (28, 31); *A. Hollerbach*, Verfassungsgeschichtlicher Hintergrund und Entstehung des Landes Baden-Württemberg, in: H. Maurer/R. Hendler (Hrsg.), Baden-Württembergisches Staats- und Verwaltungsrecht, 1990, S. 1 (14); *W. Benz*, Die Gründung der Bundesrepublik. Von der Bizone zum souveränen Staat, 5. Aufl. 1999, S. 121; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 133 S. 1283 ff.; *T. Schnabel*, Geschichte von Baden und Württemberg 1900-1952, 2000, S. 265; *Becker*, Heuss (Fn. 4), S. 111 ff.; *Kitzing*, Einleitung (Fn. 4), S. LIV; vgl. zu *Heuss* Beitrag im Parlamentarischen Rat *E.W. Becker*, Einführung. Theodor Heuss als Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945-1949, in: ders. (Hrsg.), Theodor Heuss. Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945-1949, 2007, S. 15-57 (33 f.); grundlegend ferner *J.C. Heß*, Verfassungsarbeit. Theodor Heuss und der Parlamentarische Rat, 2008; der Parlamentarische Rat führte seine Verfassungsarbeiten vom 1. September 1948 bis Mai 1949 in Bonn durch; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 21 Rn. 755, 782; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 42 Rn. 6, 8.

10 Siehe etwa *Schmid*, Erinnerungen (Fn. 8), S. 334 ff.; *Eschenburg*, Besatzung (Fn. 9), S. 479 f.; *Kube*, Blickwinkel (Fn. 9), S. 26; *Hollerbach*, Hintergrund (Fn. 9), S. 14; *Weber*, Schmid (Fn. 5), S. 340 ff.; *Benz*, Gründung (Fn. 9), S. 119; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 133 S. 1249; *R. Mußgnug*, Zustandekommen des Grundgesetzes und Entstehen der Bundesrepublik Deutschland, in: J. Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Historische Grundlagen, Bd. I, 2003, § 8 Rn. 39; *Kurtenacker*, Einfluss (Fn. 5), S. 23 f., 270; *Kilian*, Schmid (Fn. 5),

on und unter anderem des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates[11]. Adressaten der von *Heuss* beschriebenen „Verfassungsaufgabe" und der oben erwähnten Äußerung von *Schmid* waren allerdings nicht etwa die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, sondern vielmehr die Abgeordneten der Verfassunggebenden Landesversammlung von Württemberg-Baden während der Ausarbeitung der württemberg-badischen Landesverfassung. Es ist nicht jedem geläufig, dass *Heuss* und *Schmid* zum Zeitpunkt der Entstehung des Grundgesetzes bereits erfahrene Verfassungsväter waren, hatte doch erstgenannter einige Jahre zuvor an der Entwicklung der Verfassung für Württemberg-Baden[12] und letztgenannter nach seinem verfassunggeberischen Engagement für die württemberg-badische Verfassung[13] außerdem an der Erstellung der Verfassung für Württemberg-Hohenzollern mitgewirkt[14]. Nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges Anfang Mai 1945 ent-

---

S. 575; der sog. Herrenchiemseer Verfassungskonvent konferierte vom 10. bis zum 23. August 1948 auf der Herreninsel im Chiemsee; *Schmid*, Erinnerungen (Fn. 8), S. 334; *Mußgnug*, Bundesrepublik, ebd., § 8 Rn. 39; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 21 Rn. 755, 778; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 42 Rn. 6.

11 Siehe etwa *Schmid*, Erinnerungen (Fn. 8), S. 355, 357 ff.; *Eschenburg*, Besatzung (Fn. 9), S. 486, 488; *Kube*, Blickwinkel (Fn. 9), S. 28, 30 f.; *Hollerbach*, Hintergrund (Fn. 9), S. 14; *Benz*, Gründung (Fn. 9), S. 121; *Weber*, Schmid (Fn. 5), S. 352 ff.; *Schnabel*, Geschichte (Fn. 9), S. 265; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 133 S. 1281 f., 1284 f.; *Kilian*, Schmid (Fn. 5), S. 575; *Kitzing*, Einleitung (Fn. 4), S. LVII; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 21 Rn. 783.

12 Siehe etwa *Kitzing*, Einleitung (Fn. 4), S. LIV; siehe zu seiner konkreten Rolle und Funktion im Rahmen der württemberg-badischen Verfassunggebung insbesondere Kapitel C.I.3 Fn. 384 sowie zu seinem entsprechenden Beitragen insgesamt Kapitel C. und D.

13 Siehe zu seiner Rolle und Funktion im Rahmen der württemberg-badischen Verfassunggebung insbesondere Kapitel C.I.3. und C.II.3. sowie zu seinem maßgeblichen Beitragen insgesamt Kapitel C. und D.

14 *G. Müller*, Württemberg-Hohenzollern 1945-1952, in: Tübinger Blätter 39 (1952), S. 3 (4); *E. Gönner*, Das Land (Süd-)Württemberg-Hohenzollern 1945-1952, in: G.-W. Sante/A.-G. Ploetz Verlag (Hrsg.), Geschichte der deutschen Länder, Bd. 2, 1971, S. 729 (732); *Schmid*, Erinnerungen (Fn. 8), S. 274 f.; *G. Müller*, Württemberg-Hohenzollern 1945-1952, in: M. Gögler/G. Richter i.V.m. G. Müller (Hrsg.), Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945-1952. Darstellungen und Erinnerungen, 1982, S. 13 (19); *G.F. Nüske*, Der Landtag von Württemberg-Hohenzollern, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretung in Baden-Württemberg, 1982, S. 270 (274, 276 f.); *G.F. Nüske*, Neubeginn von oben. Staatssekretariat und Landesregierungen, in: Gögler/Richter i.V.m. Müller, Württemberg-Hohenzollern, ebd., S. 81 (87 ff.); *U. Uffelmann*, Württemberg-Baden, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Der Weg zum Südweststaat, 1991, S. 75

standen diese beiden Landesverfassungen gemeinsam mit der Verfassung des Landes Baden in der Folge der Aufteilung der ehemaligen Länder Württemberg und Baden auf zwei Besatzungszonen und der anschließenden Gründung neuer Staatsgebilde durch die Alliierten. Während nämlich die US-amerikanische Besatzungsmacht die ihr unterstehenden Landesteile Nordwürttemberg und Nordbaden[15] im September 1945 zum Land Württemberg-Baden zusammenschloss[16], schuf die französische Besatzungsmacht einige Zeit später aus den von ihr kontrollierten Landesgebieten Südwürttemberg, Hohenzollern und Südbaden[17] die Länder Württemberg-Hohenzollern[18] und Baden[19]. Der Gründung der Länder folgte die Ausar-

(77); S. *Zauner*, Württemberg-Hohenzollern, in: Landeszentrale, Südweststaat, ebd., S. 55 (64); *Weber*, Schmid (Fn. 5), S. 279 ff.; *W. Schöntag*, Das Land Württemberg-Hohenzollern 1945-1952, in: H. Schwarzmaier u.a. (Hrsg.), Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Bd. 4, 2003, S. 441 (453); *F. Raberg*, Einleitung, in: ders. (Bearb.), Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern. Erster Bd., 2004, S. IX (LIX ff.); *F. Raberg*, Einleitung. Zur Entstehung der Verfassung des Landes Württemberg-Hohenzollern, in: T. Rösslein (Bearb.), Quellen zur Entstehung der Verfassung von Württemberg-Hohenzollern. Bd. 1, 2006, S. XIII (XVII ff.); *Kitzing*, Einleitung (Fn. 4), S. LVII.

15 Siehe dazu unten ausführlich Kapitel B.III. und B.IV.

16 Siehe dazu unten ausführlich Kapitel B.VI.

17 Siehe dazu unten ausführlich Kapitel B.III.

18 Hierfür führte die französische Besatzungsmacht Südwürttemberg mit den Hohenzollerischen Landen, also dem ehemaligen preußischen Regierungsbezirk Sigmaringen bestehend aus den Landkreisen Hechingen und Sigmaringen, zusammen; *A. Dehlinger*, Württembergs Staatswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung bis heute, Bd. 1, 1951, S. 212, 223; *T. Eschenburg*, Aus den Anfängen des Landes Württemberg-Hohenzollern, in: ders./T. Heuss/G.-A. Zinn (Hrsg.), Festgabe für Carlo Schmid, 1962, S. 57 (61 f.); *Gönner*, (Süd-)Württemberg-Hohenzollern (Fn. 14), S. 729 f.; *R. Mußgnug*, Die Anfänge Baden-Württembergs in verfassungsrechtlicher und verfassungsgeschichtlicher Sicht, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 43 (1984), S. 373 (378); *K.-J. Matz*, Baden-Württemberg – Ein Bundesland entsteht, in: R. Rinker/W. Setzler (Hrsg.), Die Geschichte Baden-Württembergs, 2. Aufl. 1987, S. 290 (290 ff.); *T. Eschenburg*, Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, 4. Aufl. 1997, S. 43 (46); *H.-W. Thümmel*, Artikel Württemberg, in: A. Erler/E. Kaufmann/D. Werkmüller (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 5, 1. Aufl. 1998, Sp. 1551 (1571); *M. Stolleis*, Besatzungsherrschaft und Wiederaufbau deutscher Staatlichkeit 1945-1949, in: Isensee/Kirchhof, HStR I (Fn. 10), § 7 Rn. 88; *W. Benz*, Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, 4. Aufl. 2005, S. 123; *T. von Erdmann*, Die Verfassung Württembergs von 1919. Entstehung und Entwicklung eines freien Volksstaates, 2013, S. 52, 218; *R. Kretzschmar*, Alte Ideen unter neuen Konstellationen. Zur Gründungsgeschichte des Landes Baden-Württemberg, in: ders./A.

beitung von Verfassungen, die in Württemberg-Baden im November 1946[20] sowie in Württemberg-Hohenzollern und Baden im Mai 1947[21] in Kraft tra-

Schindling/E. Wolgast (Hrsg.), Zusammenschlüsse und Neubildungen deutscher Länder im 19. und 20. Jahrhundert, 2013, S. 15 (30).

19 *F. Klein*, Neues Deutsches Verfassungsrecht, 1949, S. 126 f., 138 f., 140 f.; *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 212, 223 f.; *Müller*, Württemberg-Hohenzollern 1945-1952 (Fn. 14), S. 3 ff.; *R. Spreng*, in: ders./W. Birn/P. Feuchte (Hrsg.), Die Verfassung des Landes Baden-Württemberg, 1954, Einleitung S. 15 (16); *Eschenburg*, Württemberg-Hohenzollern (Fn. 18), S. 60 ff.; *E. Müller*, Kleine Geschichte Württembergs, 1963, S. 237; *E. Konstanzer*, Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, 1969, S. 84; *M. Miller/P. Sauer*, Die württembergische Geschichte von der Reichsgründung bis heute, 1971, S. 186; *Gönner*, (Süd-)Württemberg-Hohenzollern (Fn. 14), S. 729 f.; *G. Haselier*, (Süd-)Baden 1945-1952, in: Sante/Ploetz Verlag, Geschichte (Fn. 14), S. 721 (721 f.); *G. Müller*, Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 36 (1977), S. 236 (240); *K. A. Stiefel*, Baden 1648 bis 1952. Bd. I, 1977, S. 392 f.; *Eschenburg*, Besatzung (Fn. 9), S. 97 f.; *E. Marquardt*, Geschichte Württembergs, 2. Aufl. 1962, S. 386; *E. Gönner/G. Haselier*, Baden-Württemberg. Geschichte seiner Länder und Territorien, 2. Aufl. 1980, S. 115 ff., 120; *Mußgnug*, Anfänge (Fn. 18), S. 378; *P. Feuchte*, in: ders. (Hrsg.), Verfassung des Landes Baden-Württemberg. Kommentar, 1987, Einleitung Rn. 1; *Matz*, Baden-Württemberg (Fn. 18), S. 292; *K. Weller/A. Weller*, Württembergische Geschichte im südwestdeutschen Raum, 10. Aufl. 1989, S. 310; *H. Burkhardt* u.a., Baden-Württemberg. Eine Heimat- und Landeskunde, 1990, S. 329; *Hollerbach*, Hintergrund (Fn. 9), S. 12; *Eschenburg*, Entstehung (Fn. 18), S. 46; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1571; *Schnabel*, Geschichte (Fn. 9), S. 231; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 131 S. 958 f., 1029; *P. Feuchte*, Besatzungsregime oder Selbstregierung? Demokratischer Aufbau in (Süd-)Baden nach 1945, in: Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins „Schau-Ins-Land" 120 (2001), S. 209 (211); *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 88, 90 f.; *Raberg*, Einleitung (Fn. 14), S. IX; *Benz*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), S. 123; *B. Wilhelm*, Das Land Baden-Württemberg. Entstehungsgeschichte – Verfassungsrecht – Verfassungspolitik, 2007, S. 21 f.; *M. Furtwängler*, So viel Anfang war nie. Die Verfassungen der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 158 (2010), S. 479 (480); *R. Weber/H.-G. Wehling*, Geschichte Baden-Württembergs, 2. Aufl. 2012, S. 107; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 52; *Kretzschmar*, Gründungsgeschichte (Fn. 18), S. 30; *R. Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen in der Republik Baden. Inhalt und Bedeutung der badischen Landeskonstitution von 1919 im Verfassungsgefüge des Weimarer Bundesstaates, 2014, S. 441.

20 Verfassung für Württemberg-Baden vom 30. November 1946 (Regierungsblatt der Regierung Württemberg-Baden 1946, S. 277 ff.); Text der Verfassung abgedruckt bei W. Wegener (Hrsg.), Die neuen deutschen Verfassungen, 1947, S. 101 ff.; siehe zu ihrer Entstehung ausführlich unten Kapitel C.; im weiteren Verlauf wird die württemberg-badische Verfassung hinter Zitaten ihrer Verfassungsartikel mit WBV abgekürzt.

21 Verfassung für Württemberg-Hohenzollern vom 18. Mai 1947 (Regierungsblatt für das Land Württemberg-Hohenzollern 1947, S. 1 ff.); Text der Verfassung abgedruckt bei Wegener, Verfassungen (Fn. 20), S. 281 ff.; Verfassung des Landes Baden vom 18. Mai 1947 (Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt. Regierungsblatt der Landes-

ten. Allerding fusionierten die drei Bundesländer Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden bereits Ende April 1952 zum neuen Bundesland Baden-Württemberg[22]. Die in der Folge dieser Landesneugrün-

regierung Baden 1947, S. 129 ff.); Text der Verfassung abgedruckt bei Wegener, Verfassungen (Fn. 20), S. 260 ff.; vgl. zu ihrer Schaffung und ihrem Inkrafttreten im Überblick *W. Wegener*, Einführung, in: ders., Verfassungen (Fn. 20), S. 7 (48 ff.); *Klein*, Verfassungsrecht (Fn. 19), S. 140 f.; *F.R. Pfetsch*, Ursprünge der Zweiten Republik. Prozesse der Verfassungsgebung in den Westzonen und in der Bundesrepublik, 1990, S. 430 f., 456 f.; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 131 S. 1047 f., 1060 f.; *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 90 f.; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 20 Rn. 740; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 53, 218; *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 455 ff.; siehe hierzu außerdem die für die Geschichte Baden-Württembergs spezifischen Literaturhinweise weiter unten in diesem Kapitel in Fn. 29 und 30 sowie die für die Historie des Landes Württemberg-Hohenzollern und Baden besonderen Literaturhinweise weiter unten in diesem Kapitel in Fn. 33 und 34.

22 Nach der erfolgreichen Durchführung von Volksabstimmungen in allen drei Ländern und der Wahl der Verfassunggebenden Landesversammlung erfolgten die Fusion von Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden sowie die Gründung des neuen Landes Baden-Württemberg, als Ministerpräsident *Reinhold Maier* (siehe zu diesem unten Kapitel B.V.3. Fn. 229) auf der Sitzung der Landesversammlung am 25. April 1952 eine vorläufige Regierung bildete; vgl. zu diesem Vorgang, aber vor allem zu den die Vereinigung der drei Länder vorangegangenen und vorbereitenden Entwicklungen ausführlich Institut für Staatslehre und Politik e.V. (Hrsg.), Der Kampf um den Südweststaat, 1952; *K. Göbel*, Einleitung, in: ders., Die Verfassung des Landes Baden-Württemberg, 1953, S. 7 (7 ff.); *Spreng* (Fn. 19), Einleitung S. 15, 17 ff.; *V. Renner*, Entstehung und Aufbau des Landes Baden-Württemberg, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart N.F. 7 (1958), S. 197 (201 ff.); *H.-J. Köhres*, Struktur und Probleme der Verfassung des Landes Baden-Württemberg, Diss. iur. Köln 1959, S. 18 ff.; *T. Eschenburg*, Verfassung, Staat, Parteien, in: T. Pfizer (Hrsg.), Baden-Württemberg. Staat, Wirtschaft und Kultur, 1963, S. 93 (95 ff.); *Müller*, Geschichte (Fn. 19), S. 242 ff.; *Konstanzer*, Entstehung (Fn. 19), S. 84 ff., 99 ff.; *E. Gönner*, Die Entstehung des Südweststaates (1948-1952), in: Sante/Ploetz Verlag, Geschichte (Fn. 14), S. 735 (735 ff.); *Müller*, Entstehung (Fn. 19), S. 241 ff.; *P. Sauer* (Bearb.), Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Eine Dokumentation, 1977, S. 32 ff., 40 ff., 65 ff., 102 ff., 117 ff., 128 ff., 148 f., 168 f., 179 f.; *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 405 ff.; *G. Müller*, Baden-Württemberg, eine schwere Geburt, in: Baden-Württembergische Verwaltungspraxis 9 (1982), S. 74 (74 ff.); *ders.*, Zur Entstehung des Landes Baden-Württemberg, in: VBlBW 1982, S. 153 (153 ff.); *P. Feuchte*, Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg, 1983, S. 117 ff.; *A. Möller*, Politische Einflüsse auf die Entstehung der Landesverfassung, in: A. Hollerbach (Hrsg.), 30 Jahre Verfassung von Baden-Württemberg, 1984, S. 8 (8 ff.); *Mußgnug*, Anfänge (Fn. 18), S. 373, 380 ff.; *P. Sauer*, Die Anfänge des Landes Baden-Württemberg. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Aspekte, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 43 (1984), S. 355 (356); *J. Weik*, MdL und Landtagsgeschichte von Baden-Württemberg 1945-1984, 3. Aufl. 1984, S. 53 ff.; *Feuchte* (Fn. 19), Einleitung Rn. 6 ff.; *Matz*, Baden-

dung ausgearbeitete Verfassung des Landes Baden-Württemberg[23] löste daraufhin die drei südwestdeutschen Landesverfassungen bereits nach gut

Württemberg (Fn. 18), S. 295 ff.; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 318 f., 321; *Hollerbach*, Hintergrund (Fn. 9), S. 14 ff.; *P.-L- Weinacht*, Der Weg in den Südweststaat, in: Landeszentrale, Südweststaat (Fn. 14), S. 310 (310 ff.); *P. Feuchte*, Politische Einheit als Ziel der Staatsgründung und Auftrag der Verfassung, in: VBlBW (1992), S. 81 (81 ff.), 125 (125 ff.), 287 (287 f.); *Eschenburg*, Entstehung (Fn. 18), S. 48 ff.; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 133 S. 1236 ff.; *K.-J. Matz*, Grundlagen und Anfänge von Baden-Württemberg 1948-1960, in: Schwarzmaier u.a., Handbuch 4 (Fn. 14), S. 519 (528 ff.); *Wilhelm*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 25 ff.; *K.-J. Matz*, Kleine Geschichte des Landes Baden-Württemberg, 2010, S. 45 ff., 59 f.; *Weber/Wehling*, Geschichte (Fn. 19), S. 110 ff.; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 53 ff.; *Kretzschmar*, Gründungsgeschichte (Fn. 18), S. 22 ff.; *W. Hug*, Die Geschichte Badens, 2. Aufl. 2016, S. 197 ff.; vgl. zu den Entwicklungen im Überblick in Teilen auch schon *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 225 f.; außerdem *W. Grube*, Der Stuttgarter Landtag 1457-1957. Von den Landständen zum demokratischen Parlament, 1957, S. 574 f.; *Marquardt*, Geschichte (Fn. 19), S. 386 ff.; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 196, 198, 200; *J. Kerkhoff*, Entstehung des Landes Baden-Württemberg. Beiwort zu den Karten VII, 3, in: Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg (Hrsg.), Historischer Atlas von Baden-Württemberg. Erläuterungen, 1972-1988, S. 1 (3 f.); *K. Braun*, Kommentar zur Verfassung des Landes Baden-Württemberg, 1984, Art. 23 Rn. 1; *P.-L. Weinacht/P. Sauer*, Die politische Nachkriegsentwicklung und die Auseinandersetzungen um den Südweststaat, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Badische Geschichte vom Großherzogtum bis zur Gegenwart, 2. Aufl. 1987, S. 206 (255 ff.); *Burkhardt* u.a., Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 333; *Pfetsch*, Ursprünge (Fn. 21), S. 62, 432; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1571; *T. Schnabel*, Geschichte von Baden-Württemberg 1952-2002, 2001, S. 15; *J. Menzel*, Landesverfassungsrecht. Verfassungshoheit und Homogenität im grundgesetzlichen Bundesstaat, 2002, S. 361 f.; *H. Hofmann*, Die Entwicklung des Grundgesetzes von 1949 bis 1990, in: Isensee/Kirchhof, HStR I (Fn. 10), § 9 Rn. 22 ff.; *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 441, 444 f.; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 23 Rn. 877 f.

23 Verfassung des Landes Baden-Württemberg vom 11. November 1953 (Gesetzblatt für Baden-Württemberg 1953, S. 173 ff.); vgl. zunächst zur Entstehung der Verfassung *Göbel*, Einleitung (Fn. 22), S. 15 ff.; *Spreng* (Fn. 19), Einleitung S. 21 ff.; *Renner*, Entstehung (Fn. 22), S. 209 f.; *Köhres*, Baden-Württemberg (Fn. 22), S. 27 ff.; *Eschenburg*, Verfassung (Fn. 22), S. 100 ff.; *B. Beutler*, Das Staatsbild in den Länderverfassungen nach 1945, 1973, S. 190 ff.; *Sauer*, Entstehung (Fn. 22), S. 197 f.; *H. Schneider*, Der Landtag von Baden-Württemberg seit 1952, in: Landeszentrale, Ständeversammlung (Fn. 14), S. 296 (297 ff.); *Mußgnug*, Anfänge (Fn. 18), S. 399 ff.; *Feuchte*, Verfassungsgeschichte (Fn. 22), S. 169 ff.; *Möller*, Einflüsse (Fn. 22), S. 14 ff.; *Feuchte* (Fn. 19), Einleitung Rn. 22 ff.; *Hollerbach*, Hintergrund (Fn. 9), S. 22 f.; *H. Maurer*, Verfassungsrecht, in: ders./Hendler, Baden-Württembergisches Staats- und Verwaltungsrecht (Fn. 9), S. 27 (33 ff.); *Feuchte*, Einheit (Fn. 22), S. 288 ff.; *Schnabel*, Geschichte Baden-Württemberg (Fn. 9), S. 35 ff.; *Menzel*, Landesverfassungsrecht (Fn. 22), S. 362 ff.; *Matz*, Anfänge (Fn. 22), S. 559 ff.; *Wilhelm*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 235 ff.; *Matz*, Geschichte (Fn. 22), S. 65 ff.; *Hug*, Geschichte (Fn. 22), S. 202 f.; vgl. außerdem

einem halben Jahrzehnt ihrer Geltung im November 1953[24] endgültig ab. Gerade deswegen sind die Entstehung sowie das Wesen und der Inhalt die-

---

die umfangreiche Quellenedition von P. Feuchte (Bearb.), Quellen zur Entstehung der Verfassung von Baden-Württemberg. Bd. 1. Gründung des Landes und Überleitungsgesetz, 1986. Bd. 2. Juni bis Oktober 1952, 1988. Bd. 3. Oktober bis November 1952, 1989. Bd. 4 November 1952 bis Januar 1953, 1990. Bd. 5. Januar bis April 1953, 1991. Bd. 6. April bis Mai 1953, 1991. Bd. 7. Juni 1953, 1992. Bd. 8. Juni bis November 1953, 1992. Bd. 9. Gesamtregister, 1995; vgl. überdies zum Inhalt der Verfassung des Landes Baden-Württemberg eingehend *Göbel*, Verfassung (Fn. 22); Spreng/Birn/Feuchte, Verfassung (Fn. 19); *Köhres*, Baden-Württemberg, (Fn. 22), S. 31 ff.; *Eschenburg*, Verfassung (Fn. 22), S. 102 ff.; *Feuchte*, Verfassungsgeschichte (Fn. 22), S. 179 ff.; *Braun*, Verfassung (Fn. 22); Feuchte, Verfassung Baden-Württemberg (Fn. 19); *Maurer*, Verfassungsrecht, ebd., S. 38 f., 43 ff.; *F. Endemann*, Die Landesverfassung – ihre Entwicklung, in: Landeszentrale, Baden-Württemberg (Fn. 18), S. 67 (67 ff.); vgl. zudem im Überblick *V. Renner*, Zur Verfassung des Landes Baden-Württemberg, in: DVBl. 1954, S. 1 (1 ff.); *ders.*, Entstehung (Fn. 22), S. 210 ff.; *Beutler*, Staatsbild, ebd., S. 189 f.; *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 415 ff.; *Möller*, Einflüsse (Fn. 22), S. 19 ff.; *Feuchte* (Fn. 19), Einleitung Rn. 28 ff.; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 322 f.; *Pfetsch*, Ursprünge (Fn. 21), S. 432 f.; *Wilhelm*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 242 f.; im weiteren Verlauf wird die baden-württembergische Verfassung hinter Zitaten ihrer Verfassungsartikel mit BWV abgekürzt.

24 Am 11. November 1953 verabschiedete die Mehrheit der Verfassunggebenden Landesversammlung in einer Schlussabstimmung die Verfassung, die durch Verkündung am 19. November 1953 als Verfassung des Landes Baden-Württemberg in Kraft trat; vgl. dazu *Göbel*, Einleitung (Fn. 22), S. 10, 12; *Spreng* (Fn. 19), Einleitung S. 27; *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 575; *E. Gönner*, Das Land Baden-Württemberg seit 1952, in: Sante/Ploetz Verlag, Geschichte (Fn. 14), S. 739 (742), der das Inkrafttreten fälschlicherweise auf den 16. November 1953 datiert; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 202, die als Datum der Verabschiedung der Verfassung irrtümlicherweise den 16. November 1953 benennen; *Sauer*, Entstehung (Fn. 22), S. 198; *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 415; *Feuchte*, Verfassungsgeschichte (Fn. 22), S. 167, 232; *Braun*, Verfassung (Fn. 22), Art. 94 Rn. 1; *Möller*, Einflüsse (Fn. 22), S. 11; *Mußgnug*, Anfänge (Fn. 18), S. 401; *Sauer*, Anfänge (Fn. 32), S. 369; *Weik*, Landtagsgeschichte (Fn. 22), S. 62 f.; *P. Feuchte*, in: ders., Verfassung (Fn. 19), Art. 94 Rn. 3; *ders.* (Fn. 19), Einleitung Rn. 27; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 322, der als Datum der Verabschiedung irrtümlicherweise den 1. November 1953 nennt; *Hollerbach*, Hintergrund (Fn. 9), S. 23; *Pfetsch*, Ursprünge (Fn. 21), S. 62, 432; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1571, der das Inkrafttreten versehentlich auf den 11. November 1952 datiert; *Schnabel*, Geschichte Baden-Württemberg (Fn. 9), S. 42; *Matz*, Anfänge (Fn. 22), S. 568 f.; *Wilhelm*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 241 f.; *Matz*, Geschichte (Fn. 22), S. 73; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 55; *Kretzschmar*, Gründungsgeschichte (Fn. 18), S. 46; *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 444; siehe außerdem den maßgeblichen Art. 94 Abs. 2 BWV, der bestimmt, dass „die Verfassung […] am Tag ihrer Verkündung in Kraft [tritt]. Zum gleichen Zeitpunkt treten die Verfassungen der bisherigen Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern außer Kraft."

ser drei südwestdeutschen Verfassungen weitgehend in Vergessenheit geraten. Deshalb führen die Genese und vor allem der materielle Gehalt der drei südwestdeutschen Verfassungen in der wissenschaftlichen Untersuchung des Landesverfassungsrechts ein Schattendasein. Dies wird offensichtlich, wenn man einen Blick auf die bislang durchgeführte Erforschung ähnlicher westdeutscher Landesverfassungen wirft, die parallel oder kurz nach den südwestdeutschen Landesverfassungen entstanden sind und denen gemeinsam ist, dass sie vor Erlass des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland[25] in Kraft gesetzt wurden[26]. Aufgrund ihrer – im Vergleich zu den südwestdeutschen Verfassungen – jahrzehntelangen Geltungsdauer beschäftigen sich bereits unterschiedliche wissenschaftliche Ar-

25 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (Bundesgesetzblatt 1949, S. 1 ff.); im weiteren Verlauf wird das deutsche Grundgesetz hinter Zitaten seiner Verfassungsartikel mit GG abgekürzt.

26 Zu nennen sind hier die Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Hessen 1946, S. 229 ff.), die Verfassung des Freistaates Bayern vom 8. Dezember 1946 (Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1946, S. 333 ff.), die Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 18. Mai 1947 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz 1947, S. 209 ff.), die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21. Oktober 1947 (Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen 1947, S. 251 ff.) und die Verfassung des Saarlandes vom 15. Dezember 1947 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1077 ff.); dieser „Kategorie" vorgrundgesetzlicher Landesverfassungen gehören zum einen nicht die Verfassungen der Länder der britischen Besatzungszone an, die erst nach Verabschiedung des Grundgesetzes in Kraft traten. Dies waren namentlich die Landessatzung für Schleswig-Holstein vom 13. Dezember 1949 (Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein 1950, S. 3 ff.), die Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. Juni 1950 (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 1950, S. 127 ff.), die Vorläufige Niedersächsische Verfassung vom 13. April 1951 (Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1951, S. 103 ff.) und die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 6. Juni 1952 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1952, S. 117 ff.); siehe zu letzterer unten ausführlicher Fn. 49; zu dieser Gruppe zählen zum anderen auch nicht die Landesverfassungen der Länder der sowjetischen Besatzungszone, also die Verfassung des Landes Thüringen vom 20. Dezember 1946 (Regierungsblatt für das Land Thüringen, Teil I, 1947, S. 1 ff.), die Verfassung der Provinz Sachsen-Anhalt vom 10. Januar 1947 (Gesetzblatt der Provinz Sachsen-Anhalt 1947, S. 9 ff.), die Verfassung des Landes Mecklenburg vom 16. Januar 1947 (Regierungsblatt für Mecklenburg 1947, S. 1 ff.), die Verfassung für die Mark Brandenburg vom 6. Februar 1947 (Gesetzes- und Verordnungsblatt der Provinzialregierung Mark Brandenburg 1947, S. 45 ff.) und die Verfassung des Landes Sachsen vom 28. Februar 1947 (Gesetz- und Verordnungsblatt Sachsen 1947, S. 103 ff.); zuletzt nimmt auch die Verfassung von Berlin vom 1. September 1950 (Verordnungsblatt für Berlin 1950, S. 455; siehe zu dieser unten ausführlicher Fn. 49) eine gesonderte Stellung ein.

beiten zur nachkriegszeitlichen Landesverfassungsgeschichte eingehend mit ihrer Entstehung und inhaltlichen Ausformung[27].

Soweit sich die Verfassungsgeschichtswissenschaft mit den südwestdeutschen Landesverfassungen der Nachkriegszeit auseinandersetzt, beleuchtet sie deren Entstehung bisher nur im verfassungshistorischen Gesamtkontext der nachkriegszeitlichen, westdeutschen Landesverfassungsgeschichte[28]. Zudem findet die Genese der drei Verfassungen selbstverständlich im

27 Vgl. zur Verfassung des Landes Hessen die maßgebliche Arbeit von *M. Will*, Die Entstehung der Verfassung des Landes Hessen von 1946, 2009; vgl. zur Verfassung des Freistaates Bayern zunächst *W. Siegel*, Bayerns Staatswerdung und Verfassunggebung 1945/46, 1978; außerdem grundlegend *A. Zimmer*, Demokratiegründung und Verfassunggebung in Bayern. Die Entstehung der Verfassung des Freistaates Bayern von 1946, 1987 und *E. Schmidt*, Staatsgründung und Verfassungsgebung in Bayern. Die Entstehung der Bayerischen Verfassung vom 8. Dezember 1946, Bd. 1 und 2, 1997; vgl. überdies *B. Fait*, Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner. Amerikanische Kontrolle und Verfassunggebung in Bayern 1946, 1998; vgl. außerdem die Ausführungen jüngeren Datums von *C.G. Ruf*, Die Bayerische Verfassung vom 14. August 1919, 2015, S. 784 ff. zu den Einflüssen der Bamberger Verfassung auf die Verfassung des Freistaates Bayern; vgl. zur Verfassung für Rheinland-Pfalz ganz grundsätzlich *A. Mohr*, Die Entstehung der Verfassung für Rheinland-Pfalz, 1987; vgl. zur Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen wegweisend *W. Kringe*, Verfassungsgenese. Die Entstehung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21. Oktober 1947, 1993 und *A. Kessler*, Die Entstehung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21. Oktober 1947, Diss. iur. Freiburg im Breisgau 1996; vgl. überdies die Ausführungen jüngeren Datums von *A. Rehder*, Die Verfassung der Freien Hansestadt Bremen von 1920. Ein Stadtstaat zwischen Tradition und Pragmatismus, 2016, S. 316 ff. zur Prägung der bremischen Verfassung von 1946 durch die bremische Verfassung von 1919; vgl. zur Verfassung des Saarlandes maßgeblich *R. Brosig*, Die Verfassung des Saarlandes. Entstehung und Entwicklung, 2001; vgl. zur Ausarbeitung und zum Inkrafttreten dieser Verfassungen im Überblick *Klein*, Verfassungsrecht (Fn. 19), S. 104, 118 f., 120, 125 f., 144, 146, 201 f.; *Beutler*, Staatsbild (Fn. 23), S. 108 ff., 122 ff., 141 ff., 159 ff., 157 ff.; *B. Diestelkamp*, Die Verfassungsentwicklung in den Westzonen bis zum Zusammentreten des Parlamentarischen Rates (1945-1948), in: NJW 1989, S. 1312 (1316 ff.); *Pfetsch*, Ursprünge (Fn. 21), S. 29 ff., 433, 437 ff., 441 ff., 449 f., 451 f.; *B. Diestelkamp*, Verfassunggebung unter Besatzungsherrschaft in Westdeutschland 1945-1949. Die Länderverfassungen und das Grundgesetz, in: H. Mohnhaupt (Hrsg.), Rechtsgeschichte in den beiden deutschen Staaten (1988-1990), 1991, S. 650 (652 ff., 663 ff.); *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 131 S. 1046 f., 1048 ff., 1059, 1061 ff.; *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 59 ff., 90 ff.; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 20 Rn. 739 ff.

28 Vgl. *Wegener*, Einführung (Fn. 21), S. 37 ff., 48 ff.; *Klein*, Verfassungsrecht (Fn. 19), S. 140 f.; *Beutler*, Staatsbild (Fn. 23), S. 57 ff., 80 ff., 94 ff.; *Diestelkamp*, Verfassungsentwicklung (Fn. 27), S. 1316 f.; *Pfetsch*, Ursprünge (Fn. 21), S. 29 ff., 430 f., 454 ff.; *Diestelkamp*, Verfassunggebung (Fn. 27), S. 652 ff., 663 ff.; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 131 S. 1047 f., 1060 f.; *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 61, 90 f.; *Frot-*

Rahmen der umfangreichen Forschung zur Geschichte des Landes Baden-Württemberg bzw. seiner Vorgängerstaatsgebilde [29] und in ihrer Rolle als Zwischenakt auf dem Weg zur Gründung des Landes Baden-Württemberg und seiner anschließenden Verfassunggebung[30] Erwähnung. Dabei bleibt die Auseinandersetzung mit der Entstehung der Landesverfassungen aber grundsätzlich[31] ebenfalls nur an der Oberfläche. Die Beiträge, die sich

---

scher/Pieroth, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 20 Rn. 740; vgl. insbesondere zur Genese der Verfassung für Württemberg-Baden vor dem Hintergrund der Entstehung der Landesverfassungen in der US-amerikanischen Besatzungszone überdies *C.F. Latour/T. Vogelsang*, Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944-1947, S. 114 ff.; *A. M. Birke*, Die aufgezwungene Demokratie? Zur Verfassungspolitik in den westlichen Besatzungszonen, in: J. Heideking/G. Hufnagel/F. Knipping (Hrsg.), Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard Schulz, 1989, S. 151 (155 ff.); vgl. zur Entstehung der Verfassung für Württemberg-Baden außerdem den instruktiven und verhältnismäßig ausführlichen Aufsatz von *B. Fait*, „In einer Atmosphäre der Freiheit". Die Amerikaner und die Verfassunggebung in den Ländern der US-Zone 1946, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 33 (1985), S. 420 (420 ff.), in dem sie vor dem Hintergrund der Verfassungsgenese in den Ländern der US-amerikanischen Besatzungszone unter anderem die Rolle und den Einfluss der US-amerikanischen Besatzungsmacht auf die württemberg-badische Verfassunggebung untersucht.

29 Vgl. etwa *K.J. Rößler*, Der Badische Landtag, 1949, S. 62 ff.; *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 216 ff., 223 ff.; *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 571 f., 573 f.; *ders.*, Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands, 2. Aufl. 1960, S. 98 f., 100; *Marquardt*, Geschichte (Fn. 19), S. 386; *Müller*, Geschichte (Fn. 19), S. 238 ff.; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 188, 190; *W. Grube*, Vogteien, Ämter, Landkreise in Baden-Württemberg. Bd. I, 1975, S. 118 f., 120 f.; *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 392 ff.; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 112 f., 117 f., 122; *Weik*, Landtagsgeschichte (Fn. 22), S. 28 f., 40 f., 48 f.; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 314; *Burkhardt* u.a., Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 329; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1570 f.; *Landtag von Baden-Württemberg*, Ein Leitfaden zu Aufgaben und Geschichte des Landtags, 12. Aufl. 2004, S. 120; *Matz*, Geschichte (Fn. 22), S. 35 f., 39, 41 f.; *Hug*, Geschichte (Fn. 22), S. 188, 191, 194.

30 Vgl. etwa Institut für Staatslehre und Politik, Südweststaat (Fn. 22), S. 2 ff.; *Spreng* (Fn. 19), Einleitung S. 16 f.; *Renner*, Entstehung (Fn. 22), S. 200 f.; *Köhres*, Baden-Württemberg (Fn. 22), S. 10, 13 ff.; *Eschenburg*, Verfassung (Fn. 22), S. 95 f.; *Konstanzer*, Entstehung (Fn. 19), S. 45 ff.; *Kerkhoff*, Entstehung (Fn. 22), S. 2 f.; *Müller*, Entstehung (Fn. 19), S. 240; *Sauer*, Entstehung (Fn. 22), S. 17 ff.; *Mußgnug*, Anfänge (Fn. 18), S. 380 f.; *Hollerbach*, Hintergrund (Fn. 9), S. 12; *Eschenburg*, Entstehung (Fn. 18), S. 48 f.; *Wilhelm*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 25 ff.; *Kretzschmar*, Gründungsgeschichte (Fn. 18), S. 30.

31 Vgl. die verhältnismäßig umfangreiche Beleuchtung der Genese der Landesverfassungen von *Feuchte*, Verfassungsgeschichte (Fn. 22), S. 17 ff., die aber auch im Kontext der anschließenden Betrachtung der Entstehung und des Inhalts der Verfassung des Landes Baden-Württemberg erfolgt.

schwerpunktmäßig mit der Historie der drei südwestdeutschen Staaten befassen, beschäftigen sich natürlich bei dieser Gelegenheit auch mit der Genese der Verfassungen für Württemberg-Baden[32], für Württemberg-Hohenzollern[33] und des Landes Baden[34]. Gleichwohl gehen aber auch diese

32 Vgl. *F. Hezel*, Die staats- und verwaltungsrechtliche Entwicklung in Nord-Württemberg und Nord-Baden, in: DRZ 1947, S. 22 (25); *G. Haselier*, (Nord-)Württemberg-Baden 1945-1952, in: Sante/Ploetz Verlag, Geschichte (Fn. 14), S. 715, 717; *G. Haselier*, Die Bildung des Landes Württemberg-Baden 1945/46, in: A. Schäfer (Hrsg.), Neue Forschungen zu Grundproblemen der badischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, 1973, S. 243 (265); *P. Sauer*, Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden von 1945-1952, 1978, S. 110 ff., 120 ff.; *Weinacht/Sauer*, Nachkriegsentwicklung (Fn. 22), S. 242 ff.; *P. Sauer*, Der Landtag von Württemberg-Baden, in: Landeszentrale, Ständeversammlung (Fn. 14), S. 249 (253 ff.); *Uffelmann*, Württemberg-Baden (Fn. 14), S. 76 f.; *P. Sauer*, Das Land Württemberg-Baden 1945-1952, in: Schwarzmaier u.a., Handbuch 4 (Fn. 14), S. 343 (371 ff.); *Kitzing*, Einleitung, (Fn. 4), S. XLIV f.; vgl. in diesem Zusammenhang auch die entsprechenden autobiografischen Ausführungen von *W. Keil*, Erlebnisse eines Sozialdemokraten. Bd. 2, 1948, S. 685 f.; *L. D. Clay*, Entscheidung in Deutschland, 1950, S. 108 f.; *R. Maier*, Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945-1952, 1964, S. 244 ff. und *Schmid*, Erinnerungen (Fn. 8), S. 272 f. sowie die Biografie von *Weber*, Schmid (Fn. 5), S. 272 ff. über *Schmid*.

33 Vgl. etwa *Müller*, Württemberg-Hohenzollern 1945-1952 (Fn. 14), S. 4; *Eschenburg*, Württemberg-Hohenzollern (Fn. 18), S. 79; *Gönner*, (Süd-)Württemberg-Hohenzollern (Fn. 14), S. 731 f.; *Müller*, Württemberg-Hohenzollern (Fn. 14), S. 19 f.; *Nüske*, Landtag Württemberg-Hohenzollern (Fn. 14), S. 271 ff.; *ders.*, Neubeginn (Fn. 14), S. 87 ff.; *ders.*, Württemberg-Hohenzollern als Land der französischen Besatzungszone in Deutschland 1945-1952, in: Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte 18 (1982), S. 179 (246 ff.); *E. Wolfrum*, Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergessenen Zone" bis zur Bildung des Südweststaates 1945-1952, 1991, S. 192 ff.; *Zauner*, Württemberg-Hohenzollern (Fn. 14), S. 64 ff.; *H. Pfefferle*, Politische Identitätsbildung in Württemberg-Hohenzollern (1945-1952). Die Renaissance oberschwäbischen Regionalbewußtseins, 1997, S. 106 ff., 110 ff.; *Schöntag*, Württemberg-Hohenzollern (Fn. 14), S. 452 f.; *Raberg*, Einleitung (Fn. 14), S. XLVI ff., LIX ff.; vgl. auch hier wieder die autobiografische Schrift von *Schmid*, Erinnerungen (Fn. 8), S. 267 ff. und die entsprechende Biografie von *Weber*, Schmid (Fn. 5), S. 225 ff., 255, 278 ff.

34 Vgl. etwa *Haselier*, (Süd-)Baden (Fn. 19), S. 724 f.; *Weinacht/Sauer*, Nachkriegsentwicklung (Fn. 22), S. 220 ff.; *F. Kuhn*, Der Landtag von (Süd-)Baden, in: Landeszentrale, Ständeversammlung (Fn. 14), S. 285 (286 ff.); *Nüske*, Württemberg-Hohenzollern (Fn. 33), S. 264 ff.; *F. Vortisch sen.*, Die Demokratisierung Südbadens nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945, in: Das Markgräflerland. Beiträge zu seiner Geschichte und Kultur, Heft 2/1982, S. 44 (44 ff.); *K.-J. Matz*, Baden, in: Landeszentrale, Südweststaat (Fn. 14), S. 38 (45, 47 f.); *Wolfrum*, Besatzungspolitik (Fn. 34), S. 180 ff.; *H. Fenske*, 175 Jahre badische Verfassung, 1993, S. 101 ff.; *P. Fäßler*, Politik ohne Wiederhall? Verfassungsschöpfung und parlamentarische Regierung, in: E. Wolfrum/P. Fäßler/R. Grohnert, Krisenjahre und Aufbruchszeit. Alltag und Politik im französisch

über eine überblicksartige Betrachtung nicht hinaus. Außerdem existieren bereits einzelne Untersuchungen, die eine oder sogar mehrere südwestdeutsche Landesverfassungen nicht nur oberflächlich erforschen. Diese nehmen dann aber hauptsächlich die Entstehung der Landesverfassung von Württemberg-Baden[35], von Württemberg-Hohenzollern[36] und von Baden[37] oder ausgewählte inhaltliche Aspekte der württemberg-badischen[38],

besetzten Baden 1945-1949, 1996, S. 146 (151 ff.); *Feuchte*, Besatzungsregime (Fn. 19), S. 211, 215 f., 217 f.; *K.-J. Matz*, Das Land Baden 1945-1952, in: Schwarzmaier u.a., Handbuch 4 (Fn. 14), S. 477 (492 ff.); *K. Hochstuhl*, Einleitung, in: ders. (Bearb.), Die Protokolle der Regierung von Baden. Erster Bd. Die Landesverwaltung Baden und das Staatssekretariat Wohleb 1945-1947, 2006, S. IX (XXXI ff.).

35 Vgl. ausführlich *Sauer*, Neubeginn (Fn. 32), S. 120 ff.; außerdem *Kurtenacker*, Einfluss (Fn. 5), S. 118 ff.; vgl. zur württemberg-badischen Verfassunggebung selbstverständlich auch die umfangreiche Edition der Originalquellen von P. Sauer (Bearb.), Quellen zur Entstehung der Verfassung von Württemberg-Baden. Erster Teil. Februar bis Juni 1946, 1995. Dritter Teil. September bis Oktober 1946, 2001; siehe zum Zweiten Teil dieses Werks bereits oben Sauer, Quellen II (Fn. 2).

36 Vgl. *Raberg*, Entstehung (Fn. 14), S. XIII, XVI ff.; außerdem *Kurtenacker*, Einfluss (Fn. 5), S. 127 f.; vgl. zur württemberg-hohenzollernschen Verfassunggebung natürlich auch die umfassende Edition der Originalquellen von T. Rösslein (Bearb.), Quellen zur Entstehung der Verfassung von Württemberg-Hohenzollern. Bd. 1, 2006. Bd. 2, 2008; vgl. zur württemberg-badischen und zur württemberg-hohenzollernschen Verfassunggebung außerdem kurz *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 52 f., 219 f.

37 Vgl. *O. Gilliar*, Die Entstehung der badischen Verfassung vom 19. Mai 1947, in: Das Markgräflerland, Heft 2/1982, S. 3 (8 ff.); *F.R. Pfetsch*, Zur Verfassung des Landes Baden im Mai 1947, in: P.-L. Weinacht u.a. (Hrsg.), Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre. Badische Politik nach 1945, 1988, S. 127 (127 ff.); *P. Feuchte*, Zur Verfassung des Landes Baden von 1947, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 143 (1995), S. 443 (445 ff., 452 ff.); *P. Feuchte*, Einleitung, in: ders. (Bearb.), Quellen zur Entstehung der Verfassung des Landes Baden von 1947. Bd. 1, 1999, S. 1 (1 ff.); vgl. zur badischen Verfassungsgenese somit auch die umfangreiche Edition der Originalquellen von dems. (Bearb.), Quellen zur Entstehung der Verfassung des Landes Baden von 1947. Bd. 1, 1999. Bd. 2, 2001; vgl. zur württemberg-badischen und zur (süd-)badischen Verfassunggebung überdies knapp auch *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 440 f., 443 f., 449 f., 455 ff.; vgl. zuletzt zur Entstehung aller drei südwestdeutscher Landesgrundgesetze *Furtwängler*, Anfang (Fn. 19), S. 481 ff.

38 Vgl. etwa *W. Abendroth*, Die Justiz in den Länderverfassungen der sowjetischen und amerikanischen Besatzungszone, in: NJ 1947 S. 112 (112 ff.); *W. Jellinek*, Das richterliche Prüfungsrecht in den drei Ländern der amerikanischen Zone, in: G. C. Hernmarck (Hrsg.), Festschrift zu Ehren von Rudolf Laun anlässlich der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 1. Januar 1947, 1948, S. 269 (272 ff.); *E. Schumacher*, Die Verwirklichung der Volksherrschaft in Württemberg seit 1919, Diss. iur. Tübingen 1949, S. 34 ff.; *C. Zacherl*, Verfassungsgerichtsbarkeit in Württemberg-Baden. Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit (1946-1952), Diss. iur. Freiburg im Breisgau 1983, S. 63 ff., 99 ff.; *H. Schmidt/J. Thierfelder*, Neuanfang im Verhältnis von Kirche und Schule? Am Beispiel Württembergs 1945/46, in: Glau-

der württemberg-hohenzollernschen[39] oder der badischen[40] Verfassung[41] in den Blick. Denn wenn Wissenschaftler überhaupt näher den Gesamtinhalt der südwestdeutschen Verfassungen betrachten, beschränken sie sich dabei in der Regel[42] auf eine kursorische Studie der Rechtsmaterie der würt-

---

be und Lernen 4 (1989), S. 47 (51 f.); *J. Thierfelder*, Bekenntnisschule oder Gemeinschaftsschule? Der Streit um die Schulform in Württemberg nach dem Zweiten Weltkrieg, in: R. Lächele/ders. (Hrsg.), Das evangelische Württemberg zwischen Weltkrieg und Wiederaufbau, 1995, S. 197 (205 ff.); *B. Braun*, Umerziehung in der amerikanischen Besatzungszone. Die Schul- und Bildungspolitik in Württemberg-Baden von 1945 bis 1949, 2004, S. 88 ff.

39 Vgl. etwa *Schumacher*, Volkherrschaft (Fn. 38), S. 34 ff.; *Schmidt/Thierfelder*, Neuanfang (Fn. 38), S. 52; *K. Schüle*, Der Staatsgerichtshof und der Verwaltungsgerichtshof von Württemberg-Hohenzollern. Zur Geschichte der Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Württemberg-Hohenzollern (1946-1952), 1993; *Thierfelder*, Streit (Fn. 38), S. 208 ff.

40 Vgl. etwa *K.-H. Knauber*, Zur Geschichte des Badischen Staatsgerichtshofs 1948-1952, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 132 (1984), S. 359 (364 ff.); *P. Feuchte*, Der badische Staatspräsident, in: Weinacht u.a., Regierungsjahre (Fn. 37), S. 157 (165 ff.).

41 Vgl. zu einzelnen Teilbereichen aller drei Landesverfassungen, insbesondere zu den Abschnitten zur Wirtschaft etwa *A. Schwingenstein*, Die wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen in den Verfassungen der deutschen Länder, Diss. rer. pol. München 1961, S. 53 ff., 113 ff.; *V. Schockenhoff*, Wirtschaftsverfassung und Grundgesetz. Die Auseinandersetzungen in den Verfassungsberatungen 1945-1949, 1986, S. 73 ff., 91 ff., 98 ff.; *F. Wittreck*, Die Ordnung der Wirtschaft in den frühen Landesverfassungen. Weimarer Reminiszenz oder neuscholastisches Naturrecht, in: M. Casper/K. Gabriel/H.-R. Reuter (Hrsg.), Kapitalismuskritik im Christentum, 2016, S. 300 (309 ff.), sowie zu den Regelungsbereichen, die Religion und Unterricht behandeln, etwa *B. Beutler*, Die Stellung der Kirchen in den Länderverfassungen der Nachkriegszeit, in: A. Rauscher (Hrsg.), Kirche und Katholizismus. 1945-1949, 1977, S. 26 (33 ff., 41 f., 47 ff.,); *A. Hollerbach*, Das Verhältnis von Staat und Kirche in Baden-Württemberg (1. Teil), in: VBlBW 1982, S. 217 (219 ff.); *ders.*, Zur Entwicklung des Staatskirchenrechts in Baden und Württemberg in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in: J. Listl/H. Schambeck (Hrsg.), Demokratie in Anfechtung und Bewährung. Festschrift für Johannes Broermann, 1982, S. 773 (779 ff.); vgl. zuletzt *P. Feuchte*, Die südwestdeutschen Länder nach 1945 in der Gemeinschaft der Völker und in der Schicksalsgemeinschaft der Deutschen, in: Baden-Württembergische Verwaltungspraxis 9 (1982), S. 79 (79 ff.) zu unterschiedlichen Aspekten der südwestdeutschen Landesverfassungen betreffend das Völkerrecht, den deutschen Gesamtstaat und ihr Verhältnis zueinander.

42 Vgl. allerdings den Kommentar von *R. Nebinger*, Kommentar zur Verfassung für Württemberg-Baden, 1948, der den württemberg-badischen Verfassungsinhalt grundlegend kommentiert; siehe dazu ausführlicher unten Kapitel A.IV.; vgl. außerdem die Studie zum Staatsbild der westdeutschen Landesverfassungen von *Beutler*, Staatsbild (Fn. 23), S. 55 ff., 78 ff., 93 ff., der unter anderem die Entstehung und verschiedene inhaltliche Aspekte der südwestdeutschen Landesverfassungen eingehend be-

temberg-badischen[43], der württemberg-hohenzollernschen[44] oder der badischen[45] Verfassung[46]. Jedenfalls ist die Genese der drei südwestdeutschen

leuchtet; siehe hierzu näher unten Kapitel A.IV.; vgl. des Weiteren die Arbeit von *K. Niclauß*, Demokratiegründung in Westdeutschland. Die Entstehung der Bundesrepublik 1945-1949, 1974, dessen Auseinandersetzung mit den nachkriegszeitlichen Demokratievorstellungen auch die entsprechende Konzeption der südwestdeutschen Landesverfassungen beleuchtet; vgl. überdies die verhältnismäßig ausführliche Beschäftigung von *Feuchte*, Verfassungsgeschichte (Fn. 22), S. 59 ff. mit den „Grundgedanken der Landesverfassungen"; siehe zu diesem Werk im Detail unten Kapitel A.IV.; vgl. zudem die Untersuchung der westdeutschen Verfassunggebungsprozesse von *Pfetsch*, Ursprünge (Fn. 21), S. 267 ff., 430 f., 454 ff., der auch auf inhaltliche Aspekte der württemberg-badischen, der württemberg-hohenzollernschen und der badischen Verfassung eingeht; siehe zu dieser Schrift eingehend unten Kapitel A.IV.; vgl. ferner die instruktive Arbeit von *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 221 ff., 232 ff., der sich im Nachgang der Untersuchung der Verfassung Württembergs von 1919 mit ihrem verfassungshistorischen Einfluss auf die Verfassung für Württemberg-Baden und für Württemberg-Hohenzollern auseinandersetzt; siehe zu dieser Studie ausführlich unten Kapitel A.IV.; vgl. zuletzt die ebenfalls lesenswerte Untersuchung von *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 449 ff., 455 ff., der im Anschluss an die Analyse der badischen Verfassung von 1919 der Frage einer etwaigen verfassungsgeschichtlichen Prägung der Verfassung für Württemberg-Baden und der Verfassung des Landes Baden durch die badische Verfassung nachgeht; siehe zu diesem Werk näher unten Kapitel A.IV.

43 Vgl. zunächst zum Inhalt der Verfassung für Württemberg-Baden bereits *Sauer*, Neubeginn (Fn. 32), S. 120 ff.; *ders.*, Landtag (Fn. 32), S. 257 f.; *Birke*, Verfassungspolitik (Fn. 28), S. 158 f.; *Sauer*, Land (Fn. 32), S. 374 ff.; *Kitzing*, Einleitung (Fn. 4), S. XLV f.

44 Vgl. zum Inhalt der Verfassung für Württemberg-Hohenzollern bereits *Müller*, Württemberg-Hohenzollern 1945-1952 (Fn. 14), S. 4 f.; *Nüske*, Landtag Württemberg-Hohenzollern (Fn. 14), S. 277 f.; kurz auch *Raberg*, Entstehung (Fn. 14), S. XXVII f.

45 Vgl. zum Inhalt der Verfassung des Landes Baden bereits *Rößler*, Landtag (Fn. 29), S. 77 f.; *Gilliar*, Entstehung (Fn. 37), S. 11 ff.; *Kuhn*, Landtag (Süd-)Baden (Fn. 34), S. 288; *Pfetsch*, Verfassung Baden (Fn. 37), S. 143 ff.; *Fenske*, 175 Jahre (Fn. 34), S. 105 ff.; instruktiv *Feuchte*, Verfassung Baden (Fn. 37), S. 488 ff.; *ders.*, Besatzungsregime (Fn. 19), S. 218 ff.; *Matz*, Baden (Fn. 34), S. 494; *Hug*, Geschichte (Fn. 22), S. 191.

46 Vgl. zum Inhalt der württemberg-badischen und württemberg-hohenzollernschen Verfassung *Schmid*, Grundzüge (Fn. 3), S. 3 ff.; vgl. zum materiellen Gehalt der badischen und der württemberg-badischen Verfassung *Weinacht/Sauer*, Nachkriegsentwicklung (Fn. 22), S. 221 f., 243 f.; vgl. zum Inhalt aller drei Verfassungen im Überblick schon *Wegener*, Einführung (Fn. 21), S. 37 ff., 48 ff.; *W. Weber*, Der gegenwärtige Verwaltungsaufbau Deutschlands, 1948, S. 30 f., 53 f.; *Klein*, Verfassungsrecht (Fn. 19), S. 202 ff.; vgl. außerdem *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 394 ff.; *Hollerbach*, Hintergrund (Fn. 9), S. 12 ff.; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 131 S. 1072 ff.; *Furtwängler*, Anfang (Fn. 19), S. 490 ff.; vgl. zudem die Ausführungen zu den südwestdeutschen Landesverfassungen von *H. Maier*, Übersicht über die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Staatsaufbaues in den neuen deutschen Ländern, in: JR 1948, S. 11 (11 ff.) im Rahmen ihres allgemeinen Überblicks über die landesverfassungsrechtlichen Staatsorgane und -funktionen; vgl. überdies *K. Schultes*, Die süddeutschen Länderverfas-

Landesverfassungen bisher noch nicht eingehender, ihr Normenbestand überhaupt noch nicht alleiniger Prüfungsgegenstand einer umfassenden, verfassungshistorischen Untersuchung[47] gewesen. Deswegen besteht in dieser Hinsicht eine verfassungsgeschichtswissenschaftliche Lücke, die neben der Betrachtung der Entstehung der südwestdeutschen Landesverfassungen vor allem eine wissenschaftliche Analyse ihres verfassungsmäßigen Inhalts nahelegt. Ein interessantes und geeignetes Forschungsobjekt sind die drei südwestdeutschen Landesverfassungen von 1946/1947 auch deswegen, weil ihr Verfassungsrecht als abgeschlossene Einheit beleuchtet werden kann. Schließlich entfalteten sie bis zu ihrem Außerkrafttreten im November 1953 nur sieben bzw. sechseinhalb Jahre Wirkungskraft. Dies bedingte auch, dass sie während der kurzen Zeit ihrer Geltung kaum Änderungen unterlagen[48].

---

sungen, 1948, S. 5 ff., 14 ff., 43 ff. der aus einer erkennbar sozialistischen Perspektive auch das südwestdeutsche Verfassungsrecht im Vergleich zu dem der Länder der sowjetischen Besatzungszone betrachtet; vgl. zudem die Dissertation von *W. Zeidler*, Auswirkungen der westdeutschen Landesverfassungen auf das Bonner Grundgesetz, Diss. iur. Hamburg 1950, der im Zuge der Untersuchung des Einflusses der Landesverfassungen auf das Grundgesetz neben dem zu diesem Zeitpunkt bereits vorhandenen weiteren westdeutschen Landesverfassungsrecht auch den hierfür relevanten Inhalt der südwestdeutschen Landesverfassungen beleuchtet; vgl. außerdem die kurze, aber durchaus instruktive Beleuchtung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede der vorgrundgesetzlichen westdeutschen Landesverfassungen von *B. Beutler*, Die Länderverfassungen in der gegenwärtigen Verfassungsdiskussion, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart N.F. 26 (1977), S. 1 (15 ff.), bei der auch das Recht der südwestdeutschen Landesverfassungen zur Sprache kommt; vgl. zuletzt auch die vereinzelten Verweise auf Normen der drei Verfassungen im Rahmen der Darstellung des Herkommens und der Entstehungsgeschichte der baden-württembergischen Verfassungsvorschriften in den Kommentaren von *Spreng/Birn/Feuchte*, Verfassung (Fn. 19); *Feuchte*, Verfassung (Fn. 19); *Braun*, Verfassung (Fn. 22).

47 Vgl. aber immerhin den Aufsatz von *Gilliar*, Entstehung (Fn. 37), S. 23 ff., der die badische Verfassung bereits „im Rahmen ihres zeithistorischen Beziehungsfeldes" beleuchtet.

48 Siehe für die Änderung der Verfassung für Württemberg-Baden nur die Einfügung von Art. 92 Abs. 2 S. 2 WBV durch Gesetz vom 29. März 1949; siehe dazu unten Kapitel D.II.9.b.cc.ccc.; siehe für die Änderung der Verfassung für Württemberg-Hohenzollern nur die Einfügung von Art. 125a Verfassung für Württemberg-Hohenzollern durch Gesetz vom 11. Dezember 1951 (Regierungsblatt für das Land Württemberg-Hohenzollern 1951, S. 127), durch den die Wahlperiode des ersten Landtags bis zur Vereinigung Württemberg-Hohenzollerns mit den Ländern Baden und Württemberg-Baden verlängert wurde; siehe für die Änderung der Verfassung des Landes Baden nur die Einfügung von Art. 126a Verfassung des Landes Baden durch das „Landesgesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden" vom 28. Februar 1951 (Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt. Regierungsblatt der Landesregierung Baden 1951, S. 183), durch den ebenfalls die Wahlperiode des ersten Landtags bis zum

Im Vergleich zu den ihr benachbarten anderen beiden Verfassungen sticht die Verfassung für Württemberg-Baden auch deswegen hervor, weil sie ein knappes halbes Jahr vor der Verfassung für Württemberg-Hohenzollern und der Verfassung des Landes Baden erlassen wurde. Bemerkenswert ist zudem der Umstand, dass die Verfassung für Württemberg-Baden nicht nur die erste Verfassung eines der drei südwestdeutschen Länder, sondern auch die erste nachkriegszeitliche Vollverfassung[49] eines neugebildeten deutschen Landes insgesamt war[50]. So schrieben die württemberg-

---

Zusammentritt der Verfassunggebenden Landesversammlung des späteren Landes Baden-Württemberg verlängert wurde.

49 Zuvor war als vorübergehendes Organisationsstatut bereits die Vorläufige Verfassung der Hansestadt Hamburg vom 15. Mai 1946 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1946, S. 51 ff.; Text bei Wegener, Verfassungen [Fn. 20], S. 57 ff.) in Kraft gesetzt worden; *ders.*, Einführung (Fn. 21), S. 35; *Klein*, Verfassungsrecht (Fn. 19), S. 100; *Eschenburg*, Besatzung (Fn. 9), S. 242; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 131 S. 1045, 1059; *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 84; vgl. zur Entstehung und zum Inhalt dieses Verfassungsdokuments *H. P. Ipsen*, Hamburg zwischen Krieg und Frieden, in: ders. (Hrsg.), Festschrift für Leo Raape zu seinem siebzigsten Geburtstag 14. Juni 1948, 1948, S. 423 (426 ff.); *H. P. Ipsen*, Hamburgs Verfassung und Verwaltung. Von Weimar bis Bonn, 1956, S. 144 ff.; vgl. außerdem die Ausführungen jüngeren Datums von *T. Lütke*, Hanseatische Tradition und demokratischer Umbruch. Die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 7. Januar 1921, 2016, S. 476 ff.; gut drei Jahre nach Erlass des Grundgesetzes wurde die Vorläufige Verfassung schließlich durch die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 6. Juni 1952 (siehe zu dieser oben Fn. 26 f.) abgelöst; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 131 S. 1059; vgl. zur Genese und zum Inhalt der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg eingehend *Ipsen*, Hamburgs Verfassung, ebd., S. 175 ff., 219 ff., S. 227 ff.; vgl. überdies erneut *Lütke*, Verfassung Hamburg, ebd., S. 481 ff.; außerdem hatten die Alliierten im Sommer 1946 auch schon den Erlass der Vorläufigen Verfassung von Groß-Berlin vom 13. August 1946 (Verordnungsblatt der Stadt Berlin 1946, S. 294 ff.; Text bei Wegener, Verfassungen (Fn. 20), S. 64 ff.) veranlasst, die ebenfalls provisorischen Charakter hatte; *ders.*, Einführung (Fn. 21), S. 35; *Klein*, Verfassungsrecht (Fn. 19), S. 169; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 131 S. 951, 1045 f.; *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 32; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 20 Rn. 704; vgl. zur Entstehung und zum Inhalt dieses Verfassungsdokuments eingehend *F. Haas*, Vorläufige Verfassung von Groß-Berlin, 1947, S. 24 ff., 28 ff.; *W. Breunig*, Verfassunggebung in Berlin 1945-1950, 1990, S. 154 ff., 225 ff.; diese Vorläufige Verfassung wurde schließlich durch die Verfassung von Berlin vom 1. September 1950 (siehe zu dieser bereits oben Fn. 26) ersetzt; *K. Stern*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland. Bd. III/2, 1994, § 93 S. 1421; vgl. zur Genese und zum Inhalt der Verfassung von Berlin ausführlich *Breunig*, Verfassunggebung Berlin, ebd., S. 236 ff., 399 ff.

50 So auch *Beutler*, Stellung (Fn. 41), S. 27; *Hollerbach*, Entwicklung (Fn. 41), S. 779; *ders.*, Verhältnis (Fn. 41), S. 219; *ders.*, Hintergrund (Fn. 9), S. 12; *Pfetsch*, Ursprünge (Fn. 21), S. 454; *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 449; *F. Wittreck*, Zur Bedeutung einzelstaatlicher Grundrechte für die Grundrechtsentwicklung – Vom

badischen Verfassunggeber auch insofern Geschichte, als sie durch die Verfassung für Württemberg-Baden erstmals nach der zwölfjährigen Diktatur der Nationalsozialisten eine demokratische und rechtsstaatliche Verfassung auf deutschem Boden schufen.

Natürlich wäre auch eine Untersuchung der Verfassung für Württemberg-Hohenzollern und der Verfassung des Landes Baden von großem wissenschaftlichem Wert. Dafür sprechen insbesondere die eng verwandte Geschichte der drei Länder, ihre geografische Nähe und nicht zuletzt auch die Beteiligung von *Carlo Schmid* an der Verfassunggebung in Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. Neben der Verfassung für Württemberg-Baden können diese beiden Verfassungen aber nicht auch Gegenstand dieser Arbeit sein, weil ansonsten der Rahmen der Untersuchung überschritten werden würde. Damit ist aufgrund der erwähnten Alleinstellungsmerkmale der Verfassung für Württemberg-Baden im Vergleich zu den anderen beiden südwestdeutschen Verfassungen allein diese Verfassung Untersuchungsgegenstand der folgenden Arbeit.

II. Forschungsfrage

Unter welchen Gesichtspunkten ist eine Prüfung der Verfassung für Württemberg-Baden also angezeigt? Die württemberg-badische Landesverfassung entstand nach dem Sieg der Alliierten über die gut zwölf Jahre währende NS-Herrschaft vor dem Hintergrund der vollkommenen Zerstörung des Deutschen Reiches durch den Zweiten Weltkrieg. Die Mitglieder der verfassunggebenden Gremien in Württemberg-Baden arbeiteten sie also während einer Zeit aus, in der die verfassungsrechtlichen Verhältnisse auf deutscher Gesamt- und Landesstaatsebene nicht mehr bzw. noch nicht geregelt waren. Denn Reichs- wie Landesverfassungen waren im Zuge der sog. Machtergreifung der Nationalsozialisten beseitigt worden[51]. Dadurch befanden sich der deutsche Gesamtstaat und seine Gliedstaaten quasi in einem Zustand der Verfassungslosigkeit. Deswegen sahen sich die nachkriegszeitlichen Verfassunggeber mit der Herausforderung konfrontiert, aus dem Nichts etwas Neues, in dieser Form noch nicht Gewesenes zu schaf-

Frühkonstitutionalismus bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland, in: D. Merten/H.-J. Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, Bd. VIII, 2017, § 231 Rn. 90.

51 Siehe dazu unten Kapitel B.I.3.

fen, nämlich eine vollkommen neue Landesverfassung zu entwickeln. Nur schwer vorstellbar ist allerdings, dass die Mitglieder der verfassunggebenden Gremien die neue Landesverfassung vollkommen losgelöst vom verfassungshistorischen Kontext schufen, sie also ohne jede Anschauung des ehemaligen Reichs- und Gliedstaatsverfassungsrecht[52] ausarbeiteten und die Begleitumstände der Entstehung der Landesverfassung vollkommen außer Acht ließen.

Die oben erwähnten Worte von *Heuss*[53] bringen es auf den Punkt. Die besondere Situation verlangte von den Verfassunggebern, in einem „Gespräch mit der Vergangenheit" zu überprüfen, ob sich insbesondere bekanntes und ihrer Meinung nach bewährtes Weimarer Reichs- und Landesverfassungsrecht grundsätzlich für eine Rezeption in die Verfassung für Württemberg-Baden eignete[54]. Gleichzeitig mussten sich die Mitglieder der verfassunggebenden Gremien im Fall der Nichtübernahme ehemaligen, gegebenenfalls gescheiterten, reichs- und gliedstaatlichen Verfassungsrechts auch Gedanken machen, in welcher Form alte durch neue Verfassungsbestimmungen zu ersetzen waren. Laut *Heuss* bedurfte es dafür „ein[es] Gespräch[s] mit der Vergangenheit *und*[55] mit der Zukunft […] in sehr

52 Siehe hierzu *F. Wittreck*, Zur Einleitung. Verfassungsentwicklung zwischen Novemberrevolution und Gleichschaltung, in: ders. (Hrsg.), Weimarer Landesverfassungen, 2004, S. 4, 29 f., der in Bezug auf die Erforschung der Weimarer Landesverfassungen ebd., S. 4 feststellt, dass „ihre eingehende Würdigung als nicht hinwegzudenkender Erfahrungshorizont für die Entstehung der Nachkriegslandesverfassungen […] noch aus[steht]"; überdies führt *ders.*, ebd., S. 4 Fn. 11 aus, dass „tatsächlich […] für zahlreiche Verfassunggeber der Jahre nach 1945 gerade ihre Erfahrung als Landespolitiker und damit ihre Würdigung der jeweiligen *Landes*verfassung der Zwischenkriegszeit ebenso entscheidend gewesen sein [dürfte] wie der Eindruck der vielbeschworenen *Reichs*verfassung von Weimar."

53 Siehe oben Kapitel A.I.; vgl. zu dieser Aussage auch den äußerst lesenswerten Beitrag von *E.W. Becker*, Vom Nutzen und Nachteil der Historie für die Verfassungsarbeit. Theodor Heuss und die verfassungsgeschichtliche Traditionsbildung, in: E. Conze u.a. (Hrsg.), Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 32 (2020), S. 57 (57 ff.), der diese Äußerung von *Heuss* zum Anlass nimmt, seine konkrete Verfassungsarbeit im Parlamentarischen Rat unter dem Aspekt seines Gebrauchs geschichtlicher Rückbezüge zu untersuchen.

54 Siehe auch den ähnlichen Appell von *Heuss*, Protokoll 2. Sitzung VL (Fn. 2), S. 39 an die Mitglieder der Landesversammlung, „daß wir zunächst einmal hineinlauschen sollen in die alten Vergangenheiten unseres Volkes, um zu hören, was vielleicht von dort herauf kommt an Traditionalem"; siehe *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 572 und *Schneider*, Landtag Baden-Württemberg (Fn. 23), S. 296, die auf diese Aussage verweisen.

55 Hervorhebung durch den Verfasser.

wechselvollem Ton."[56] Im Rahmen der Entwicklung neuer Bestimmungen mussten sich die Verfassunggeber also im Interesse der Funktions- und Widerstandsfähigkeit des zu entwickelnden Verfassungsrechts vergegenwärtigen, welchen potenziellen Gefahren es künftig ausgesetzt sein könnte. Dazu war erforderlich, dass sich die Mitglieder der verfassunggebenden Gremien sowohl die Erfahrungen mit der unmittelbaren Verfassungsrechtspraxis auf Reichs- und Landesebene als auch dem Scheitern der Weimarer Reichsverfassung vor und im Zuge der sog. Machtergreifung der Nationalsozialisten vergegenwärtigten, um daraus die entsprechenden verfassungsrechtlichen Lehren zu ziehen.

Dieser konkreten Beschreibung der verfassunggeberischen Herausforderungen durch *Heuss* steht die allgemeine Feststellung von *Schmid* zur Seite, der Verfassungen im Rahmen seiner Erläuterung der Grundzüge der württemberg-badischen Verfassung als „Produkt der Geschichte" bezeichnete. Dadurch spielte auch er auf die mögliche Orientierung an altem Verfassungsrecht und die Reaktion auf die konkreten verfassungspolitischen Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik und des Dritten Reiches an. Außerdem deutete *Schmid* durch diese These ähnlich wie *Heuss* mit seiner Forderung, das Gespräch „aus der geschichtlichen Situation heraus" zu führen, ebenfalls die verfassungshistorisch besondere Lage an, der die württemberg-badischen Verfassunggeber Rechnung tragen mussten. Dieser verfassungsgeschichtliche Ausnahmezustand zeichnete sich im Kern durch die Handlungsunfähigkeit des deutschen Gesamtstaats und seiner einzelnen Gliedstaaten aus, da die Regierungsgewalt durch die alliierten Besatzungsmächte ausgeübt wurde[57]. Somit erfolgte die württemberg-badische Verfassunggebung auch vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Besatzung des Landes. Zudem mussten die Mitglieder der verfassunggebenden Gremien das Nichtvorhandensein einer Gesamtstaatsverfassung berücksichtigen. Hinzu kam die durch die US-amerikanische und die französische Militärregierung vollzogene Teilung der ehemaligen Länder Württemberg und Baden.

Die Äußerungen von *Heuss* und *Schmid* deuten somit verschiedene Problemkreise an, die die Ausgestaltung der Verfassung für Württemberg-Baden maßgeblich beeinflusst zu haben scheinen: Reflexion des Verfassungs-

56 Siehe auch den ähnlichen Appell von *Heuss*, Protokoll 2. Sitzung VL (Fn. 2), S. 52, dass durch die württemberg-badische Verfassungsarbeit „ein Stück deutscher Vergangenheit und Zukunftsglaubens […] Figur werde[n]" solle.

57 Siehe dazu unten ausführlich Kapitel B.II.

bestandes auf Reichs- und auf Landesebene, der im Fall seiner Bewährung die Mitglieder der verfassunggebenden Gremien zu seiner Übernahme oder zumindest Fortentwicklung veranlasst und im Fall seines Scheiterns zu entsprechenden Lehren bei der Entwicklung neuen Verfassungsrechts geführt haben könnte; außerdem die Berücksichtigung der Besatzungssituation, nichtvorhandener Reichsstrukturen und der Teilung der Länder. Die folgende Arbeit untersucht daher zunächst die Entstehung der Verfassung für Württemberg-Baden und beschäftigt sich dann schwerpunktmäßig mit der Frage, welcher verfassungsgeschichtlichen Prägung das Recht der Verfassung für Württemberg-Baden unterlag. Zu klären ist also, inwieweit die Mitglieder der verfassunggebenden Gremien die württemberg-badischen Verfassungsbestimmungen in Orientierung bzw. sogar unter Zugrundelegung überlieferten Reichs- und Landesverfassungsrechts ausgestalten oder es aber unter anderem eingedenk der unmittelbaren historischen Erfahrungen vom tradierten Reichs- bzw. Landesverfassungsbestand abgrenzten, indem sie vollkommen neues Verfassungsrecht schufen. Gleichzeitig gilt es herauszufinden, inwiefern die herausfordernden Begleitumstände der Verfassunggebung Einfluss auf die Ausformung der Regelungen der württemberg-badischen Verfassung ausübten. Damit soll ein Beitrag für verfassungsgeschichtliche Erkenntnisse über die Verfassung für Württemberg-Baden geleistet werden.

Um der Analyse der Verfassung für Württemberg-Baden einen Rahmen zu geben, wird der Inhalt der Verfassung nur soweit zum Gegenstand der Untersuchung, wie es für das Verständnis seiner verfassungshistorischen Ursprünge nötig erscheint. Das bedeutet, dass auch der Bestand und die Entwicklung der Verfassung, deren Geltung sich ohnehin nur auf sieben Jahre beschränkte, nicht näher beleuchtet werden. Es wäre denkbar gewesen, der Frage nachzugehen, inwieweit das württemberg-badische Verfassungsrecht seinerseits durch ihm nachfolgende Verfassungen – etwa durch andere Landesverfassungen wie insbesondere beide Verfassungen seiner südwestdeutschen Nachbarn[58] oder die anschließende Verfassung des Lan-

58 Grundsätzlich kommen für eine dahingehende Untersuchung alle westdeutschen Landesverfassungen in Betracht, die nach der Verfassung für Württemberg-Baden ausgearbeitet und erlassen worden sind. Die „verwandtschaftlichen Beziehungen" im deutschen Südwesten legen zunächst nahe, dass die württemberg-badische Verfassung die Ausgestaltung der Verfassung für Württemberg-Hohenzollern (1947) und der Verfassung des Landes Baden (1947) beeinflusste. Wie bereits aufgezeigt, war die verfassungshistorische Prägung der Verfassung für Württemberg-Hohenzollern und der Verfassung des Landes Baden bisher noch nicht Gegenstand einer einge-

des Baden-Württemberg[59] sowie selbstverständlich auch das Grundgesetz[60] – rezipiert wurde. Dahingehende verfassungshistorische Studien hätten

henden Studie, ist es aber aus guten Gründen auch nicht in dieser Arbeit; siehe dazu oben Kapitel A.I.; überdies ist eine wechselseitige Berücksichtigung württemberg-badischer, bayerischer und hessischer Verfassungsrechtsideen im Rahmen der jeweiligen Verfassunggebung wahrscheinlich; siehe zumindest zu einer Beeinflussung der württemberg-badischen Verfassunggebung durch bayerische und hessische Verfassungsrechtsgedanken unten Kapitel D.II.

59 Eine entsprechende Analyse der Verfassung des Landes Baden-Württemberg (1953) lässt bereits das unmittelbare Folgen selbiger auf die württemberg-badische Verfassung in Erwägung ziehen. In Bezug auf die baden-württembergische Verfassung erfolgten sogar schon verschiedene, in Teilen tiefergehende verfassungshistorische Einblicke; vgl. etwa *Feuchte*, Verfassungsgeschichte (Fn. 22), S. 179 ff.; vgl. darüber hinaus neben dem Kommentar von *Spreng/Birn/Feuchte*, Verfassung (Fn. 19) vor allem die Kommentare von *Feuchte*, Verfassung (Fn. 19) und *Braun*, Verfassung (Fn. 22), die im Rahmen der Beleuchtung der Entstehungsgeschichte der baden-württembergischen Verfassungsvorschriften auch auf entsprechende verfassungshistorische Einflüsse durch Normen der südwestdeutschen Landesverfassungen eingehen; vgl. dabei insbesondere zu Beginn jeder Kommentierung die einleitenden Verweise dess., ebd. auf entsprechende verfassungshistorische Vorgängernormen , die auch die Regelungen der südwestdeutschen Verfassungen umfassen. Eine Überprüfung des Inhalts der Verfassung des Landes Baden-Württemberg auf das ihm immanente überlieferte Recht der württemberg-badischen Verfassung hätte also unter anderem lediglich den Mehrwert, bereits erlangte Erkenntnisse in Textform zu gießen und zusammenzufassen. Zudem müssten im Rahmen einer solchen Untersuchung neben dem württemberg-badischen Verfassungsrecht als weitere mögliche Einflussfaktoren auch das württemberg-hohenzollernsche bzw. badische Landesverfassungsrecht oder das Verfassungsrecht des Grundgesetzes berücksichtigt werden, sodass eine solche Analyse ausufern würde.

60 Dies legt nicht nur, aber vor allem die personelle Identität zwischen den Mitgliedern der verfassunggebenden Gremien in Württemberg-Baden und den Grundgesetzgebern nahe. Über *Heuss* und *Schmid* (siehe oben Kapitel A.I.) hinaus wirkten an der württemberg-badischen Verfassunggebung einerseits (siehe dazu unten Kapitel C. und D.) und der Grundgesetzgebung andererseits als Mitglieder des sog. Herrenchiemseer Verfassungskonvents auch *Josef Beyerle*, *Kube*, Blickwinkel (Fn. 9), S. 26; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 133 S. 1249; *Mußgnug*, Bundesrepublik (Fn. 10), § 8 Rn. 39; *M. F. Feldkamp*, Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Die Entstehung des Grundgesetzes, 2019, S. 36, sowie als Mitglieder des Parlamentarischen Rats *Wilhelm Laforet* (allerdings als Vertreter Bayerns), *Theophil Kaufmann*, *Felix Walter* (nach seinem Tod am 17. Februar 1949 *Adolf Kühn*) und *Gustav Zimmermann* mit; *A. Kube*, Die südwestdeutschen Mitglieder des Parlamentarischen Rats, in: Landeszentrale, Südwestdeutschland (Fn. 9), S. 75 (77); *Feldkamp*, Entstehung, ebd., S. 43 f.; vgl. in Bezug auf die Frage des Einflusses der württemberg-badischen Verfassung auf das Grundgesetz nun grundlegend *F. Schulze*, Einfluss der Landesverfassungen und ausländischer Verfassungen auf die Grundrechte des Grundgesetzes. Eine verfassungshistorische Analyse, 2021, S. 155 ff., 165 ff., 172 ff., 233 ff., der im Kontext seiner

aber zu einem erheblichen Mehraufwand in Gestalt einer gründlichen Auswertung des umfangreichen Materials zur Entstehung der genannten Verfassungen[61] geführt, der sich schlicht nicht rechtfertigen ließ. Somit wird der Fokus dieser Schrift allein auf der Untersuchung der Entstehung und der verfassungshistorischen Prägung des württemberg-badischen Verfassungsinhalts liegen.

III. Quellenlage

Maßgebliche Quelle für die Untersuchung der Genese und verfassungsgeschichtlichen Prägung der Verfassung für Württemberg-Baden sind die Akten, die die württemberg-badische Verfassunggebung dokumentieren. Dazu zählen insbesondere die Originalprotokolle der Sitzungen der Vorbereitenden Verfassungskommission der Vorläufigen Volksvertretung sowie der Verhandlungen der Verfassunggebenden Landesversammlung und ihres Ausschusses. Hinzu kommen alle offiziellen Schreiben der Militärregierung an die Mitglieder der verfassunggebenden Gremien. Diese Dokumente befinden sich im Original im Landesarchiv Baden-Württemberg in der Abteilung Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Überdies sind neben den Protokollen der Verhandlungen der Vorläufigen Volksvertretung[62] die Protokolle der Sitzungen der Verfassunggebenden Landesversammlung in der Digitalen Bibliothek der Württembergischen Landesbibliothek online verfügbar und abrufbar[63].

Analyse schlüssigerweise auch die Rezeption der Grundrechte der Verfassung für Württemberg-Baden durch das Grundgesetz untersucht.

61 Vgl. für das Material zur württemberg-hohenzollernschen Verfassungsgenese die Quellenedition von Rösslein, Quellen Württemberg-Hohenzollern I, II (Fn. 35); vgl. entsprechend zur badischen Verfassunggebung die Quellenedition von Feuchte, Quellen Baden I, II (Fn. 35); vgl. entsprechend zur baden-württembergischen Verfassungsentstehung die neunbändige Quellenedition von Feuchte, Quellen Baden-Württemberg I, II, III, IV, V, VI, VII, VIII, IX (Fn. 23); vgl. entsprechend zur Grundgesetzgebung die bisher noch nicht abgeschlossene Materialsammlung von H.-P. Schneider/J. Kramer (Hrsg.), Das Grundgesetz. Dokumentation seiner Entstehung, Bd. 9-14 Bd. 16-18 Bd. 21-26, 1996-2020.

62 http://digital.wlb-stuttgart.de/sammlungen/sammlungsliste/werksansicht/?no_cache=1&tx_dlf%5Bid%5D=2545&tx_dlf%5Bpage%5D=1&tx_dlf%5Bdouble%5D=0&cHash=d033e0a67861205a4817e1355868ld6b (6.4.2021).

63 http://digital.wlb-stuttgart.de/sammlungen/sammlungsliste/werksansicht/?no_cache=1&tx_dlf%5Bid%5D=4954&tx_dlf%5Bpage%5D=1&tx_dlf%5Bdouble%5D=0&cHash=0e70d7dd66416133bef008187532d116 (6.4.2021).

Die soeben erwähnten Originaldokumente hat *Sauer* in drei Bänden sauber und eingehend editiert[64]. Die Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg hat die Edition der Originaldokumente der Verfassunggebung für Württemberg-Baden eben gerade für den Zweck weiterer wissenschaftlicher Untersuchungen der Verfassungsgeschichte Württemberg-Badens veranlasst[65]. Somit stützt sich die Analyse der Entstehung und der verfassungshistorischen Quellen der Verfassung für Württemberg-Baden ausschließlich auf das von *Sauer* durchgesehene und redigierte Originalmaterial.

IV. Forschungsstand

Die Entstehung der württemberg-badischen Verfassung fand vor dem Hintergrund der Bildung der Länder sowie ihrer staatsrechtlichen und politischen Entwicklung in der unmittelbaren Nachkriegszeit statt. Wie bereits oben ausgeführt, findet in den entsprechenden Arbeiten zur nachkriegszeitlichen, westdeutschen Landesverfassungsgeschichte die Genese der Verfassung für Württemberg-Baden nur oberflächliche Erwähnung[66]. Gleichermaßen gehen auch die Beiträge zur baden-württembergischen Geschichte bzw. der Historie der Vorgängerstaatsgebilde des Landes[67] sowie die Untersuchungen zur Gründung des Bundeslands Baden-Württemberg[68] lediglich kursorisch auf die Entstehung der Verfassung für Württemberg-Baden ein. Ebenso beleuchten die Studien zur Geschichte des Landes Württemberg-Baden nur überblicksartig die Genese der württemberg-badischen Verfassung[69]. Allein die autobiografischen Beiträge der Zeitzeugen, die an der württemberg-badischen Verfassunggebung mitgewirkt haben, befassen sich bereits eingehender mit dieser, wobei sie dabei natürlich einen subjektiven Blick auf das Geschehen werfen[70].

Zu einem ebenfalls bescheidenen Ergebnis kommt man, wenn man den Stand der Forschung hinsichtlich des Inhalts der Verfassung für Württemberg-Baden betrachtet. Aufgrund der kurzen Geltungsdauer der württem-

64 Sauer, Quellen I (Fn. 35); Sauer, Quellen II (Fn. 2); Sauer, Quellen III (Fn. 35).
65 So *M. Schaab*, Vorwort des Herausgebers, in: Sauer, Quellen I (Fn. 35), S. VII (VII).
66 Siehe zu der entsprechenden Literatur oben Kapitel A.I. Fn. 28.
67 Siehe zu der diesbezüglichen Literatur oben Kapitel A.I. Fn. 29.
68 Siehe zu der dahingehenden Literatur oben Kapitel A.I. Fn. 30.
69 Siehe zu der diesbezüglichen Literatur oben Kapitel A.I. Fn. 32.
70 Siehe zu den entsprechenden Schriften oben Kapitel A.I. Fn. 32.

berg-badischen Verfassung fehlte es zeitgenössischen Autoren schlicht an Zeit, sich eingehender mit dem württemberg-badischen Verfassungsrecht zu beschäftigen. Sofern sich diese also überhaupt näher mit dem Inhalt der württemberg-badischen Verfassung auseinandergesetzt haben, dann entweder im Rahmen einer allgemeinen Betrachtung des Verfassungsbestands der nachkriegszeitlichen Landesverfassungen insgesamt[71] oder aber bei einer – im Einzelnen durchaus ausführlichen – Beleuchtung ausgewählter Teilaspekte der Landesverfassungen[72]. Eine Ausnahme hierzu stellt allerdings der Kommentar von *Nebinger* zur Verfassung für Württemberg-Baden[73] dar, der nicht nur eingehend den württemberg-badischen Normenbestand kommentiert, sondern auch schon teilweise auf das der württemberg-badischen Verfassung immanente Verfassungserbe eingeht. So erwähnt er zu Beginn der jeweiligen Kommentierung zahlreicher Artikel die konkreten verfassungshistorischen Vorbildvorschriften der Bestimmung. Allerdings beschränken sich seine knappen verfassungsgeschichtlichen Verweise häufig nur auf die pauschale und summarische Aufzählung der Normen, die verfassungsgeschichtlichen Einfluss auf die Vorschriften der württemberg-badischen Verfassung ausgeübt haben. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Genese der jeweiligen württemberg-badischen Regelung erfolgt nur im Einzelfall oder zumindest lückenhaft. Zu bemängeln ist zudem, dass *Nebinger* vor allem Vorschriften der Reichs- und der württembergischen Landesverfassung, nicht aber der badischen Verfassung in den Blick nimmt. Diese zumindest in Teilen verzerrte Darstellung verhindert, dass sich der Leser ein differenziertes Gesamtbild von der eigentlichen verfassungsgeschichtlichen Prägung der einzelnen Vorschriften der Verfassung für Württemberg-Baden verschaffen kann. Gleichwohl bietet der Kommentar von *Nebinger* dem Verfasser erste wichtige Anhaltspunkte für die Untersuchung der verfassungshistorischen Prägung der württemberg-badischen Verfassung.

Auch nach der Außerkraftsetzung der Verfassung für Württemberg-Baden wurde der Inhalt der württemberg-badischen Landesverfassung nicht zum bevorzugten Prüfungsgegenstand der verfassungsgeschichtlichen Forschung. Diese beschäftigt sich ebenfalls grundsätzlich nur oberflächlich mit

71 Siehe zu den dahingehenden Arbeiten oben Kapitel A.I. Fn. 46.
72 Siehe zu der diesbezüglichen Literatur oben Kapitel A.I. Fn. 38.
73 Vgl. *Nebinger*, Württemberg-Baden (Fn. 42); siehe hierzu bereits kurz oben Kapitel A.I. Fn. 42.

dem materiellen Gehalt der württemberg-badischen Verfassung[74]. Gleichzeitig gehen auch die verschiedenen Kommentare zur Verfassung des Landes Baden-Württemberg, wenn überhaupt, nur vereinzelt und kurz auf den württemberg-badischen Verfassungsinhalt im Rahmen der Darstellung der Entstehungsgeschichte der baden-württembergischen Verfassungsvorschriften ein[75].

Gleichwohl gibt es bereits einige Arbeiten, die ausführlicher und für diese Studie maßgeblich die Entstehung und den Normgehalt der Verfassung für Württemberg-Baden betrachten. So befasst sich zunächst *Beutler* im Rahmen der Untersuchung des Staatsbilds in den westdeutschen Länderverfassungen nach 1945 auch mit der Entstehung und dem Inhalt der Verfassung für Württemberg-Baden[76]. Dabei legt er seinen Schwerpunkt aber vor allem auf die Beleuchtung grundsätzlicher Überlegungen, die der Verfassunggebung vorausgingen, und die Betrachtung der Genese ausgewählter Teilbereiche der Verfassung[77].

Hinzu kommt das umfassende Werk von *Feuchte* zur Verfassungsgeschichte von Baden-Württemberg[78]. In diesem setzt er sich unter anderem zur Vorbereitung der Studie der Entstehung und des materiellen Gehalts der baden-württembergischen Verfassung bereits verhältnismäßig eingehend mit der Genese der württemberg-badischen Verfassung auseinander und geht dabei teilweise sogar über den württemberg-badischen Verfassungsinhalt hinaus auch schon der Frage der verfassungshistorischen Prägung der verschiedenen Regelungsbereiche der württemberg-badischen Verfassung und ihrer einzelnen Bestimmungen nach[79]. Aber obgleich diese Arbeit einen ersten guten Überblick über den württemberg-badischen Normenbestand und seine verfassungsgeschichtliche Beeinflussung verschafft, bleibt zumindest die Auseinandersetzung mit letzterem doch an der Oberfläche.

Pfetsch beschäftigt sich in seiner Schrift ebenfalls bereits eingehender mit Entstehung und Inhalt sowie verfassungshistorischer Prägung der württemberg-badischen Verfassung[80]. Dabei wirft er auch einen Blick auf

74 Siehe zu der entsprechenden Literatur oben Kapitel A.I. Fn. 43.
75 Siehe dazu bereits oben Kapitel A.I. Fn. 46.
76 Vgl. *Beutler*, Staatsbild (Fn. 23), S. 55 ff.; siehe dazu bereits oben Kapitel A.I. Fn. 42.
77 Vgl. *Beutler*, Staatsbild (Fn. 23), S. 57 ff., 63 ff.
78 Vgl. *Feuchte*, Verfassungsgeschichte (Fn. 22); siehe dazu bereits oben Kapitel A.I. Fn. 42.
79 Vgl. *Feuchte*, Verfassungsgeschichte (Fn. 22), S. 39 ff., 59 ff.
80 Vgl. *Pfetsch*, Ursprünge (Fn. 21); siehe dazu bereits oben Kapitel A.I. Fn. 42.

den Ablauf und die Organisation der württemberg-badischen Verfassunggebung, auf thematische Schwerpunkte der Verfassungsberatungen, verfassungsrechtliche Neuheiten sowie ausgewählte Besonderheiten der Verfassung für Württemberg-Baden[81]. Allerdings geschieht dies lediglich im Gesamtzusammenhang der Beleuchtung der Verfassunggebungsprozesse aller anderen westdeutschen Landesverfassungen, sodass die Betrachtung von *Pfetsch* lediglich einen ersten, durchaus instruktiven Überblick über die erwähnten Aspekte der württemberg-badischen Verfassung verschafft.

Von Relevanz sind zudem die maßgeblichen Arbeiten von *von Erdmann* zur württembergischen Verfassung von 1919[82] und von *Gräbener* zur badischen Verfassung von 1919[83]. Denn an ihre Auseinandersetzung mit der württembergischen bzw. badischen Landesverfassung der Weimarer Zeit schließt sich nach einer kurzen Darstellung der württemberg-badischen Verfassungsgenese eine Untersuchung des Einflusses der entsprechenden Landesverfassung auf die württemberg-badische Verfassung an[84]. Dabei beschäftigt sich *von Erdmann* im Vergleich zu *Gräbener* etwas intensiver mit der Rezeption württembergischen Verfassungsrechts in die Verfassung für Württemberg-Baden als dies bei dem anderen mit badischem Verfassungsrecht in die württemberg-badische Verfassung erfolgt. Über eine überblicksartige Erforschung des überlieferten Rechts der Landesverfassungen gehen beide allerdings nicht hinaus. Ohnehin betrachten sie das der württemberg-badischen Verfassung immanente tradierte Verfassungsrecht lediglich aus der Perspektive der ehemaligen württembergischen bzw. badischen Landesverfassung, sodass eine Gesamtanalyse des der württemberg-badischen Verfassung inhärenten überlieferten Verfassungsrechts nicht stattfindet.

Zuletzt existieren weitere Untersuchungen, deren Schwerpunkt die Beleuchtung ausgewählter Teilbereiche der württemberg-badischen Verfassung sind. Bisheriger Gegenstand waren dabei vor allem die württemberg-badischen Verfassungsnormen zur Wirtschaft, zum Religionsverfassungsrecht sowie zu Erziehung und Unterricht[85]. Erwähnenswert ist zuletzt die Arbeit von *Zacherl*, der im Zusammenhang mit der Erforschung der Ver-

81 Vgl. *Pfetsch*, Ursprünge (Fn. 21), S. 29 ff., 267 ff., 393 ff., 454 ff.
82 Vgl. *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18); siehe dazu bereits oben Kapitel A.I. Fn. 42.
83 Vgl. *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19); siehe dazu schon oben Kapitel A.I. Fn. 42.
84 Vgl. *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 221 ff.; vgl. *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 449 ff.
85 Siehe zu der entsprechenden Literatur bereits oben Kapitel A.I. Fn. 38 und 41.

fassungsgerichtsbarkeit in Württemberg-Baden eingehend die verfassungsrechtliche Ausgestaltung der württemberg-badischen Verfassungsgerichtsbarkeit sowie ihre Entstehung im Rahmen der Verfassungsverhandlungen samt der verfassungshistorischen Prägung der entsprechenden Bestimmungen analysiert[86].

Dieser Überblick über den Forschungsstand zur Verfassung für Württemberg-Baden legt somit offen, dass eine umfassende wissenschaftliche Analyse der württemberg-badischen Verfassung, jedenfalls aus einer verfassungshistorischen Perspektive, bisher noch nicht erfolgt ist. Diese Lücke soll durch die eingehende Untersuchung der die württemberg-badische Verfassung prägenden verfassungsgeschichtlichen Momente geschlossen werden.

V. Gang der Arbeit

Diese Schrift gliedert sich in fünf Kapitel. Im Anschluss an diese Einleitung (Gliederungspunkt A.) widmet sich das zweite Kapitel (Gliederungspunkt B.) einem historischen Überblick über die Entstehung des Landes Württemberg-Baden nach dem Zweiten Weltkrieg. Um diese besser in den historischen Kontext einordnen zu können, findet in gebotener Kürze eine Betrachtung des Entstehens und Bestehens sowie des „Untergangs" der unmittelbaren Weimarer Vorgängerstaatsgebilde des Landes Württemberg-Baden statt. Dem folgt zur Veranschaulichung der geschichtlichen und politischen Entwicklungszusammenhänge der Nachkriegszeit eine Darstellung der Genese des neuen Staatswesens Württemberg-Baden, der allmählichen Konsolidierung seiner Staatlichkeit und der (Wieder-)Einrichtung demokratischer Strukturen.

Das folgende dritte Kapitel (Gliederungspunkt C.) beleuchtet den Prozess der Entstehung der württemberg-badischen Verfassung ausführlich. Dafür wird chronologisch auf den Verlauf der Verfassungsarbeiten eingegangen. Dabei werden inhaltliche Aspekte des württemberg-badischen Verfassung – wenn überhaupt – nur am Rande behandelt. Die Verfassungsverhandlungen lassen sich oberflächlich in drei Phasen einteilen, sodass ein erster Teil zur Anfangsphase der Verfassungsberatungen die grundlegenden Vorarbeiten der Vorbereitenden Verfassungskommission der Vorläufigen

86 Vgl. *Zacherl*, Verfassungsgerichtsbarkeit (Fn. 38), S. 63 ff., 99 ff.; siehe dazu bereits oben Kapitel A.I. Fn. 38.

Volksvertretung schildert. Sodann betrachtet ein zweiter Teil die Hauptphase der Verfassungsarbeiten, in der der Verfassungsausschuss der Verfassunggebenden Landesversammlung und die Verfassunggebende Landesversammlung selbst den eigentlichen Verfassungsentwurf schufen. Dem folgt in einem dritten Teil die Beschreibung der Endphase der Verfassungsverhandlungen, die den Abschluss der Verfassungsarbeiten, die Genehmigung des Verfassungsentwurfs durch die Militärregierung für Deutschland, die Bestätigung der Verfassung durch Volksabstimmung und ihr anschließendes Inkrafttreten umfasst.

Dem schließt sich das vierte Kapitel (Gliederungspunkt D.) an, das den Schwerpunkt der Arbeit darstellt. Wie bereits oben ausgeführt wurde, hat dieser die Erforschung der verfassungshistorischen Prägung des Aufbaus und Inhalts der Verfassung für Württemberg-Baden zum Ziel. Die Analyse folgt dabei der in der Verfassung angelegten schematischen Gliederung in Abschnitte und orientiert sich dabei grundsätzlich auch an der Reihenfolge der einzelnen Verfassungsartikel. Sie weicht nur dann davon ab, wenn dies im Einzelfall einem besseren thematischen Verständnis dient. Innerhalb der Unterkapitel wird also jede einzelne Verfassungsnorm dahingehend untersucht, ob und wenn ja welches, möglicherweise spezifische Recht anderer deutscher Verfassungen die jeweilige Bestimmung beeinflusste. Um dies nachvollziehen zu können, folgt einer Darstellung des Textes der jeweiligen Verfassungsvorschrift ein Abriss ihrer konkreten Genese im Prozess der Verfassunggebung. Soweit Äußerungen oder sogar ausdrückliche Verweise der württemberg-badischen Verfassunggeber nicht schon das Vorhandensein einer oder mehrerer verfassungshistorischer Vorbildvorschriften des jeweiligen infrage stehenden Verfassungsartikels indizieren, erfolgt eine vergleichende Gegenüberstellung des Wortlauts der betreffenden Verfassungsnorm mit dem plausibler Vorgängerbestimmungen, also insbesondere der Weimarer Reichs- und der württembergischen bzw. badischen Landesverfassung. Dadurch soll das den württemberg-badischen Verfassungsregelungen immanente spezifische überlieferte Verfassungsrecht entdeckt oder zumindest identifiziert werden, in welcher verfassungshistorischen Tradition der jeweilige Verfassungsartikel steht. Wenn allerdings entweder die Verfassungsverhandlungen darauf hinweisen oder sich für eine Verfassungsvorschrift schlicht keine erkennbaren Anknüpfungspunkte im überlieferten Verfassungsrecht finden lassen, dann gilt es zu ermitteln, inwieweit es sich

bei der untersuchten Bestimmung um eine Verfassungsinnovation[87] handelt. In solchen Fällen, aber auch, wenn es die Verfassungsberatungen und/oder der Wortlaut der Norm andeuten, wird außerdem der Frage nachgegangen, inwiefern die württemberg-badischen Verfassunggeber über verfassungsmäßiges Anschauungsmaterial deutschen Charakters hinaus Verfassungsrecht anderer Staaten heranzogen. Im Ergebnis soll also zum einen das in der württemberg-badischen Verfassung fortlebende, hergebrachte Verfassungsrecht aufgespürt werden, zum anderen aufgeklärt werden, aus welchem Grund andere württemberg-badische Verfassungselemente gerade nicht überdauertes Verfassungsrecht darstellen, sondern durch die Mitglieder der verfassunggebenden Gremien neu entwickelt wurden. Im besten Fall soll dadurch erkennbar dargelegt werden, inwieweit die württemberg-badische Verfassung an das ehemalige Reichs- und Landesverfassungsrecht anknüpft und es fortsetzt oder mit ihm – möglicherweise teilweise sogar fundamental – bricht. Um den Hauptteil der Arbeit übersichtlich zu gestalten und die gewonnen Erkenntnisse unmittelbar auszuwerten, erfolgt bereits nach Abschluss der Analyse eines jeden Verfassungsabschnitts ein entsprechendes Zwischenfazit. Nach Beendigung der verfassungshistorischen Untersuchung werden alle Ergebnisse im Rahmen eines abschließenden Resümees zusammengetragen und bewertet.

Darauf folgt schließlich das fünfte Kapitel (Gliederungspunkt E.), das die Entstehung und verfassungsgeschichtliche Prägung der Verfassung für Württemberg-Baden abschließend zusammenfasst. Der Anhang (Gliederungspunkt F.) besteht aus dem Verfassungstext der Verfassung für Württemberg-Baden von 1946 und zwei synoptischen Gegenüberstellungen: die erste Zusammenschau bildet die Genese der Verfassungsnormen im Verlauf der Verfassungsarbeiten ab. Die zweite Synopse stellt den württemberg-badischen Verfassungsvorschriften ihre badischen, württembergischen und Weimarer Entsprechungen gegenüber.

87 Vgl. zu diesem Begriff *Pfetsch*, Ursprünge (Fn. 21), S. 393 f., der ihn als „Prozeß der Neuschöpfung (Invention), Einführung (Applikation) und Verbreitung (Diffusion) einer verfassungsrechtlichen Idee" definiert.

B. Historischer Überblick über die Entstehung des Landes Württemberg-Baden

I. Die Vorgängerländer

Direkte Vorgängerländer des Landes Württemberg-Baden waren der freie Volksstaat Württemberg und die Republik Baden. Beide Länder waren Gliedstaaten des Deutschen Reiches[88], der sog. Weimarer Republik, die am 9. November 1918 während der Novemberrevolution durch Ausrufung der Republik dem Deutschen Kaiserreich von 1871 nachfolgte[89].

1. Von der Monarchie zur Demokratie

a) Württemberg

Während des Übergangs von der monarchischen zur republikanischen Staatsform kam es in Württemberg innerhalb kürzester Zeit zu verschiede-

88 Siehe § 1 Verfassung Württembergs vom 25. September 1919 (siehe zu dieser Verfassung unten Kapitel B.I.1.a.) und § 1 Gesetz, die badische Verfassung betreffend vom 21. März 1919 (siehe zu dieser Verfassung unten Kapitel B.I.1.b.); außerdem *Burkhardt* u.a., Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 319; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1568; siehe für das gliedstaatliche Verhältnis zwischen Württemberg und dem Deutschen Reich *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 90, 162; siehe dazu ein weiteres Mal unten Kapitel D.II.7.a.bb. Fn. 1710; siehe für das gliedstaatliche Verhältnis zwischen Baden und dem Deutschen Reich *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 87 f.; siehe dazu ein weiteres Mal unten Kapitel D.II.7.a.bb. Fn. 1712.

89 *G. Cordes*, Krieg. Revolution. Republik. Die Jahre 1918-1920 in Baden und Württemberg, 1978, S. 51 f.; *C. Gusy*, Die Weimarer Reichsverfassung, 1997, S. 15; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 128, S. 495; *H. Schneider*, Die Reichsverfassung vom 11. August 1919, in: Isensee/Kirchhof, HStR I (Fn. 10), § 5 Rn. 1; *M. Kotulla*, Deutsche Verfassungsgeschichte, 2008, § 34 Rn. 2241 f.; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 16 Rn. 508; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 37 Rn. 4; eine ausführliche Beschreibung der Ereignisse während des Übergangs von der Monarchie zur Republik findet sich bei *E.W. Böckenförde*, Der Zusammenbruch der Monarchie und die Entstehung der Weimarer Republik, in: K.G.A. Jeserich/H. Pohl/G.-C. von Unruh (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte. Bd. 4, 1985, S. 1 (1 ff.).

nen Regierungsumbildungen[90]. Am 9. November 1918 wurde parallel zum Reich auch in Württemberg die Republik ausgerufen[91]. König *Wilhelm II.* dankte schließlich am 30. November 1918 ab[92].

Die am 9. November 1919 gebildete „Provisorische Regierung" übernahm die Regierungsgeschäfte. Gleichzeitig formten sich Arbeiter- und Soldatenräte, mit denen sich die „Provisorische Regierung" über das gemeinsame Ziel einer Verfassunggebung für das Land durch eine vom Volk gewählte Verfassunggebende Landesversammlung abstimmte.[93]

---

90 *W. von Blume*, Die württembergische Verfassungsgesetzgebung des Jahres 1919, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart IX (1920), S. 171 (171 f.); *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 556; *W. Benz*, Süddeutschland in der Weimarer Republik, 1970, S. 27 ff.; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 128; *Cordes*, Krieg (Fn. 89), S. 53 f.; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 98; *H. Fenske*, Der liberale Südwesten, 1981, S. 209 f.; *P. Sauer*, Der württembergische Landtag, in: Landeszentrale, Ständeversammlung (Fn. 14), S. 205 (205); *B. Mann/G.F. Nüske*, Württemberg, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Verwaltungsgeschichte 4 (Fn. 89), S. 567 (570); *P. Sauer*, Württemberg in der Weimarer Republik, in: Schwarzmaier u.a., Handbuch 4 (Fn. 14), S. 73 (75 ff.); vgl. dazu ausführlicher auch *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 128 f.; vgl. zu den Entwicklungen in Württemberg während der Endphase des Ersten Weltkriegs und unmittelbar danach auch die detaillierte Darstellung von *E.R. Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. V, 1978, S. 1037 ff.; vgl. hierzu und zum Folgenden die lesenswerte Beschreibung von *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 45 ff., 57 ff.

91 *K. Weller*, Die Staatsumwälzung in Württemberg, 1930; *Keil*, Erlebnisse (Fn. 32), S. 54 f., 84; *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 173; *Benz*, Süddeutschland (Fn. 90), S. 28; *E. Gönner*, Das Königreich Württemberg, in: Sante/Ploetz Verlag, Geschichte (Fn. 14), S. 408 (438); *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 128; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 98; *Sauer*, Landtag (Fn. 90), S. 205; *Fenske*, Südwesten (Fn. 90), S. 210; *E. Naujoks*, Württemberg 1864 bis 1918, in: H. Schwarzmaier u.a. (Hrsg.), Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Bd. 3, 1992, S. 333 (431); *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 46, 65.

92 *A.E. Adam*, Ein Jahrhundert Württembergischer Verfassung, 1919, S. 229 f.; *Blume*, Verfassungsgesetzgebung (Fn. 90), S. 172; *ders.*, Einleitung, in: ders., Die Verfassung Württembergs vom 25. September 1919, 1921, S. 1 (1); *Weller*, Staatsumwälzung (Fn. 91), S. 118; *Keil*, Erlebnisse (Fn. 32), S. 122; *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 175; *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 556; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 438; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 129; *Cordes*, Krieg (Fn. 89), S. 54; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 98; *F. Kuhn*, In der Weimarer Republik, in: Rinker/Setzler, Geschichte (Fn. 18), S. 264 (265); *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 288; *Naujoks*, Württemberg 1864-1918 (Fn. 91), S. 432; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1567; *Schnabel*, Geschichte (Fn. 9), S. 75; *Sauer*, Republik (Fn. 90), S. 77; *Weber/Wehling*, Geschichte (Fn. 19), S. 82; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 46; die Abdankung des Königs bedingte schließlich die endgültige Außerkraftsetzung der Verfassung vom 25. November 1819; *von Blume*, Einleitung, ebd., S. 1; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 46, 65.

Auf Grundlage einer von der „Provisorischen Regierung“ geschaffenen Wahlordnung[94] wurde am 12. Januar 1919 die Verfassunggebende Landesversammlung gewählt[95]. Deren erste Sitzung fand am 23. Januar 1919 statt[96]. Die Landesversammlung arbeitete auf Basis eines zuvor erstellten Verfassungsentwurfs[97] einen finalen Verfassungsentwurf aus, den sie am 26. April

93 *Adam*, Verfassung (Fn. 92), S. 229 f.; *Weller*, Staatsumwälzung (Fn. 91), S. 106 ff., 111 f., 115, 155; *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 173; *Müller*, Geschichte (Fn. 19), S. 214; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 128 f.; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 98, 100; *Mann/Nüske*, Württemberg, Bd. 4 (Fn. 90), S. 570, 572; *Naujoks*, Württemberg 1864-1918 (Fn. 91), S. 431; *Fenske*, Südwesten (Fn. 90), S. 210; *Schnabel*, Geschichte (Fn. 9), S. 85; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 46, 64 ff.

94 *Adam*, Verfassung (Fn. 92), S. 230; *Blume*, Verfassungsgesetzgebung (Fn. 90), S. 172; *ders.*, Einleitung (Fn. 92), S. 1 f.; *Weller*, Staatsumwälzung (Fn. 91), S. 155; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 129; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 65, 75.

95 *Adam*, Verfassung (Fn. 92), S. 230; *Blume*, Verfassungsgesetzgebung (Fn. 90), S. 172; *ders.*, Einleitung (Fn. 92), S. 2; *W. Bazille*, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Die Verfassung Württembergs vom 25. September 1919, 5. Aufl. 1929, S. 1 (11); *Weller*, Staatsumwälzung (Fn. 91), S. 155, 169; *Keil*, Erlebnisse (Fn. 32), S. 142; *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 175; *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 559; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 440; *ders./Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 100; *Sauer*, Landtag (Fn. 90), S. 207; *E.R. Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. VI, Revidierter Nachdruck der 1. Aufl., 1981, § 53 S. 789; *Mann/Nüske*, Württemberg, Bd. 4 (Fn. 90), S. 572; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 289; *Schnabel*, Geschichte (Fn. 9), S. 85 f.; *Sauer*, Republik (Fn. 90), S. 80; *Weber/Wehling*, Geschichte (Fn. 19), S. 84; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 46 f., 75; stärkste Kraft der Verfassunggebenden Landesversammlung wurde die SPD-Fraktion; *Blume*, Verfassungsgesetzgebung (Fn. 90), S. 172; *Keil*, Erlebnisse (Fn. 32), S. 144; *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 559; *Müller*, Geschichte (Fn. 19), S. 215; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 440; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 134; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 90), S. 100; *Sauer*, Republik (Fn. 90), S. 80; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 75; die Landesversammlung wählte deswegen *Wilhelm Keil* zu ihrem Präsidenten; *Adam*, Verfassung (Fn. 92), S. 230; *Keil*, Erlebnisse (Fn. 32), S. 151; *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 559; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 90), S. 134; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 90), S. 100; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 76.

96 *Adam*, Verfassung (Fn. 92), S. 230 f.; *Blume*, Einleitung (Fn. 92), S. 3; *W. Blos*, Von der Monarchie zum Volksstaat, Bd. 2, 1923, S. 11 f.; *Weller*, Staatsumwälzung (Fn. 91), S. 179; *Keil*, Erlebnisse (Fn. 32), S. 151; *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 176; *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 559 f.; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 134; *Sauer*, Landtag (Fn. 90), S. 207; *Mann/Nüske*, Württemberg, Bd. 4 (Fn. 90), S. 572; *Sauer*, Republik (Fn. 90), S. 80; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 77 f.

97 *Blume*, Verfassungsgesetzgebung (Fn. 90), S. 172; *ders.*, Verfassung (Fn. 92), S. 2 f.; *Keil*, Erlebnisse (Fn. 32), S. 153; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 134; *Fenske*, Südwesten (Fn. 90), S. 213; *Sauer*, Landtag (Fn. 90), S. 207 f.; *ders*, Republik (Fn. 90), S. 81; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 76.

1919 akzeptierte[98]. Daraufhin wurde die württembergische Verfassungsurkunde[99] im Mai 1919 verkündet[100]. Eine Volksabstimmung über die Verfassung fand nicht statt[101].

Bedingt durch den Erlass der Weimarer Reichsverfassung[102] wurde eine Überarbeitung der Verfassung vom 26. April 1919 erforderlich. Schließlich

98 *Adam*, Verfassung (Fn. 92), S. 231; *W. Bazille*, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Verfassungsurkunde des freien Volksstaates Württemberg vom 26. April 1919, 1919, S. 1 (1); *Blume*, Verfassungsgesetzgebung (Fn. 90), S. 172; *ders.*, Einleitung (Fn. 92), S. 3 f.; *Blos*, Monarchie (Fn. 96), S. 93; *Bazille*, Einleitung (Fn. 95), S. 11; *Weller*, Staatsumwälzung (Fn. 91), S. 182; *Keil*, Erlebnisse (Fn. 32), S. 159; *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 176, bei dem fälschlicherweise der 20. Mai 1919 abgedruckt ist; *Benz*, Süddeutschland (Fn. 90), S. 40; *Sauer*, Landtag (Fn. 90), S. 207 f.; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 134; *Fenske*, Südwesten (Fn. 90), S. 213; *Huber*, Verfassungsgeschichte VI (Fn. 95), § 53 S. 789; *Kuhn*, Republik (Fn. 92), S. 266; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1567 f.; *Schnabel*, Geschichte (Fn. 9), S. 89; *Sauer*, Republik (Fn. 90), S. 81; *Landtag*, Leitfaden (Fn. 29), S. 108; *Weber/Wehling*, Geschichte (Fn. 19), S. 84; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 46 f., 78 ff.

99 Verfassungsurkunde des freien Volksstaates Württemberg vom 20. Mai 1919 (Regierungsblatt für Württemberg 1919, S. 85 ff.); Text der Verfassungsurkunde bei Wittreck, Landesverfassungen (Fn. 52), S. 698 ff.; vgl. zu ihrer Entstehung eingehend auch *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 75 ff.; im weiteren Verlauf wird die württembergische Verfassungsurkunde hinter Zitaten ihrer Verfassungsparagrafen mit WVU abgekürzt.

100 *Adam*, Verfassung (Fn. 92), S. 231; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1568; Ausfertigung durch das Staatsministerium am 20. Mai 1919, Verkündung im Regierungsblatt am 23. Mai 1919; *Blume*, Verfassungsgesetzgebung (Fn. 90), S. 172; *ders.*, Verfassung (Fn. 92), S. 4; *Weller*, Staatsumwälzung (Fn. 91), S. 198; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 440; *Sauer*, Republik (Fn. 90), S. 81; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 82.

101 *Blume*, Einleitung (Fn. 92), S. 4; *Weller*, Staatsumwälzung (Fn. 91), S. 198; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1567.

102 „Die Verfassung des Deutschen Reichs" vom 11. August 1919 (Reichsgesetzblatt I 1919, S. 1383 ff.); Text der Verfassung bei Wittreck, Landesverfassungen (Fn. 52), S. 729 ff.; Verabschiedung durch die Nationalversammlung am 31. Juli 1919, Ausfertigung durch Reichspräsident *Friedrich Ebert* am 11. August 1919, Inkrafttreten am 14. August 1919; *Gusy*, Reichsverfassung (Fn. 89), S. 77; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 129 S. 553 f.; *Schneider*, Reichsverfassung (Fn. 89), § 5 Rn. 16 f.; *Kotulla*, Verfassungsgeschichte (Fn. 89), § 35 Rn. 2279; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 37 Rn. 15; vgl. zur Weimarer Reichsverfassung aus einer zeitgenössischen Perspektive grundlegend G. Anschütz/R. Thoma (Hrsg.), Handbuch des Deutschen Staatsrechts. Bd. I, 1930. Bd. II, 1932; überdies wegweisend *G. Anschütz*, Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, 14. Aufl. 1933; vgl. außerdem umfassend *Huber*, Verfassungsgeschichte Bd. VI (Fn. 95); instruktiv auch *Gusy*, Reichsverfassung (Fn. 89); eingehend *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 129 S. 557 ff.; vgl. hilfreich im Überblick auch *Schneider*, Reichsverfassung (Fn. 89), § 5 Rn. 21 ff.; *Kotulla*, Verfassungsgeschichte (Fn. 89), § 35 Rn. 2280 ff.; *Frotscher/Pieroth*, Verfas-

nahm der Landtag die württembergische Verfassung, die sog. revidierte Verfassung[103], am 25. September 1919 an.[104]

Dadurch endete der Prozess der Verfassunggebung in Württemberg. Der freie Volksstaat Württemberg löste das Königreich Württemberg, das seit 1805 bestanden hatte[105], endgültig ab[106]. Dabei machte die neue Verfassung

---

sungsgeschichte (Fn. 6), § 16 Rn. 517 ff.; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 37 Rn. 16 ff.; im weiteren Verlauf wird die Weimarer Reichsverfassung hinter Zitaten ihrer Verfassungsartikel mit WRV abgekürzt.

103 Verfassung Württembergs vom 25. September 1919 (Regierungsblatt für Württemberg 1919, S. 281 ff.); Text der Verfassung bei Wittreck, Landesverfassungen (Fn. 52), S. 710 ff.; vgl. zum württembergischen Verfassungsrecht nur die ausführliche Rechtsprechungs- und Literaturliste, die bei dems., ebd., S. 723 ff. im Anschluss an den Verfassungstext zu finden ist; hier sei allein der gute Überblick über die Verfassung von *Bazille*, Einleitung (Fn. 95), S. 1 ff. und die umfassende Arbeit von *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 83 ff. m.w.N., 157 ff. m.w.N. zum württembergischen Verfassungsrecht erwähnt, der sehr eingehend den Inhalt der nur vorläufigen württembergischen Verfassungsurkunde und der sog. revidierten württembergischen Verfassung untersucht sowie entsprechende Unterschiede aufzeigt; im weiteren Verlauf wird die württembergische Verfassung hinter Zitaten ihrer Verfassungsparagrafen mit WV abgekürzt.

104 *Blume*, Verfassungsgesetzgebung (Fn. 90), S. 173; *ders.*, Verfassung (Fn. 92), S. 5 f.; *Bazille*, Einleitung (Fn. 95), S. 11 f.; *Weller*, Staatsumwälzung (Fn. 91), S. 198 f., 241; *Keil*, Erlebnisse (Fn. 32), S. 162; *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 176; *Benz*, Süddeutschland (Fn. 90), S. 40; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 440; *Fenske*, Südwesten (Fn. 90), S. 214; *Huber*, Verfassungsgeschichte VI (Fn. 95), § 53 S. 790; *Sauer*, Landtag (Fn. 90), S. 208; *Kuhn*, Republik (Fn. 92), S. 266; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 289; *Hollerbach*, Hintergrund (Fn. 9), S. 10; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1568; *Sauer*, Republik (Fn. 90), S. 81 f.; *Wittreck*, Verfassungsentwicklung (Fn. 52), S. 6; *Kotulla*, Verfassungsgeschichte (Fn. 89), § 35 Rn. 2288 f.; *Weber/Wehling*, Geschichte (Fn. 19), S. 84; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 47, 157; vgl. zudem *ders.*, ebd., S. 157 ff. ausführlich zur Entstehung der sog. revidierten württembergischen Verfassung.

105 *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 112; *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 485; *Marquardt*, Geschichte (Fn. 19), S. 245 f.; *Müller*, Geschichte (Fn. 19), S. 167; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 408; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 14; *Mußgnug*, Anfänge (Fn. 18), S. 374; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1561; vgl. grundlegend zur Geschichte Württembergs etwa *Marquardt*, Geschichte (Fn. 19); *Müller*, Geschichte (Fn. 19); *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19); *W.A. Boelcke*, Handbuch Baden-Württemberg. Politik, Wirtschaft und Kultur von der Urgeschichte bis zur Gegenwart, 1982; *B. Wunder*, Der Schwäbische Kreis, in: K.G.A. Jeserich/H. Pohl/G.-C. von Unruh (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte. Bd. 1, 1983, S. 615 (615 ff.); *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19); *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1551 ff.; *Weber/Wehling*, Geschichte (Fn. 19); vgl. umfassend zur Geschichte des Königreichs Württemberg etwa *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 111 ff.; *Marquardt*, Geschichte (Fn. 19), S. 223 ff.; *Müller*, Geschichte (Fn. 19), S. 163 ff.; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 77 ff.; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19),

aus dem Land Württemberg nicht nur einen republikanischen, sondern auch einen demokratischen Staat[107].

b) Baden

Parallel zur Entwicklung in Württemberg bildeten sich auch in Baden im November 1918 Arbeiter- und Soldatenräte. Diese unterstützten am 10. November 1918 die Aufstellung einer „Vorläufigen Regierung". Durch die politischen Entwicklungen zum Handeln gezwungen, reagierte Großherzog *Friedrich II.*, indem er die alte Regierung absetzte. Am 14. November 1918 rief die „Vorläufige Regierung" die Republik aus. Schließlich dankte der Großherzog am 22. November 1918 ab.[108]

S. 210 ff., 223 ff.; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1561 ff.; *B. Mann/G.F. Nüske*, Württemberg 1803-1864, in: K.G.A. Jeserich/H. Pohl/G.-C. von Unruh (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte. Bd. 2, 1983, S. 551 (551 ff.); *B. Mann/G.F. Nüske*, Königreich Württemberg 1864-1914, in: K.G.A. Jeserich/H. Pohl/G.-C. von Unruh (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte. Bd. 3, 1984, S. 733 (733 ff.); vgl. zur württembergischen Geschichte ab dem 11. Jahrhundert außerdem den ausführlichen geschichtlichen Aufriss jüngeren Datums von *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 31 ff.

106 *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1567.

107 *Bazille*, Einleitung (Fn. 95), S. 30; *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 176; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 90), S. 101; *Sauer*, Landtag (Fn. 90), S. 208; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 289; *Sauer*, Republik (Fn. 90), S. 82.

108 *W.E. Oeftering*, Der Umsturz 1918 in Baden, 1920, S. 52 f., 83 f., 105 f., 118 f., 132 ff., 150 f., 153 ff., 221 f., 237 ff.; *J.A. Zehnter*, Zur Vorgeschichte der neuen Verfassung, in: *ders.*, Die badische Verfassung vom 21. März 1919 nebst den Nebengesetzen, 3. Aufl. 1921, S. 1 (3, 5 ff., 10 f., 13, 24 ff., 28 f.); *A. Remmele*, Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden. Ein Beitrag zur politischen Geschichte Badens 1914/1924, 1925, S. 19, 21 ff., 25 f.; *G. Kaller*, Die Revolution des Jahres 1918 in Baden und die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats in Karlsruhe, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 114 (1966), S. 301 (302 ff., 308); *Benz*, Süddeutschland (Fn. 90), S. 36 ff.; *Huber*, Verfassungsgeschichte V (Fn. 90), § 63 S. 1044 ff.; *G. Haselier*, Baden, in: Sante/Ploetz Verlag, Geschichte (Fn. 14), S. 448 (464); *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 318 f.; *B. Ottnad*, Politische Geschichte von 1850 bis 1918, in: Landeszentrale, Geschichte (Fn. 22), S. 65 (84 f.); *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 72; *Fenske*, Südwesten (Fn. 90), S. 210 f.; *H. Ott*, Baden, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Verwaltungsgeschichte 4 (Fn. 89), S. 577 (578); *H. Fenske*, Baden 1860 bis 1918, in: Schwarzmaier u.a., Handbuch 3 (Fn. 91), S. 133 (232 f.); *G. Kaller*, Baden in der Weimarer Republik, in: Schwarzmaier u.a., Handbuch 4 (Fn. 14), S. 23 (25 ff.); *M. Kotulla*, Historische Einführungen, in: ders. (Hrsg.), Deutsches Verfassungsrecht 1806-1918, Bd. 1, 2006, § 9 Rn. 905; *M. Schmidgall*, Die Revolution 1918/19 in Baden, Diss. phil. Würzburg 2010, S. 100 ff., 115 ff., 126 f.; *Weber/Wehling*, Geschichte (Fn. 19), S. 82 f.;

Wenige Tage nach Ausrufung der Republik ließ die „Vorläufige Regierung“ bis zur Wahl der badischen Nationalversammlung einen Verfassungsentwurf erstellen. Die in der Folge am 5. Januar 1919 gewählte Nationalversammlung trat am 15. Januar 1919 zum ersten Mal zusammen.[109]

Auf Grundlage des im Auftrag der vorläufigen Regierung erstellten Verfassungsentwurfs arbeitete die badische Nationalversammlung einen endgültigen Verfassungsentwurf aus[110]. Der erfolgreichen Volksabstimmung über die Verfassung am 13. April 1919[111] folgte die Verkündung der badischen Verfassung[112] am 23. April 1919[113]. Gleichzeitig bestätigte das Volk

---

Hug, Geschichte (Fn. 22), S. 154 ff.; vgl. auch die eindrückliche und zeitgenössische Darstellung der Ereignisse vom Ende des Großherzogtums bis zur Verfassunggebung von *Zehnter*, Vorgeschichte (Fn. 108), S. 1 ff.; vgl. außerdem die ausführliche Schilderung der Vorgänge von *M. Braun*, Der Badische Landtag 1918-1933, 2009, S. 40 ff.; vgl. hierzu und zum Folgenden auch die instruktiven Ausführungen von *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 74 ff.

109 *Oeftering*, Umsturz (Fn. 108), S. 224, 297 f.; *Zehnter*, Vorgeschichte (Fn. 108), S. 26, 31, 36 ff., 39 ff.; *Remmele*, Staatsumwälzung (Fn. 108), S. 27, 50, 53, 69; *Kaller*, Revolution (Fn. 108), S. 322 ff.; *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 321 f., 325; *Huber*, Verfassungsgeschichte V (Fn. 90), § 63 S. 1048; *Fenske*, Südwesten (Fn. 90), S. 212 f.; *Huber*, Verfassungsgeschichte VI (Fn. 95), § 53 S. 795; *H. Schwarzmaier*, Der badische Landtag, in: Landeszentrale, Ständeversammlung (Fn. 14), S. 224 (225, 227 f.); *Ott*, Baden Bd. 4 (Fn. 108), S. 578; *H.G. Zier*, Politische Geschichte Badens 1918 bis 1933, in: Landeszentrale, Geschichte (Fn. 22), S. 143 (145 f.); *Kaller*, Republik (Fn. 108), S. 28 ff.; *Schmidgall*, Revolution (Fn. 108), S. 128, 134 ff.; *Braun*, Landtag (Fn. 108), S. 68, 72, 77; *Weber/Wehling*, Geschichte (Fn. 19), S. 84; *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 75 f.; *Hug*, Geschichte (Fn. 22), S. 157; stärkste Fraktion wurde das Zentrum; *Remmele*, Staatsumwälzung (Fn. 108), S. 54; *Kaller*, Republik (Fn. 108), S. 28; *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 76.

110 *Benz*, Süddeutschland (Fn. 90), S. 39; *Zier*, Geschichte (Fn. 109), S. 146; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 72; *Schwarzmaier*, Landtag (Fn. 109), S. 228; *Kaller*, Republik (Fn. 108), S. 30; *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 76.

111 *Zehnter*, Vorgeschichte (Fn. 108), S. 40; *Remmele*, Staatsumwälzung (Fn. 108), S. 72; *Haselier*, Baden (Fn. 108), S. 465; *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 325; *Cordes*, Krieg (Fn. 89), S. 171; *Zier*, Geschichte (Fn. 109), S. 147; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 72; *Fenske*, Südwesten (Fn. 90), S. 213; *Ott*, Baden Bd. 4 (Fn. 108), S. 579; *Huber*, Verfassungsgeschichte VI (Fn. 95), § 53 S. 795; *Schwarzmaier*, Landtag (Fn. 109), S. 228; *Kuhn*, Republik (Fn. 92), S. 266; *Hollerbach*, Hintergrund (Fn. 9), S. 6; *Schnabel*, Geschichte (Fn. 9), S. 89; *Kaller*, Republik (Fn. 108), S. 30; *Braun*, Landtag (Fn. 108108), S. 170, 173; *Schmidgall*, Revolution (Fn. 108), S. 144; *Weber/Wehling*, Geschichte (Fn. 19), S. 84; *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 76 f.; *Hug*, Geschichte (Fn. 22), S. 158.

112 „Gesetz, die badische Verfassung betreffend“ vom 21. März 1919 (Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1919, S. 279 ff.); Text der Verfassung bei Wittreck, Landesverfassungen (Fn. 52), S. 79 ff.; die Verfassung trägt das Datum ihrer Verabschiedung

die Badische Nationalversammlung als Landtag[114]. Daraufhin wählte das badische Parlament eine neue Regierung[115]. Somit folgte dem auch seit 1805 bestehenden Großherzogtum Baden[116] genauso wie in Württemberg eine

durch die Badische Nationalversammlung; *K.-H. Böhringer*, Die Badische Verfassung vom 21. März 1919. Entstehung, Inhalt und Vergleich mit der württembergischen und preußischen Verfassung, Diss. iur. Freiburg im Breisgau 1950, S. 36; *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 325; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 72; vgl. zum badischen Verfassungsrecht nur die ausführliche Rechtsprechungs- und Literaturliste, die bei Wittreck, Landesverfassungen (Fn. 52), S. 96 ff. im Anschluss an den badischen Verfassungstext zu finden ist; hier sei nur auf die lesenswerte Arbeit von *Böhringer*, Verfassung, ebd. und die umfassende Schrift von *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 87 ff. m.w.N. zur badischen Verfassung von 1919 verwiesen. Im Unterschied zur parallelen Arbeit von *von Erdmann* zum Verfassungsrecht der beide württembergischen Verfassungsdokumente von 1919, vgl. *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 83 ff., 157 ff., analysiert *Gräbener* allerdings nicht so sehr den Inhalt der badischen Verfassung an sich als vielmehr das wechselseitige Verhältnis zwischen badischer Verfassung und Weimarer Reichsverfassung. Deswegen liegt das Hauptaugenmerk *dess.* auf der Klärung der Frage, ob überhaupt und wenn ja welche Wirkung die badischen Verfassungsbestimmungen in Beziehung zur Reichsverfassung entfalteten; vgl. *ders.*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 86 f.; im weiteren Verlauf wird die badische Verfassung hinter Zitaten ihrer Verfassungsparagrafen mit BV abgekürzt.

113 *Huber*, Verfassungsgeschichte VI (Fn. 95), § 53 S. 795; *Ott*, Baden Bd. 4 (Fn. 108), S. 579; *Weber/Wehling*, Geschichte (Fn. 19), S. 84; *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 77; die definitive Inkraftsetzung der badischen Verfassung erfolgte aber erst am 9. Mai 1919; *ders.*, ebd.

114 *Remmele*, Staatsumwälzung (Fn. 108), S. 72; *Haselier*, Baden (Fn. 108), S. 464; *Zier*, Geschichte (Fn. 109), S. 147; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 72; *Schwarzmaier*, Landtag (Fn. 109), S. 228; *Kaller*, Republik (Fn. 108), S. 30; *Böhringer*, Verfassung (Fn. 112), S. 34 f.; *Schmidgall*, Revolution (Fn. 108), S. 144; *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 76 f.; *Hug*, Geschichte (Fn. 22), S. 158.

115 *Remmele*, Staatsumwälzung (Fn. 108), S. 73; *Haselier*, Baden (Fn. 108), S. 465; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 72; *Schmidgall*, Revolution (Fn. 108), S. 144; *Hug*, Geschichte (Fn. 22), S. 158.

116 *Mußgnug*, Anfänge (Fn. 18), S. 374; *L. Gall*, Gründung und politische Entwicklung des Großherzogtums bis 1848, in: Landeszentrale, Geschichte (Fn. 22), S. 15; vgl. grundlegend zur Geschichte Badens etwa *Stiefel*, Baden (Fn. 19108), S. 17 ff.; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19); *Boelcke*, Handbuch Baden-Württemberg (Fn. 105); *Wunder*, Kreis (Fn. 105), S. 615 ff.; *R. G. Haebler*, Badische Geschichte, 2. Aufl. 1987; *Weber/Wehling*, Geschichte (Fn. 19); *Hug*, Geschichte (Fn. 22); vgl. umfassend zur Geschichte des Großherzogtums Baden etwa *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 208 ff.; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 59 ff.; *H. Ott*, Baden, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Verwaltungsgeschichte 2 (Fn. 105), S. 583 (583 ff.); *H. Ott*, Die Regelung der Verwaltung in Baden 1867-1918, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Verwaltungsgeschichte 3 (Fn. 105), S. 753 (753 ff.); *Kotulla*, Einführungen (Fn. 109), § 9; *Hug*, Geschichte (Fn. 22), S. 100 ff.; vgl. zur badischen Geschichte ab Beginn des

Republik nach, in der das Volk die Staatsgewalt ausübte[117]. Damit endete in Baden so wie in Württemberg und überhaupt wie in allen anderen deutschen Gliedstaaten sowie dem Deutschen Reich selbst die Zeit der Monarchie, die nun endgültig die Staatsform der Demokratie ablöste.

2. In der Weimarer Republik

a) Württemberg

In der Zeit der Weimarer Republik war die politische Lage im Volksstaat[118] gegensätzlich. Einerseits lässt sich die Situation als politisch unruhig charakterisieren. Denn die Regierungsparteien konnten wiederholt keine parlamentarische Mehrheit hinter sich versammeln[119]. Als die Landesregierung aber im Jahr 1931 zwischenzeitlich über eine Mehrheit verfügte, stützte sie ihre Regierungstätigkeit dennoch auf die Verfügung sog. Notverordnungen[120]. Andererseits prägte auch eine gewisse Beständigkeit die politischen Verhältnisse in Württemberg[121]. Denn ab dem Jahr 1924 zählten zur würt-

---

19. Jahrhunderts außerdem die ausführlichen Ausführungen jüngeren Datums von *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 23 ff.

117 *Remmele*, Staatsumwälzung (Fn. 108), S. 70; *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 326; *Zier*, Geschichte (Fn. 109), S. 147; *Fenske*, Südwesten (Fn. 90), S. 213; *Schnabel*, Geschichte (Fn. 9), S. 89.

118 Vgl. hierzu eingehend *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 46 f., 185 ff.

119 *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 563 f., 565 ff.; *W. Besson*, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928-1933, 1959, S. 38 f.; *Müller*, Geschichte (Fn. 19), S. 217; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 441; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 136, 142, 144, 152; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 101; *Sauer*, Landtag (Fn. 90), S. 211, 214, 216; *Kuhn*, Republik (Fn. 92), S. 268, 271; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 291, 294; *Schnabel*, Geschichte (Fn. 9), S. 122, 140; *Sauer*, Republik (Fn. 90), S. 94 f., 100, 116 f.; *Landtag*, Leitfaden (Fn. 29), S. 113; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 186 f., 193 f.

120 *Besson*, Württemberg (Fn. 119), S. 189 f.; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 156, 158; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 295; *Schnabel*, Geschichte (Fn. 9), S. 144; *Sauer*, Republik (Fn. 90), S. 123; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 198, 203; siehe zum Erlass sog. Notverordnungen im Verfassungssystem der Weimarer Republik bzw. des württembergischen Volksstaates unten Kapitel D.II.8.c.gg.

121 *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 186; *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 565; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 441; *ders./Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 101; *Sauer*, Landtag (Fn. 90), S. 216; *Feuchte*, Verfassungsgeschichte (Fn. 22), S. 89; *Matz*, Baden-Württemberg (Fn. 18), S. 290 f.; *P. Sauer*, Die Zeit des Nationalsozialismus, in: Rinker/Setzler, Geschichte (Fn. 18), S. 274 (274); *Gusy*, Reichsverfassung (Fn. 89), S. 229; *Weber/Wehling*, Geschichte (Fn. 19), S. 85.

tembergischen Landesregierung für knapp neun Jahre durchgehend die gleichen vier Minister[122]. Zudem konnte die NSDAP in Württemberg lange Zeit nicht Fuß fassen. Erst nach der Landtagswahl 1932 wurde sie stärkste Kraft[123]. Aufgrund der Ablehnung einer Koalition mit der NSDAP und des fehlenden Willens der übrigen Parteien, sich zusammenzuschließen[124], leitete die alte Regierung das Land nach der Wahl geschäftsführend weiter und war nun zwangsläufig zur Durchsetzung ihrer Politik auf den Erlass sog. Notverordnungen angewiesen[125]. Damit zeichneten sich schon vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten Mängel am Funktionieren des demokratischen Systems ab[126]. Trotz der wechselhaften Politik entfaltete sich aber zunächst auf Grundlage der im Jahr 1919 erlassenen Verfassung ein funktionsfähiges demokratisches Leben in Württemberg.

---

122 *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 91), S. 177, 186; *Sauer*, Republik (Fn. 90), S. 104 ff.; das waren *Wilhelm Bazille* ([DNVP], Staatspräsident, Kult- und Wirtschaftsminister, ab 1928 nur noch Kultminister [siehe zu der Bezeichnung des württembergischen „Kultusministers" als „Kultminister" unten Kapitel B.V.3. Anm. 235]), *Eugen Bolz* ([Zentrum], Innenminister, ab 1928 auch Staatspräsident), *Josef Beyerle* ([Zentrum], Justizminister, ab 1928 auch Wirtschaftsminister; siehe zu diesem unten Kapitel B.V.3. Fn. 235) und *Alfred Dehlinger* ([DNVP] Finanzminister; *ders.*, Staatswesen Bd. 1 [Fn. 91], S. 177 f.; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg [Fn. 19], S. 152; *Sauer*, Republik [Fn. 90], S. 105, 116); im Jahr 1930 wurde zudem *Reinhold Maier* ([DDP], siehe zu diesem unten ausführlich Kapitel B.V.3. Fn. 229) als Wirtschaftsminister Regierungsmitglied; *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 177 f., 186; *Besson*, Württemberg (Fn. 119), S. 77 f.; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 156.

123 *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 177 f.; *Besson*, Württemberg (Fn. 119), S. 253; *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 564 f., 567; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 441; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 152, 160; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 101; *Sauer*, Landtag (Fn. 90), S. 214 f., 216; *T. Schnabel*, Die NSDAP in Württemberg 1928-1933, in: ders. (Hrsg.), Die Machtergreifung in Südwestdeutschland, 1982, S. 49 (67); *Kuhn*, Republik (Fn. 92), S. 271 f.; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 295; *Landtag*, Leitfaden (Fn. 29), S. 111; *Sauer*, Republik (Fn. 90), S. 124; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 199.

124 *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 568; *Besson*, Württemberg (Fn. 119), S. 255 f., 258 ff.; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 441; *Sauer*, Landtag (Fn. 90), S. 217; *Schnabel*, NSDAP (Fn. 123), S. 68 f.; *ders.*, Württemberg zwischen Weimar und Bonn, 1986, S. 122 ff.; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 295; *Sauer*, Republik (Fn. 90), S. 125; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 199.

125 *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 568; *Besson*, Württemberg (Fn. 119), S. 260 ff., 266 f., 269 f.; *Müller*, Geschichte (Fn. 19), S. 225; *Sauer*, Landtag (Fn. 32), S. 217; *Feuchte*, Verfassungsgeschichte (Fn. 22), S. 89; *Kuhn*, Republik (Fn. 92), S. 272; *Sauer*, Zeit (Fn. 121), S. 274; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 295; *Sauer*, Republik (Fn. 90), S. 125; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 199.

126 *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 568; *Sauer*, Landtag (Fn. 90), S. 217; *ders.*, Republik (Fn. 90), S. 126.

b) Baden

Die badische Landespolitik der Weimarer Zeit kennzeichneten insgesamt vor allem eine gewisse Beständigkeit und Regelmäßigkeit[127], denn nahezu bis zum Ende der Republik stellten Vertreter des Zentrums[128], der SPD[129] und der DDP[130] sowie später der DVP[131] die Regierung[132]. Erst bei der Landtagswahl 1929 erhielt die NSDAP sieben Prozent der Stimmen und zog mit sechs Abgeordneten erstmals in den Landtag ein[133]. Damit war Baden ebenso wie Württemberg während der Zeit der Weimarer Republik ein Land mit einer funktionierenden Demokratie.

127 Vgl. hierzu kurz auch *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 209, 429.

128 Vgl. zu diesem *Huber*, Verfassungsgeschichte VI (Fn. 95), § 17 S. 196 ff.

129 Vgl. zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands *Huber*, Verfassungsgeschichte VI (Fn. 95), § 19 S. 229 ff.

130 Sog. Weimarer Koalition; vgl. dazu *Kotulla*, Verfassungsgeschichte (Fn. 89), § 35 Rn. 2256; vgl. zur Deutschen Demokratischen Partei (DDP) *Huber*, Verfassungsgeschichte VI (Fn. 95), § 18 S. 209 ff.

131 Deutsche Volkspartei; vgl. zu dieser *Huber*, Verfassungsgeschichte VI (Fn. 95), § 15 S. 177 ff.

132 *Haselier*, Baden (Fn. 108), S. 466; *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 339; *Zier*, Geschichte (Fn. 109), S. 150 ff.; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 74; *Feuchte*, Verfassungsgeschichte (Fn. 22), S. 89; *Sauer*, Zeit (Fn. 121), S. 274; *Hollerbach*, Hintergrund (Fn. 9), S. 6; *Gusy*, Reichsverfassung (Fn. 89), S. 229 f.; *Schnabel*, Geschichte (Fn. 9), S. 86, 113, 119; *Landtag*, Leitfaden (Fn. 29), S. 113; *Braun*, Landtag (Fn. 108), 435 ff., S. 505 ff.; *Weber/Wehling*, Geschichte (Fn. 19), S. 85; vgl. auch die ausführliche Darstellung der Zusammensetzung des badischen Parlaments und der badischen Regierung sowie ihrer Politik während der Weimarer Zeit von *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 335 ff.; *Huber*, Verfassungsgeschichte VI (Fn. 95), § 53 S. 795 ff.; vgl. außerdem den guten Überblick über die Regierungsmitglieder während der Weimarer Zeit von *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 145 ff.

133 *E. O. Bräunche*, Die Entwicklung der NSDAP in Baden bis 1932/33, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 125 (1977), S. 331 (349, 374); *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 337; *H. Ott*, Das Land Baden im Dritten Reich, in: Landeszentrale, Geschichte (Fn. 22), S. 184 (184 f.); *Zier*, Geschichte (Fn. 109), S. 153; *E. O. Bräunche*, Die NSDAP in Baden 1928-1933, in: *Schnabel*, Machtergreifung (Fn. 123), S. 15 (26); *Schwarzmaier*, Landtag (Fn. 109), S. 235; *Kuhn*, Republik (Fn. 92), S. 271; *Kaller*, Republik (Fn. 108), S. 40 f.; *Hug*, Geschichte (Fn. 22), S. 165, 169.

3. Gleichschaltung

a) Württemberg

Durch die Ernennung *Adolf Hitlers* zum Reichskanzler durch Reichspräsident *Paul von Hindenburg* kamen die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 auf Reichsebene an die Macht[134]. Zum Ausbau und zur umfassenden Machtsicherung im Deutschen Reich beabsichtigten die Nationalsozialisten unter anderem, den Ländern ihre eigene Staatsqualität zu nehmen und sie dadurch zu einfachen Verwaltungseinheiten des Reiches gleichzuschalten[135]. Diese Entwicklung leitete die Reichsregierung in Württemberg ein, indem sie einen Reichskommissar für Württemberg bestimmte, den sie mit exekutiven Machtbefugnissen ausstattete[136]. Dies führte bereits zu einer

134 *R. Morsey*, Die verfassungspolitische Entwicklung, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Verwaltungsgeschichte 4 (Fn. 89), S. 696 (696); *R. Grawert*, Die nationalsozialistische Herrschaft, in: Isensee/Kirchhof, HStR I (Fn. 10), § 6 Rn. 3; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 131 S. 740 f., 764; *P. Sauer*, Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Schwarzmaier u.a., Handbuch 4 (Fn. 14), S. 230 (234); *Kotulla*, Verfassungsgeschichte (Fn. 89), § 35 Rn. 2420; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 18 Rn. 604; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 39 Rn. 1, 4.

135 *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 187 f.; *K. D. Bracher*, Stufen der Machtergreifung, in: ders./W. Sauer/G. Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, 1960, S. 29 (54 f.); *Sauer*, Zeit (Fn. 121), S. 275; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1569 f.; *Grawert*, Herrschaft (Fn. 134), § 6 Rn. 9, 11 f.; *Wittreck*, Verfassungsentwicklung (Fn. 52), S. 30; *Kotulla*, Verfassungsgeschichte (Fn. 89), § 35 Rn. 2431; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 48; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 39 Rn. 8 f.; vgl. auch die ausführlichen Darstellungen der Machtergreifung in Württemberg von *Bracher*, Machtergreifung, ebd., S. 141 ff. und *P. Sauer*, Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, 1975, S. 14 ff.; vgl. zu diesen Vorgängen und zum Folgenden überdies auch die eingehende Schilderung der Ereignisse in Württemberg durch *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 48 ff., 205 ff.

136 *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 191; *Besson*, Württemberg (Fn. 119), S. 345 ff.; *Bracher*, Machtergreifung (Fn. 135), S. 142; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 162; *Sauer*, Württemberg (Fn. 135), S. 27; *Schnabel*, NSDAP (Fn. 123), S. 72 f.; *D. Rebentisch*, Innere Verwaltung, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Verwaltungsgeschichte 4 (Fn. 89), S. 732 (746); *Schnabel*, Württemberg (Fn. 124), S. 181; *Sauer*, Zeit (Fn. 121), S. 275; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 303; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 130 S. 772 f., 785; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 206; seine Ernennung wurde durch die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933 (Reichsgesetzblatt I 1933, S. 83), sog. Reichstagsbrandverordnung, gerechtfertigt; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 130 S. 772 ff., 785; *Kotulla*, Verfassungsgeschichte (Fn. 89), § 35 Rn. 2431; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 18 Rn. 625.

weitgehenden Entmachtung der württembergischen Landesregierung[137]. Des Weiteren erließen die Nationalsozialisten auf Reichsebene zwei Gesetze zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich[138].

Das erste sorgte dafür, dass die Landtage entsprechend dem Ausgang der Reichstagswahl vom 5. März 1933 spiegelbildlich zur Zusammensetzung des Reichstages umgebildet wurden. Dadurch wurde die NSDAP endgültig stärkste Kraft in allen Landtagen[139] der Weimarer Gliedstaaten. Zudem wechselte die Gesetzgebungsgewalt der Landtage auf die Landesregierungen.[140]

Das führte dazu, dass einerseits der württembergische Landtag ohne die Regierung keine Gesetze mehr erlassen konnte, andererseits die Regierung dem Landtag gegenüber nicht mehr verantwortlich war[141]. Durch das zweite Gleichschaltungsgesetz trat an die Stelle des Staatspräsidenten ein Reichsstatthalter, der vom Reichskanzler bestimmt wurde[142]. Dieser

137 *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 191; *Sauer*, Nationalsozialismus (Fn. 134), S. 236; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 207, 210 f.

138 Siehe „Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" vom 31. März 1933 (Reichsgesetzblatt I 1933, S. 153 f.) und „Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" vom 7. April 1933 (Reichsgesetzblatt I 1933, S. 173); hierzu etwa *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 187; *Bracher*, Machtergreifung (Fn. 135), S. 169 f.; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), S. 785 ff.; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 48; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 18 Rn. 625; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 39 Rn. 9.

139 Im württembergischen Landtag war die NSDAP bereits 1932 stärkste Fraktion geworden; siehe dazu oben Kapitel B.I.2.a.

140 *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 187 f.; *Bracher*, Machtergreifung (Fn. 135), S. 170; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 443; *Sauer*, Württemberg (Fn. 135), S. 33; *Rebentisch*, Verwaltung (Fn. 136), S. 746; *Sauer*, Zeit (Fn. 121), S. 276; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 303; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1569 f.; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 130 S. 786 f.; *Grawert*, Herrschaft (Fn. 134), § 6 Rn. 9, 11 f.; *Sauer*, Nationalsozialismus (Fn. 134), S. 237; *Kotulla*, Verfassungsgeschichte (Fn. 89), § 35 Rn. 2431; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 48, 207; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 18 Rn. 625; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 39 Rn. 8 f.

141 *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 187; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1569 f.; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 48, 207.

142 *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 187 f., 192; *Bracher*, Machtergreifung (Fn. 135), S. 170; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 443 f.; *Sauer*, Württemberg (Fn. 135), S. 34; *ders./Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 104; *Rebentisch*, Verwaltung (Fn. 136), S. 746; *Sauer*, Zeit (Fn. 121), S. 276; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 304; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1551 (1569 f.); *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 130 S. 787; *Grawert*, Herrschaft (Fn. 134), § 6 Rn. 11 f.; *Sauer*, Nationalsozialismus (Fn. 134), S. 237; *Kotulla*, Verfassungsgeschichte (Fn. 89), § 35 Rn. 2431;

ernannte daraufhin eine von ihm abhängige Landesregierung[143]. Durch ein am 8. Juni 1933 beschlossenes Ermächtigungsgesetz[144] entmachtete sich der Landtag auf seiner letzten Sitzung schließlich selbst[145]. So stattete das Gesetz die Landesregierung nun auch auf landesgesetzlicher Ebene mit weitreichenden Kompetenzen sogar in Bezug auf die Änderung der Landesverfassung aus[146]. Dadurch wurde die württembergische Verfassung endgültig wirkungslos[147]. Allerdings war der württembergische Landtag durch das Ermächtigungsgesetz zwar kompetenzlos geworden, bestand aber als ausgehöhlte Institution zunächst weiter fort. Das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches" vom 30. Januar 1934[148] beseitigte den Landtag schließlich als eigenständiges Staatsorgan[149]. Dadurch wurde die Landesregierung der

---

von Erdmann, Verfassung (Fn. 18), S. 48, 207; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 18 Rn. 625; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 39 Rn. 9; in Württemberg wechselte damit nur die Amtsbezeichnung *Wilhelm Murrs*, der Mitte März noch vom Landtag zum Staatspräsidenten gewählt worden war; *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 191 f.; *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 568; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 443; *ders./Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 103 f.; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1569; *Sauer*, Nationalsozialismus (Fn. 134), S. 236 f.; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 207.

143 *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 91), S. 187 f.; *Sauer*, Württemberg (Fn. 135), S. 34; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 104; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 304; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1551 (1569 f.); *Sauer*, Nationalsozialismus (Fn. 134), S. 237; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 49, 207; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 18 Rn. 625; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 39 Rn. 8 f.

144 „Gesetz zur Behebung der Not des Landes (Ermächtigungsgesetz)" vom 20. Juni 1933 (Regierungsblatt für Württemberg 1933, S. 193).

145 *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1570; *Sauer*, Nationalsozialismus (Fn. 134), S. 238; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 50, 208.

146 *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 193; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 444; *ders./Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 104; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 50, 208, 211.

147 *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 568 f.; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 444; *ders./Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 104; siehe dazu die weiteren Nachweise unten Kapitel B.I.3.b. Fn. 163.

148 Reichsgesetzblatt I 1934, S. 75.

149 *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 193 f.; *Grube*, Landtag (Fn. 22), S. 569; *Gönner*, Württemberg (Fn. 91), S. 444; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 164; *Sauer*, Württemberg (Fn. 135), S. 38 f.; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 104 f.; *Sauer*, Landtag (Fn. 90), S. 219; *Weik*, Landtagsgeschichte (Fn. 22), S. 17; *Rebentisch*, Verwaltung (Fn. 136), S. 747; *Sauer*, Zeit (Fn. 121), S. 276 f.; *Morsey*, Entwicklung (Fn. 134), S. 699; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1570; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 130 S. 787 f.; *Grawert*, Herrschaft (Fn. 134), § 6 Rn. 13; *Sauer*, Nationalsozialismus (Fn. 134), S. 238; *Kotulla*, Verfassungsgeschichte (Fn. 89), § 35

Reichsregierung gegenüber verantwortlich[150]. Diese Maßnahmen hoben die eigene staatliche Souveränität Württembergs auf, sodass Württemberg endgültig zu einer weisungsabhängigen Verwaltungseinheit des Deutschen Reiches degradiert wurde[151].

b) Baden

Die für Baden verhältnismäßig stabile Zeit der Weimarer Republik fand ihr jähes Ende, als die Nationalsozialisten im März 1933 durch die Berufung eines Reichskommissars auch in Baden die Macht übernahmen[152]. Während

---

Rn. 2432; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 50, 208, 211; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 18 Rn. 625; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 39 Rn. 9.

150 *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 193 f.; *Miller/Sauer*, Geschichte (Fn. 19), S. 164; *Sauer*, Württemberg (Fn. 135), S. 39; *Rebentisch*, Verwaltung (Fn. 136), S. 747; *Sauer*, Zeit (Fn. 121), S. 277; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 304; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1570; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 130 S. 787 f.; *Grawert*, Herrschaft (Fn. 134), § 6 Rn. 13; *Sauer*, Nationalsozialismus (Fn. 134), S. 238, 244; *Kotulla*, Verfassungsgeschichte (Fn. 89), § 35 Rn. 2431; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 208.

151 *Wegener*, Einführung (Fn. 21), S. 37; *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 193 f.; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 304; *Morsey*, Entwicklung (Fn. 134), S. 699; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1570; *Wittreck*, Verfassungsentwicklung (Fn. 52), S. 30; *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 49 f., 209 f.; ob es durch das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches" tatsächlich zu einer Beseitigung der Länderstaatlichkeit kam ist allerdings fraglich. Diese Rechtsfrage soll hier nicht behandelt werden. Zum Ergebnis, dass es nicht zur Beseitigung der Existenz des Landes Baden kam, kommen etwa *A. Verdroß-Droßberg/F.A. Freiherr von der Heydte*, Rechtsgutachten, in: Institut für Staatslehre und Politik, Südweststaat (Fn. 22), S. 377 f., 379 f.; *K.-H. Neumayer*, Die Neugliederung des Bundesgebiets und das Land Baden, 1955, S. 25 ff.; vgl. außerdem die interessante Darstellung der Ereignisse während der nationalsozialistischen Herrschaft in Württemberg von *Sauer*, Württemberg (Fn. 135), S. 42 ff.; vgl. hierzu kurz auch *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 50 f.

152 *Haselier*, Baden (Fn. 108), S. 468; *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 353; *Ott*, Baden (Fn. 133), S. 184; *Zier*, Geschichte (Fn. 109), S. 167; *Schwarzmaier*, Landtag (Fn. 109), S. 240; *Sauer*, Zeit (Fn. 121), S. 275; *Weller/Weller*, Geschichte (Fn. 19), S. 301; *Schnabel*, Geschichte (Fn. 9), S. 153; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 130 S. 772 ff., 785; *G. Kaller*, Baden in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Schwarzmaier u.a., Handbuch 4 (Fn. 14), S. 151 (155); *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 433; *Hug*, Geschichte (Fn. 22), S. 170 f.; vgl. ausführlich zur Gleichschaltung des Landes Baden *H. Rehberger*, Die Gleichschaltung des Landes Baden 1932/33, Diss. iur. Heidelberg 1966, S. 15 ff.; vgl. eingehend zu den Entwicklungen in Baden unmittelbar vor und

sich daraufhin die eigentliche gewählte Landesregierung zum Rücktritt gezwungen sah, stellte der Reichskommissar wenig später eine größtenteils mit Nationalsozialisten besetzte „kommissarische Landesregierung" auf[153]. Dadurch war bereits die Beseitigung der demokratisch legitimierten exekutiven Gewalt vollzogen. Das erste Gleichschaltungsgesetz[154] machte die NSDAP dann auch zur stärksten Fraktion im badischen Landtag[155]. Zudem veranlasste das zweite Gleichschaltungsgesetz[156] in Baden ebenfalls, dass das Amt des Reichskommissars kurze Zeit später durch das des Reichsstatthalters ersetzt wurde[157]. Auf seiner letzten Sitzung am 9. Juni 1933 erließ das badische Parlament ein Ermächtigungsgesetz[158], das die Legislative auch landesgesetzlich auf die Regierung übertrug und den Landtag somit endgültig entmachtete[159]. Ein gutes halbes Jahr später beseitigte das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches"[160] schließlich auch das Staatsorgan der badischen Volksvertretung[161]. Durch diese Maßnahmen verlor auch Baden seine Staatlichkeit und wurde wie Württemberg sowie alle übrigen Länder der ersten deutschen Republik zu einem Verwaltungsbezirk des Reiches „gleichgeschaltet"[162].

---

während der sog. Machtergreifung der Nationalsozialisten auch *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 429 ff., S. 434 ff.

153 *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 353 f.; *Sauer*, Zeit (Fn. 121), S. 275; *Kaller*, Nationalsozialismus (Fn. 152), S. 156 f.; *Landtag*, Leitfaden (Fn. 29), S. 114 f.; *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 433 f.; *Hug*, Geschichte (Fn. 22), S. 171, 173.

154 Siehe zu diesem Gesetz und seinen Wirkungen oben Kapitel B.I.3.a.

155 *Haselier*, Baden (Fn. 108), S. 468; *Ott*, Baden (Fn. 133), S. 188; *Schwarzmaier*, Landtag (Fn. 109), S. 241; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 130 S. 786; *Kaller*, Nationalsozialismus (Fn. 152), S. 157 f.; *Landtag*, Leitfaden (Fn. 29), S. 114, 116; *Braun*, Landtag (Fn. 108), S. 475 f.; *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 435; *Hug*, Geschichte (Fn. 22), S. 171 f.

156 Siehe zu diesem Gesetz und seinen Folgen oben Kapitel B.I.3.a.

157 *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 54 *Ott*, Baden (Fn. 133), S. 188; *Kaller*, Nationalsozialismus (Fn. 152), S. 158; *Landtag*, Leitfaden (Fn. 29), S. 114 f.; *Kotulla*, Verfassungsgeschichte (Fn. 89), § 35 Rn. 2432; *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 435 f.

158 „Ermächtigungsgesetz" vom 9. Juni 1933 (Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1933, S. 113).

159 *Haselier*, Baden (Fn. 108), S. 468; *Ott*, Baden (Fn. 133), S. 188; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 76; *Landtag*, Leitfaden (Fn. 29), S. 114, 116; *Braun*, Landtag (Fn. 108), S. 476; *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 435.

160 Siehe zu diesem Gesetz oben Kapitel B.I.3.a.

161 *Haselier*, Baden (Fn. 108), S. 468; *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 356; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 76; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 130 S. 787; *Kaller*, Nationalsozialismus (Fn. 152), S. 159; *Hug*, Geschichte (Fn. 22), S. 172.

Damit fand die selbstständige Bedeutung Württembergs und Badens als Staatswesen nach langer und traditionsreicher Geschichte ein Ende. Die Nationalsozialisten setzten die Verfassungen beider Länder zwar nicht ausdrücklich außer Kraft, die Landesverfassungen wurden aber durch die gleichschaltenden Maßnahmen faktisch gegenstandslos und verloren ihre vollständige Wirkungskraft[163].

4. Fazit zu den Vorgängerländern

Nach dem Ersten Weltkrieg fanden in Württemberg und Baden wie in allen anderen deutschen Ländern ähnliche verfassungsrechtliche Entwicklungen statt. Nach der Ablösung der monarchischen durch die republikanische Staatsform bildeten sich im Zuge der revolutionären Umstürze vorläufige Regierungen. Diese ließen Verfassungsentwürfe ausarbeiten, auf deren Grundlage verfassunggebende Konvente Landesverfassungen schufen und beschlossen. Im Unterschied zur Entwicklung in Württemberg und darüber hinaus auch zu allen anderen deutschen Ländern fand einzig in Baden eine Volksabstimmung über die neue Landesverfassung statt[164]. Zudem

162 *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 390; *Hollerbach*, Hintergrund (Fn. 9), S. 6; *Kaller*, Nationalsozialismus (Fn. 152), S. 158; siehe zu der Frage, ob auch der badische Freistaat durch diese Vorgänge beseitigt wurde, oben Kapitel B.I.3.a. Fn. 151.

163 Ähnlich auch *Diestelkamp*, Verfassunggebung (Fn. 27), S. 651; vgl. zunächst zur Beseitigung der rechtlichen Geltungskraft der Weimarer Landesverfassungen durch die nationalsozialistischen Maßnahmen *Wittreck*, Verfassungsentwicklung (Fn. 52), S. 31; vgl. in Bezug auf die württembergische Verfassung außerdem *von Erdmann*, Verfassung (Fn. 18), S. 211 und die Ausführungen *dess.*, ebd., S. 212 ff., anhand derer er eingehend und konkret die Inkompatibilität nationalsozialistischer Bestimmungen mit der württembergischen Landesverfassung darlegt; vgl. hinsichtlich der badischen Verfassung überdies *Gräbener*, Verfassungsinterdependenzen (Fn. 19), S. 436 ff.; vgl. in diesem Zusammenhang außerdem zu dem zwar nicht förmlichen, aber sukzessive tatsächlichen Außerkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung als Konsequenz der im Rahmen der sog. nationalsozialistischen Machtergreifung erlassenen Rechtsakte im Überblick *E.R. Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VII, 1984, § 84 S. 1266; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 130 S. 809 ff.; *Schneider*, Reichsverfassung (Fn. 89), § 5 Rn. 85; *Kotulla*, Verfassungsgeschichte (Fn. 89), § 35 Rn. 2434; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 19 Rn. 685 f.

164 So auch *W.H.-H. Schneider*, Die verfassunggebende Gewalt in den süddeutschen Ländern seit der Revolution von 1918, Diss. iur. Leipzig 1931, S. 90; *Haselier*, Baden (Fn. 108), S. 465; *Gönner/Haselier*, Baden-Württemberg (Fn. 19), S. 72; *Huber*, Verfassungsgeschichte VI (Fn. 95), § 53 S. 795; *Schnabel*, Geschichte (Fn. 9), S. 89; *Wittreck*, Verfassungsentwicklung (Fn. 52), S. 6; *Kaller*, Republik (Fn. 108), S. 30; *Weber/Wehling*, Geschichte (Fn. 19), S. 84.

war die badische Verfassung vom 21. März 1919 die erste endgültige Verfassung eines deutschen Landes nach dem Ersten Weltkrieg[165]. Kurze Zeit später erhielt Württemberg als zweites Land nach dem Ersten Weltkrieg am 26. April 1919 eine neue Verfassung[166]. Diese wurde aber im Gegensatz zur badischen Verfassung am 25. September 1919 durch die sog. revidierte Verfassung ersetzt.

Das politische Leben der Zwischenkriegszeit zeichnete sich in beiden Ländern durch im Einzelnen unterschiedliche Verläufe und verschiedene Ereignisse aus. Jedenfalls entwickelten beide Gliedstaaten auf Grundlage ihrer Verfassungen weitgehend funktionsfähige demokratische Systeme. Dem setzte die sog. nationalsozialistische Machtergreifung ein abruptes Ende. Denn letztendlich übernahmen die Nationalsozialisten insbesondere durch die beiden Gleichschaltungsgesetze in beiden Ländern die Macht auf ähnliche Art und Weise. Exekutive und legislative Gewalt vereinigten sich fortan in der Landesregierung, der Grundsatz der Gewaltenteilung hatte somit aufgehört zu existieren[167]. Württembergischer und badischer Landtag

165 So auch *Blume*, Verfassungsgesetzgebung (Fn. 90), S. 172 f.; *O. Koellreutter*, Die neue badische und die neue württembergische Verfassung. Eine vergleichende Gegenüberstellung, in: Archiv des öffentlichen Rechts 39 (1920), S. 437 (437); *K. Glockner*, Badisches Verfassungsrecht, 2. Aufl. 1930, S. 3; *O. Koellreutter*, Die neuen Landesverfassungen, in: Anschütz/Thoma, HDStR I (Fn. 102), § 13 S. 138 (143); *Weller*, Staatsumwälzung (Fn. 91), S. 198; *Schneider*, Gewalt (Fn. 164), S. 7; *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 326; *Schwarzmaier*, Landtag (Fn. 109), S. 228; *Hollerbach*, Hintergrund (Fn. 9), S. 6; *Landtag*, Leitfaden (Fn. 29), S. 108; *Weber/Wehling*, Geschichte (Fn. 19), S. 84; siehe zwar das „Landesgrundgesetz von Mecklenburg-Strelitz vom 29. Januar 1919", das der badischen Verfassung vorausging. Allerdings entfaltete es nur vorläufige Geltungskraft und sollte lediglich die Zeit bis zum Erlass einer endgültigen Verfassung überbrücken; *M. Wenzel*, Die neuen mecklenburgischen Verfassungen, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart X (1921), S. 321 (321, 353); *Koellreutter*, Landesverfassungen, ebd., § 13 S. 143; auch in anderen Ländern wie Braunschweig, Preußen, Sachsen und Schaumburg-Lippe wurden im Februar und März 1919 zunächst nur vorläufige Verfassungen in Kraft gesetzt; *ders.*, ebd.

166 So auch *Blume*, Verfassungsgesetzgebung (Fn. 90), S. 172 f.; *Koellreutter*, Verfassung (Fn. 112), S. 437; *Glockner*, Verfassungsrecht, (Fn. 165), S. 3; *Weller*, Staatsumwälzung (Fn. 91), S. 198; *Schneider*, Gewalt (Fn. 164), S. 7; *Böhringer*, Verfassung (Fn. 112), S. 274; *Cordes*, Krieg (Fn. 89), S. 171; *Sauer*, Republik (Fn. 90), S. 81.

167 Die judikative Gewalt und damit die Justizverwaltung wurden erst im Januar 1935 gleichgeschaltet, als die Landesjustiz durch das „Dritte[s] Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich" vom 24. Januar 1935 (Reichsgesetzblatt I 1935, S. 68 f.) endgültig Bestandteil der Reichsjustiz wurde; vgl. zu den Gesetzen „zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich" allgemein *K.E. Claussen*, Justizverwaltung 1933-1945, in: Jeserich/Pohl/von Unruh, Verwaltungsgeschichte 4 (Fn. 89), S. 1049 f.; vgl. zur Gleichschaltung der Justiz den instruktiven Überblick von *F.*

beschlossen schließlich Ermächtigungsgesetze, die das erste Gleichschaltungsgesetz auf Landesebene bestätigten. Durch diesen Vorgang entmachteten sich der württembergische und der badische Landtag selbst, ihre endgültige Abschaffung durch das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches" war dann nur noch ein reiner Formalismus. Entscheidend ist, dass beide Länder mit Abschluss des Prozesses der Gleichschaltung zu unbedeutenden Verwaltungseinheiten des Reiches degradiert worden waren und die Verfassungen beider Gliedstaaten keine Geltungskraft mehr entfalteten. Die Eigenstaatlichkeit der Länder und ihre verfassungsrechtliche Verfassung waren bedeutungslos geworden und blieben es während der gesamten Zeit des sog. Dritten Reiches. Eine Änderung dieses Zustands wurde überhaupt erst dann wieder möglich, als die Herrschaft der Nationalsozialisten mit Ende des Zweiten Weltkrieges zusammenbrach.

II. Übernahme der Regierungsgewalt durch die Alliierten

Nachdem das sog. Dritte Reich der Nationalsozialisten am 8./9. Mai 1945 endgültig ein Ende gefunden hatte[168], ging die Regierungsgewalt mangels

---

Wittreck, Die Verwaltung der Dritten Gewalt, 2006, S. 59 ff.; vgl. spezifisch zu Württemberg *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 196; *Thümmel*, Württemberg (Fn. 18), Sp. 1570; *Sauer*, Nationalsozialismus (Fn. 134), S. 246; vgl. spezifisch zu Baden *Stiefel*, Baden (Fn. 19), S. 357.

168 Vgl. hierzu *Eschenburg*, Besatzung (Fn. 9), S. 21 ff.; *W. Vogel*, Westdeutschland 1945-1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen. Teil I, 2. Aufl. 1989, S. 12 f.; *Benz*, Gründung (Fn. 9), S. 37; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 130 S. 891 f.; *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 23; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 20 Rn. 689 f.; die hier nicht zu behandelnde, aber äußerst problematische Frage der Rechtslage Deutschlands nach der bedingungslosen Kapitulation am 8./9. Mai 1945 ist Gegenstand vieler Untersuchungen; vgl. dazu etwa *H. Kelsen*, The legal status of Germany according to the declaration of Berlin, in: The American Journal of International Law 39 (1945), S. 518 (518 ff.); *E. Menzel*, Zur völkerrechtlichen Lage Deutschlands. Ein Zwischenbericht über den gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen, in: Europa-Archiv 2 (1947), S. 1009 ff.; *W. Grewe*, Ein Besatzungsstatut für Deutschland. Die Rechtsformen der Besetzung, 1948, S. 47 ff.; *E. Kaufmann*, Deutschlands Rechtslage unter der Besatzung, 1948; *R. Stödter*, Deutschlands Rechtslage, 1948, S. 36 ff.; *Klein*, Verfassungsrecht (Fn. 19), S. 24 ff.; *H. Nawiasky*, Die Grundgedanken des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, 1950, S. 5 ff.; *U. Scheuner*, Die Entwicklung der völkerrechtlichen Stellung Deutschlands seit 1945, in: Die Friedenswarte 51 (1951/53), S. 1 (4 ff.); *G. von Schmoller/H. Maier/A. Tobler*, Handbuch des Besatzungsrechts, 1957, § 4; *K. Iken*,

vorhandener Träger in Reich und Ländern zunächst auf die Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte über. Deswegen verkündeten die Oberbefehlshaber der US-amerikanischen, der britischen, der sowjetischen und der französischen Truppen am 5. Juni 1945, dass sie nun die Herrschaftsgewalt über Deutschland ausübten[169]. Das bedeutete, dass die Alliierten nicht nur Träger der exekutiven, sondern auch der legislativen und judikativen Staatsgewalt wurden[170].

Zudem teilten sie das ehemalige Deutsche Reich in vier Besatzungszonen ein[171]. Spätestens mit der Potsdamer Konferenz, die von Mitte Juli

---

Ein Beitrag zur Lehre von der Kontinuität und Identität Deutschlands im Jahre 1945 und der völkerrechtliche Staatsbegriff, Diss. iur. Freiburg im Üechtland 1964, S. 9 ff., 118 f.; *G.W. Prinz von Hannover*, Die völkerrechtliche Stellung Deutschlands nach der Kapitulation, 1984, S. 34 ff.; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 132 S. 1093; *Mußgnug*, Bundesrepublik (Fn. 10), § 8 Rn. 2; *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 34 ff.; vgl. zur Auseinandersetzung der Rechtsprechung mit dieser Frage etwa *Urteil des Zweiten Senats vom 31. Juli 1973 – 2 BvF 1/73 –* (Grundlagenvertrag), in: BVerfGE, Bd. 36, 1974, S. 1 (16).

169 Siehe die „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik" vom 5. Juni 1945 (Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland 1945, S. 7 ff.); der deutsche Originaltext ist abgedruckt bei E.R. Huber (Hrsg.), Quellen zum Staatsrecht der Neuzeit. Bd. 2, 1951, S. 158 ff.; hierzu *Latour/Vogelsang*, Okkupation (Fn. 28), S. 71, 81; *W. Vogel/C. Weisz*, Einleitung, in: Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949. Bd. 1, 1976, S. 15 (15); *Eschenburg*, Besatzung (Fn. 9), S. 21, 25 ff.; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 131 S. 919 f.; *Mußgnug*, Bundesrepublik (Fn. 10), § 8 Rn. 3; *Benz*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), S. 68; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 20 Rn. 693; die sog. Berliner Erklärung bzw. Vier-Mächte-Erklärung erfolgte durch den US-amerikanischen General *Dwight D. Eisenhower*, den sowjetischen General *Georgi Schukow*, den britischen Generalfeldmarschall *Bernard Montgomery* und den französischen General *Jean de Lattre de Tassigny*; *Latour/Vogelsang*, Okkupation (Fn. 28), S. 81; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 131 S. 919; *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 25; *Benz*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), S. 68; *Frotscher/Pieroth* Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 20 Rn. 693.

170 *Dehlinger*, Staatswesen (Fn. 18), S. 211; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 20 Rn. 695.

171 *Klein*, Verfassungsrecht (Fn. 19), S. 36; *T. Pünder*, Das Bizonale Interregnum. Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebiets 1946-1949, 1966, S. 23; *Eschenburg*, Besatzung (Fn. 9), S. 24 f.; *J. Henke/K. Oldenhage*, Office of Military Government for Germany (U.S.), in: C. Weisz (Hrsg.), OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949, 2. Aufl. 1995, S. 1 (25); *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 19 f., 26, 43; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsge-

bis Anfang August 1945 stattfand[172], kristallisierte sich außerdem heraus, dass aufgrund großer außenpolitischer Differenzen zwischen den Alliierten künftig nur eine getrennte Verwaltung dieser vier Besatzungszonen möglich sein würde[173].

---

schichte (Fn. 6), § 20 Rn. 696; offiziell schufen die Alliierten die vier Besatzungszonen erst durch die „Feststellung seitens des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken sowie der Provisorischen Regierung der Französischen Republik über die Besatzungszonen in Deutschland" vom 5. Juni 1945 (Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland 1945, S. 11); der deutsche Originaltext ist abgedruckt bei Huber, Quellen 2 (Fn. 169), S. 161 f.; eine Karte der vier Besatzungszonen lässt sich etwa bei *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), S. 456 finden.

172 Diese Tagung fand vom 17. Juli bis 2. August 1945 statt; *Clay*, Entscheidung (Fn. 32), S. 53 ff.; *Latour/Vogelsang*, Okkupation (Fn. 28), S. 24; *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 28; an dieser Konferenz durfte Frankreich allerdings nicht teilnehmen; *Clay*, Entscheidung (Fn. 32), S. 55; *Pünder*, Interregnum (Fn. 171), S. 52; *Vogel/Weisz*, Einleitung (Fn. 169), S. 15; *Benz*, Gründung (Fn. 9), S. 37; *ders.*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), S. 44, 116; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 41 Rn. 5.

173 *Latour/Vogelsang*, Okkupation (Fn. 28), S. 24; *Vogel/Weisz*, Einleitung (Fn. 169), S. 15 f.; *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 56; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 41 Rn. 5 ff.; vgl. zur Potsdamer Konferenz ausführlich *Clay*, Entscheidung (Fn. 32), S. 53 ff.; *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 28 ff.; *Benz*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), S. 81 ff.; allein das gesamte ehemalige Deutsche Reich betreffende legislative und exekutive Angelegenheiten sollte der Alliierte Kontrollrat als oberste Instanz der Alliierten einstimmig entscheiden; *Clay*, Entscheidung (Fn. 32), S. 55; *Pünder*, Interregnum (Fn. 171), S. 29; *Vogel/Weisz*, Einleitung (Fn. 169), S. 16; *Eschenburg*, Besatzung (Fn. 9), S. 26; *Vogel*, Westdeutschland (Fn. 168), S. 13; *Henke/Oldenhage*, Office (Fn. 171), S. 23 f.; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 131 S. 943 f.; *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 45 ff.; *Benz*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), S. 70; *Frotscher/Pieroth*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 20 Rn. 700 ff.; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 41 Rn. 6; Vorgänger des Alliierten Kontrollrats war die 1943 auf der Moskauer Außenministerkonferenz geschaffene European Advisory Commission (EAC) mit Sitz in London; *Pünder*, Interregnum (Fn. 171), S. 23 f.; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 131 S. 915 f.; *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 16; vgl. zur Rolle und Entwicklung des Kontrollrats im Überblick etwa *ders.*, ebd., § 7 Rn. 45 ff.; *Willoweit/Schlinker*, Verfassungsgeschichte (Fn. 6), § 41 Rn. 6; der Kontrollrat beendete seine Tätigkeit 1948, als die Sowjetunion aus ihm ausschied; *Clay*, Entscheidung (Fn. 32), S. 394 f.; *Stern*, Staatsrecht V (Fn. 6), § 131 S. 950; *Stolleis*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), § 7 Rn. 47; *Benz*, Besatzungsherrschaft (Fn. 18), S. 70.